Bremen allerdings ein ähnlicher Antrag, der nicht ohne Bedenken war, unter einem gewissen Hohngelächter abgelehnt worden. Aber die Verhältnisse haben sich gewandelt und die Stunde ist gekommen, wo es uns zur besonderen Pflicht wird, gegen den Militarismus in spezielle Agitation einzutreten. Die erste Seite des Militarismus wird bereits behandelt in der vom Parteitag beschlossenen Resolution zur Wahrung des internationalen Friedens. Die neuerlichen internationalen Verwickelungen, die im wesentlichen zurückzuführen sind auf die Vorgänge in Ostasien, machten diese Stellungnahme zur Pflicht. Andererseits ist der nächste Punkt der Tagesordnung, der Generalstreik, ein lebendiges Beispiel dafür, daß auch im Innern Gefahren und Konflikte zwischen der organisierten Staatsgewalt und dem Proletariat drohen. Ich meine, wir sind es unseren Freunden in Rußland, Frankreich und England schuldig, unter Zurückstellung von allerhand opportunistischen Erwägungen die antimilitaristische Propaganda energisch zu betreiben. Die besondere antimilitaristische Agitation kann von der Partei ohne weiteres in Angriff genommen werden. Des weiteren ist es auch notwendig, daß die ausgehobene Mannschaft über ihre Rechte und Pflichten belehrt wird. Kein Mensch kann uns die Veranstaltung von Versammlungen hierzu verwehren. Es wird Sache des Taktes der einzelnen Redner sein, etwaige Gefahren zu vermeiden. Aber ich habe das Vertrauen zu den von der deutschen Polizei genugsam geschulten Genossen, daß sie sich die nötigen Schranken auferlegen werden. Wenn sich der Parteitag auf der Höhe der politischen Situation befindet, die die Weltlage und die innere politische Lage Deutschlands im Gegensatz zum Vorjahre geschaffen hat, wird er den Antrag annehmen und damit ausdrücken, daß die Sozialdemokratie mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen und die deutschen Verhältnisse irgendwie erlauben, den Militarismus, die größte, die brutalste Gefahr, die sie bedroht, bekämpfen will und nicht eher rasten wird, bis es ihr gelungen ist, diesen rocher de bronce zu untergraben, diese feste Eiche in der Wurzel zu zerstören und damit einer friedlichen, kulturellen proletarisch-sozialistischen Entwicklung die Wege zu ebnen. (Bravo.)

Bebel-Berlin: Wenn jemals einem Antrag von einem Befürworter ein schlechter Dienst erwiesen worden ist, so ist es eben von dem Genossen Liebknecht geschehen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich gestehe ihm offen, wenn er zu dem Antrage nicht geredet hätte, so wäre ich und meine näheren Freunde vom Parteivorstande geneigt gewesen, den Antrag 19 mit Haut und Haaren zu verschlucken. Nachdem aber Liebknecht eine große prinzipielle, weltpolitische Rede gehalten und klar gelegt hat, was man mit dem Antrag bezwecke und wohinaus er abziele, was man aus dem Wortlaut desselben nicht ersehen kann (Zustimmung), habe ich mir den Antrag genauer angesehen und bin jetzt anderer Meinung geworden. Der erste Teil des Antrages kann allerdings in dem Sinne, wie Liebknecht ihn begründet hat, ausgelegt werden, aber der zweite Teil steht hierzu in unlösbarem Widerspruch. (Zustimmung.) Da ich nun den zweiten Absatz, der eine rein sachliche Aufklärung der jungen Leute, die ins Militär eintreten, wünscht, für beachtenswert und nützlich halte, so stimme ich diesem Teil zu und bitte, ihn anzunehmen. Um so dringender muß ich Sie aber ersuchen, den ersten Teil des Antrages nach der Begründung, die ihm Liebknecht soeben gegeben hat und durch die er einen ganz anderen und viel gefährlicheren Charakter erhalten hat, abzulehnen. Um es gerade herauszusagen, Genosse Liebknecht hat dem Antrage eine so gefährliche Auslegung gegeben, daß ich mich gefragt habe, ob er sich denn nicht bewußt ist, daß er als Jurist vielleicht in der Lage ist, wenn er ein solches Thema behandelt, den Schlingen des § 112 des Strafgesetzbuchs zu entgehen, daß aber die meisten Genossen, die dem Antrage gemäß handeln, nicht imstande sein werden, sich so klar und unzweideutig auszudrücken, daß sie einer Anklage wegen Verletzung des § 112 entgehen. Darum halte ich es im Interesse unserer Partei für dringend geboten, eine

derartige Gefahr durch Streichung des ersten Teiles des Antrages zu beseitigen. Außerdem erkläre ich rund heraus auf die Gefahr hin, daß man so absurd sein sollte, mich deshalb auf meine alten Tage der Feigheit zu bezichtigen, daß ich nicht die Verantwortung übernehmen kann, für einen Antrag zu stimmen, dessen Konsequenz ganz sicher bei der nächsten Reform des Strafgesetzbuches die Schaffung einer neuen und verschärften Bestimmung gegen solche Versuche sein würde. (Sehr richtig!)

Ich bitte Sie also dringend, den ersten Satz abzulehnen und den Antrag so zu fassen: Der Parteitag beschließt, der Parteivorstand möge dahin wirken, daß in jedem Jahre vor der Aushebung zum Militär usw. Das können wir akzeptieren, das ist eine durchaus nützliche Sache, die keine Gefahren in sich birgt und die vielleicht schon hätte durchgeführt werden können. Wenn der Antrag in dieser Form schon in Bremen vorgelegen hätte, wäre er schon damals angenommen worden. Diesmal versucht man, mit dem praktischen den gefährlicheren Teil des Antrages durchzuschmuggeln. Darauf fallen wir nicht hinein. Ich glaube, ich habe genug gesagt; lehnen Sie bitte den ersten Teil ab. (Beifall.)

Der erste Teil des Antrages wird **zurückgezogen**, der zweite **angenommen**.

Hierauf vertagt sich der Parteitag.

Vorsitzender Singer verliest einige Beglückwünschungsschreiben, darunter ein Antworttelegramm des Genossen Löwenstein-Nürnberg auf ein Telegramm Simons. Singer fügt hinzu: Ich bin überzeugt, Sie alle stimmen mir zu, wenn ich dem Genossen Löwenstein unseren Dank und unsere besten Wünsche für seine baldige Genesung zum Ausdruck bringe. Ich möchte wünschen, daß jeder Parteigenosse mit solcher Liebe und Hingebung für die Partei tätig sein möge, wie der jetzt 80jährige Genosse Löwenstein seit über 50 Jahren. (Beifall.)

Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 22. September 1905. — Vormittags-Sitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**. Eine Anzahl Begrüßungsschreiben sind eingelaufen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung gelangt Punkt 6 der Tagesordnung:

Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.

Hierzu liegen vor die Resolution des Referenten Nr. 151, ferner die Anträge 116, 118, zweiter Absatz, 119, 123, 137, dritter Absatz. **Sämtliche Anträge finden mit Ausnahme von 119 die nötige Unterstützung.**

Referent ist

Bebel: Parteigenossen! Es dürfte wohl unter uns einstimmig die Meinung obwalten, daß die vorliegende Frage nicht nur eine der wichtigsten auf diesem Parteitag, sondern eine der wichtigsten für die Partei überhaupt ist. Die Frage ist seit geraumer Zeit in Versammlungen, in der Presse, in der wissenschaftlichen und in der Broschürenliteratur behandelt worden. Zweifellos hat ein großer Teil der Parteigenossen bereits für oder gegen die Frage Stellung genommen. Gleichwohl ist es dringend notwendig, nicht nur von allen Seiten dieselbe noch einmal gründlich an sich zu untersuchen, sondern auch in besonderem Maße zu prüfen — und das ist bisher ziemlich unzulänglich ge-

sehen —, wie es gekommen ist, daß wir überhaupt gezwungen sind, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Was ist geschehen, was uns nötigt, Stellung zu nehmen? Welcher Art ist die politische Lage, speziell gegenüber der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie? Und erst nachdem wir uns in dieser Beziehung nach allen Richtungen Klarheit verschafft haben, werden wir weiter zu untersuchen haben, was wir einer solchen Situation gegenüber gegebenenfalls zu tun haben, ob unsere bisherigen Kampfesmittel ausreichend sind oder ob wir uns nach neuen Kampfesmitteln umsehen müssen, und welcher Art diese Mittel sein sollen. Die Reichstagswahlen des Jahres 1903 haben zweifellos eine gewisse Wandlung in unseren politischen Verhältnissen herbeigeführt. Der große Stimmenerfolg unserer Partei bei diesen Wahlen hat selbstverständlich bei unseren Genossen großen Jubel, bei unseren Gegnern die entgegengesetzten Gefühle hervorgerufen. Der Ausgang der Wahl von 1903 hat in weiten Kreisen unserer Gegner aufs neue die Frage nach der Möglichkeit der Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts aufgeworfen. Diese Tatsache an und für sich hätte schon allein denen, die in der letzten Zeit in der Partei allerlei Treibereien hervorgerufen haben, wobei sie auf die Wertlosigkeit des allgemeinen Stimmrechts hinwiesen, sagen sollen, auf welchem Holzweg sie sich befinden. Ich habe es schon oft gesagt und kann es nur immer wiederholen: Bin ich im unklaren, wie ich mich einer konkreten Tatsache gegenüber zu verhalten habe, so ist das Verhalten meiner Feinde derselben Frage gegenüber für mich der Wink für mein eigenes Verhalten. Fürchten, verurteilen, bekämpfen meine Feinde, was ich tue, so bin ich immer auf dem rechten Wege. Wie unsere Feinde den Ausgang der Wahl beurteilten, ist am charakteristischsten in einer Aeußerung zutage getreten, die einer der Führer des Zentrums, der Abgeordnete Trimborn, in einer großen Kölner Versammlung tat. Dort sagte Trimborn: Bedenken Sie, drei Millionen Stimmen hat die Sozialdemokratie; welch ungeheure Zahl! Wo soll das hinaus, wenn das so weiter geht? Die Gegner haben seitdem gezeigt, daß der Schreck, der nach dem Ausgang jener Wahl dem Abg. Trimborn in die Glieder gefahren ist, ihnen bis heute noch schwer in den Gliedern und im Magen liegt. In unseren eigenen Reihen hat dieser Erfolg selbstverständlich auch seine Wirkung geäußert. Nicht nur, daß man allgemein Freude empfand, sondern es ist charakteristisch, aber auch natürlich — man müßte sich wundern, wenn es anders gewesen wäre, — daß bei den verschiedensten Richtungen in der Partei, deren Existenz ich nicht wegzuleugnen Ursache habe, um so weniger, da verschiedene Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie seit dem ersten Tage bestanden, wo sie anfing Bedeutung zu erlangen —, daß innerhalb dieser Strömungen die Frage auftauchte, was wird nun die Partei tun? In der „Neuen Zeit" warf Kautsky — und das gleiche geschah in anderen Blättern, in Versammlungen, in der bekannten Broschüre Vollmars — die Frage auf, werden wir bei diesen gewaltigen Stimmenzahlen nicht eine andere Taktik einschlagen müssen? Sie wissen, daß diese Frage auch den Dresdener Parteitag beschäftigt hat. Es ist dabei zu heftigen Erörterungen gekommen und noch heute gibt es nicht kleine Kreise in der Partei, die meinen, daß diese Erörterungen der Partei in hohem Grade nach außen geschadet hätten, vielleicht auch nach innen. Es wird mir zugerufen: Sehr richtig! Ja, wir haben selbst in den Spalten unseres Zentralorgans wiederholt bis in die letzten Monate hinein derartige Aeußerungen laut werden sehen — ich bemerke, ich will hier nicht polemisieren, ich konstatiere nur —. Und gar in der gegnerischen Presse hörte das Gezeter und Geschrei über den Dresdener Parteitag gar nicht auf, als wenn die Herren bedauerten, daß es so gekommen ist, während sie doch in Wahrheit sich freuten. (Sehr richtig!) Nun, was hat der Dresdener Parteitag getan? Es waren in diesen Erörterungen über das, was kommen und geschehen sollte, eine Reihe Differenzpunkte aufgetreten. Der Parteitag hat schließlich gegenüber diesen

Fragen sehr klare Stellung genommen und hat mit einer enormen Mehrheit die Taktik der Partei aufs neue festgelegt, und zwar mit einer Klarheit, die bei Freund und Feind keinen Zweifel über die Stellung der Partei ließ. Das ist die große historische Tat des Dresdener Parteitages trotz allerlei Schlacken, die ihm anhafteten, das ist seine historische Bedeutung. (Sehr richtig!) Kein Geschichtsschreiber der Partei wird später umhin können, gerade die Verhandlungen dieses Parteitages in vollstem Maße zu würdigen. Mit einem Schlage war den vielerlei Zweifeln über die künftige Stellung und Taktik innerhalb und außerhalb der Partei der Boden entzogen. Ich erinnere auch daran, mit welchen Worten der Kritik in der gegnerischen Presse die Abstimmung derjenigen unserer Freunde aufgenommen wurde, die für die Dresdener Resolution stimmten, obwohl man in bürgerlichen Kreisen geglaubt hatte, daß sie dagegen stimmen würden. Es hat sich gezeigt, daß jene Kreise sich gründlich verrechnet hatten, wenn sie glaubten, daß Parteigenossen daran denken könnten, aus solchen Meinungsdifferenzen eine Kardinalfrage zu machen und es auf eine Spaltung der Partei ankommen zu lassen.

Nach allen Richtungen ist Klarheit geschaffen worden. Man hat auch in denjenigen bürgerlichen Kreisen, die sich in auffälliger Weise an einige unserer Freunde mit Ratschlägen herandrängten, seinem Unmut über ihr Verhalten lebhaft zum Ausdruck gebracht. Ja sogar Fürst Bülow hat von diesem Augenblick an seine Taktik uns gegenüber geändert. Seitdem legt er es gewissermaßen auf das Totreden der Sozialdemokratie an. (Heiterkeit.) Es scheint, daß Fürst Bülow, der mit gewissen liberalisierenden Neigungen, die auf seinen langen Aufenthalt im Auslande zurückzuführen sind, sein Amt angetreten hat, des Glaubens gewesen sei, mit der Sozialdemokratie läßt sich etwas machen, behandele sie mit Sammetpfötchen, vielleicht gelingt es, einen Teil von ihr zu dir herüberzuziehen, und dann ist die Partei gebrochen. Dieses Fazit habe ich aus der merkwürdig veränderten Taktik Bülows uns gegenüber gezogen. Als dann seine Hoffnungen, seine Wünsche durch den Dresdener Parteitag in der erörterten Art durchkreuzt waren, macht er seitdem seinem Unmut in der bekannten Weise Luft. Er kann nicht heftig genug gegen uns reden. (Sehr richtig!)

Auch bei unseren Radikalen in der eigenen Partei tauchte in Dresden auf einmal der Vorschlag auf, eine Kommission einzusetzen, die dem Reichstage Arbeiterschutzgesetze präsentieren sollte in der Hoffnung, daß dieser sie sofort apportieren würde. Ich habe schon in Dresden vor solchen Aktionen gewarnt, und was seitdem im Reichstag geschehen, hat mir recht gegeben! Was hat sich denn aber in Wirklichkeit in der Stellung der Partei zu den bürgerlichen Parteien durch den Ausfall der Wahlen von 1903 verändert? Unsere Stimmen wuchsen von 2 100 000 auf rund 3 Millionen; unsere Mandate von 57 auf 80 bezw. 81, eine sehr erhebliche Steigerung. Aber unsere Stimmen stellen doch nur $^1/_8$ der überhaupt abgegebenen Stimmen; unsere Mandate nur $^1/_5$ aller Mandate dar. Wir sind nach beiden Richtungen noch weit von der Mehrheit entfernt. Die Machtverhältnisse im Reichstage sind die alten geblieben. Nach wie vor ist das Zentrum die ausschlaggebende Partei, noch immer hat es die Möglichkeit, zwei Mehrheiten zu bilden, mit der Rechten eine agrarisch-reaktionäre, mit der Linken und uns eine liberale. Nun ist gestern von Bernstein geklagt worden über die steigende Ohnmacht des Reichstags. Das ist grundfalsch, das Gegenteil ist wahr. Ich habe die Dinge von Anfang im Reichstag sich entwickeln sehen und da erkläre ich, daß die Macht des Reichstags in seiner Gesamtheit, wenn er einmal seine Stimme erhebt, heute viel mehr Beachtung, viel mehr Berücksichtigung hat wie jemals in einer früheren Periode. Wenn man unter der Herrschaft des Fürsten Bismarck von einer vollständigen Ohnmacht des Reichstags gesprochen hat, so hatte man vollkommen recht. Ja selbst noch unter dem Grafen Caprivi

und noch unter Fürst Hohenlohe könnte man das mit einer gewissen Einschränkung sagen, aber seitdem hat der Reichstag allmählich der Regierung gegenüber sich eine Position erobert. Er hat in einer Reihe von Fragen tatsächlich die Leitung an sich gerissen, er entscheidet, und nach seiner Entscheidung richtet sich öfter die Regierung. Bedauerlich ist nur, daß diejenigen, die das Regiment haben, nicht unsere Freunde, sondern unsere Gegner sind. Ich erinnere nur an die Fragen der Steuerpolitik, der Marinepolitik, der Flottenpolitik — was das Reich vom bürgerlichen Standpunkt, vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus betrachtet haben muß, das bekommt es, er vertritt hier seine eigenen Klasseninteressen. Wer jedoch glaubt, daß wir, die stärkste Partei im Lande, die zweitstärkste im Reichstage einen entsprechenden Einfluß auf die Regierung ausübten, der urteilt vollkommen falsch. Eine Oppositionspartei kann, solange sie nicht die Regierung in die Hand bekommt, überhaupt keinen maßgebenden Einfluß ausüben. Wollt Ihr einen derartigen Einfluß haben, dann steckt Euer Programm in die Tasche, verlaßt Euren prinzipiellen Standpunkt, bekümmert Euch nur um rein praktische Dinge, und wir werden als Bundesgenossen hochwillkommen sein. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich sage Euch, die besten unter uns würden dann sogar Geheime Oberregierungsräte (große Heiterkeit), wenn nicht noch mehr werden. (Heiterkeit.) Paris ist eine Messe wert und das Ziel die Sozialdemokratie zu gewinnen ist ein paar Ministersitze und Geheime Oberregierungsratssitze wert. (Heiterkeit und Beifall.) Darüber täuschen Sie sich nicht. Ich habe das so drastisch ausgesprochen, um einmal mit den falschen Auffassungen aufzuräumen, werde aber nachher zeigen, daß ich die Lage durchaus nicht rosig ansehe. Weiter ist seit dem Dresdener Parteitage die Hoffnung auf eine große liberale Partei zerstört, die vom rechten Flügel der Sozialdemokratie bis etwa zu den Nationalliberalen reichen sollte. Fragen Sie doch einmal die Naumann, Gerlach, Barth, wie sie eigentlich in ihres innersten Herzens Schrein über das deutsche Bürgertum und den deutschen Liberalismus denken. Wenn sie aufrichtig sein wollen, so müssen sie sagen: Hoffnungslos bis zur Verzweiflung! (Lebhafte Zustimmung.) Die liberale Partei, ob groß oder klein, ist heute gar noch ein Phantasiegebilde. Die Klassengegensätze haben sich seit 1903 in einer Weise verschärft — verschärft, betone ich, nicht gemildert (lebhafte Zustimmung) — daß der Kapitalismus und sein politischer Repräsentant, der Liberalismus, allezeit, wenn er vor der Frage steht, ob er, wenn auch in ganz unwichtigen Dingen mit oder gegen die Sozialdemokratie gehen soll, immer gegen sie geht, und zwar aus Angst vor der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Charakteristisch hierfür ist die Aeußerung eines sächsischen Industriellen aus dem letzten Wahlkampf, die man als typisch bezeichnen kann. Dieser erklärte in einer Versammlung: „Ich bin nationalliberal, aber ich stimme konservativ." (Heiterkeit.) Man fragt sich: Wie ist das möglich. Der Mann sagte sich aber: Wenn ich liberal stimme, kann es passieren, daß die Sozialdemokratie im Wahlkreis ausschlaggebend wird oder gar einen Sitz erobert, und das betrachtet er als eine ungeheuerliche Tatsache, daß er lieber für den Konservativen stimmte. — So stehen die Dinge bei zehntausenden sogenannter liberaler Bourgeois. (Sehr richtig.) Andererseits ist es Tatsache, und das bewies den großen moralischen Eindruck, den die Wahlen von 1903 auf die bürgerlichen Parteien gemacht, daß sofort zu Beginn der ersten Session des neuen Reichstages ein förmliches Wettrennen um die Gunst der Arbeiter begann; eine ungeheuere Fülle sozialreformerischer Anträge wurden auf einmal eingebracht; so viel, wie früher kaum in mehreren Legislaturperioden zusammen. In erster Linie beteiligte sich das Zentrum an diesem Wettrennen, weil es einsah, daß es alles tun müsse, um die in steigendem Maße abfallenden Arbeiter an seiner Fahne zu halten. Deshalb stellte es Anträge, die einem großen Teile seiner Fraktionsmitglieder in innerster Seele zuwider sind. Wenn nicht taktische Gründe für diese Anträge sprächen, dann würde im Zentrum sogar eine Mehrheit

gegen diese sozial-reformerischen Anträge vorhanden sein. (Lebhafte Zustimmung.) Durch diese Anträge, wenn sie Gesetz würden, würde die Anziehungskraft der Stidte für die Landarbeiter noch erhöht, und die agrarischen Teile des Zentrums laufen dann Gefahr, daß sie immer mehr ihre Landarbeiter verlieren. Ich richte hier ein Wort an die Anarchosozialisten. Man muß eben auf dem Standpunkt des von jener Seite so verlästerten historischen Materialismus stehen, um diese Entwickelung beurteilen zu können. Dieser Standpunkt lehrt uns erst begreifen, was sonst unbegreiflich wäre. Das Zentrum ist gezwungen gewesen, ähnlich in einer ganzen Reihe anderer Fragen nachzugeben. Auf dem Straßburger Katholikentag hat ein Redner eine so radikale Rede über die Frauenfrage gehalten, daß sie mit Ausnahme weniger Sätze von jedem von uns hätte gehalten werden können. Noch mehr, das Zentrum ist seit jeher ein Feind der Wissenschaft, in der deutschen Intelligenz sind die Katholiken in geradezu skandalös schwacher Weise vertreten. Das Zentrum empfindet auch längst, daß hier Reformen an Haupt und Gliedern in seinen Reihen notwendig sind, um die moderne Wissenschaft — nicht zu bekämpfen — das tut das Zentrum nicht, denn es weiß, daß ein Sieg aussichtslos ist — sondern um sich mit ihr zu verständigen, zu versöhnen. Und so trat ein anderer Redner auf dem Katholikentage auf und sagt: bemächtigt Euch der Wissenschaft, erobert sie, macht Euch ihre Früchte zu Diensten. Selbst Haeckel hätte kaum einen schöneren Vortrag über die Bedeutung der Wissenschaft gehalten als der betreffende Professor der Theologie. Also auch nach dieser Richtung Konzessionen. Und wenn nun gestern Kolb in unbegreiflicher Verkennung der wirklichen Verhältnisse ausführte, es sei zugestanden worden, daß wir mit unseren Anträgen zur Gewinnung der Jugend dem Zentrum folgten, so hat er übersehen, daß die katholische Kirche seit Jahrhunderten durch die Schule, durch die Kirche, durch die Stellung der katholischen Geistlichen zur katholischen Familie die Jugenderziehung in der Hand hat. (Sehr richtig!) Diese privilegierte Stellung hat es ihm ermöglicht, sich eine so bedeutende Macht in der Familie und im Staate zu erobern. Diese Stellung ist es auch, die das Zentrum unseren orthodoxen evangelischen Kreisen so sympathisch macht, sie erblicken in ihm eben die Macht, die, wenn selbst die Bajonette versagen, noch den herrschenden Klassen hilft. Daher ist auch der Kaiser so katholikenfreundlich. (Heiterkeit.) Von diesem Gesichtspunkt aus sind wir genötigt, die Jugend dem Einfluß des Zentrums und der Kirche zu entreißen und sie für unsere menschheitsbefreienden Ideale zu gewinnen. (Lebhaftes: Sehr richtig!)

Andererseits ist aber kein Zweifel, daß namentlich seit den Zollkämpfen im Reichstag sich auch dort die Gegensätze bedeutend verschärft haben. Die Kollegen, die bereits in früheren Sessionen im Parlament waren, werden wissen, daß — wie das bei dem fortwährenden Zusammenarbeiten ja natürlich ist — sich allmählich ein — ich will nicht gerade sagen freundschaftliches, aber doch eine Art erträgliches Verhältnis zwischen den verschiedenen Parteien herausgebildet hatte, daß die Gegensätze innerhalb gewisser Grenzen öfter verschwanden. Das hat sich mit den großen Kämpfen um den Zolltarif vollständig verändert. Der Präsident des Reichstags stand bis zum Herbst 1902 mit einer Unparteilichkeit, die über jeden Zweifel erhaben war, uns gegenüber. Diese Unparteilichkeit und Liebenswürdigkeit ist seitdem nicht nur in die Brüche gegangen, sondern man hat auch, um den Raub so rasch wie möglich in Sicherheit zu bringen, unter Leitung desselben Präsidenten, der bis dahin das Muster der Unparteilichkeit war, zum Verfassungsbruch und zum Bruch der Geschäftsordnung gegriffen. (Sehr wahr!) Seitdem hat der steigende Gegensatz sich in sehr akuter Weise auch im Reichstage herausgearbeitet. Ich bedauere das durchaus nicht, sondern halte es im Gegenteil für sehr nützlich. (Sehr richtig!) Oft genug habe ich mit Liebknecht gesagt, das Parlament kann man mit einem Hofparkett vergleichen; wie dort, so sind auch auf dem parlamentarischen Parkett schon viele ausgeglitten

Wenn man also käme und sagte, es gibt doch ein Teil sozialdemokratischer Abgeordneter, von denen man manchmal bei ihren Reden nicht unterscheiden kann, ob sie Sozialdemokraten oder Liberale sind, wenn nicht hinter ihrem Namen das Wort Sozialdemokrat stände, die Reden halten, die man von denen der bürgerlichen Oppositon nicht unterscheiden kann, es scheint bei manchem unserer Abgeordneten der Glaube vorhanden zu sein, als sei er einer der Herren der Welt, als sei ein Abgeordneter eine Art höheres Wesen — wenn in diesem Stil mit uns geredet worden wäre, ich glaube, ich müßte mich sehr in mir selbst irren, wenn ich nicht erwidert hätte, es ist sehr schön, sehr notwendig, daß Ihr das mal sagt. Also, wenn Ihr da als die Wächter der Prinzipien, als die Wächter der alten revolutionären Taktik der Partei auftretet gegen Eure Vertreter, wie Ihr es eigentlich immer tun solltet (sehr richtig!), dann habt Ihr der Partei einen guten Dienst geleistet. Es ist nun unbestreitbar, daß trotz allem scheinbaren Eifer für Arbeiterschutzgesetze, von den kaufmännischen Schiedsgerichten abgesehen, in den Sessionen seit 1903 so gut wie nichts geschehen ist. Aber meine verdammte Gerechtigkeitsmeierei veranlaßt mich hier, selbst für die Regierung — hören Sie gut zu, Genosse Friedeberg (Heiterkeit) — sogar eine Lanze zu brechen. Sie mußte angesichts des Wustes sozialpolitischer Anträge, womit sie aus dem Reichstage heraus überschüttet wurde, abwarten, für welche Anträge sich der Reichstag entscheiden würde, bevor sie selber Stellung nehmen konnte. Die parlamentarische Situation machte es aber unmöglich, diese Körbe sozialpolitischer Anträge rasch auszuräumen. Das Zentrum sah nach kurzer Zeit ein, daß es unmöglich für den Reichstag sei, damit fertig zu werden, und verwandelte seine Anträge in Resolutionen. So sehr wir uns dagegen sträubten, waren wir gezwungen, seinem Beispiel zu folgen, um zu verhüten, daß nur die Zentrumsresolutionen zur Verhandlung gelangten, während unsere Anträge auf die lange Bank geschoben wurden. Diese Resolutionen sind nun erledigt, und der Bundesrat hat die ganze Bescherung vor sich: er muß nun sagen, was er darüber denkt.

Deswegen bleibt es aber doch wahr, daß die Abneigung gegen die Sozialreform zugenommen hat, und zwar deshalb, weil man sich sagt: was hilft es uns! Bringen wir g u t e Gesetze ein, so stimmt die Sozialdemokratie zwar dafür, aber gewinnen werden wir sie nicht. Darauf aber kommt es ihnen selbstverständlich allein an. Seit 1903 aber hat sich nicht nur der Widerstand der Unternehmerklasse gegen die Sozialreform verschärft, auch die ökonomischen Gegensätze haben sich verschärft. So ist es gekommen, daß die reaktionärste parlamentarische Körperschaft der Welt, das preußische Herrenhaus, das seiner Zeit ein so gemäßigt liberaler Mann wie Herr v. Treitschke als eine überflüssige, unnütze, dem Gemeinwohl schädliche Institution verurteilte, jetzt zum Hort der Bourgeoisie und des Kapitalismus geworden ist. Das hat besonders die letzte Session gezeigt. Schon im vorigen Jahre hat das Herrenhaus eine Resolution gegen das allgemeine Wahlrecht zum Reichstage gefaßt. Dann kam eine Resolution gegen die Reichserbschaftssteuer, weiter seine Stellung zur Berggesetznovelle, bei der es das Abgeordnetenhaus an Arbeiterfeindlichkeit zu übertrumpfen suchte, und wo Fürst Bülow die größte Mühe hatte, es zum Nachgeben zu bewegen. Und schließlich seine Resolution, in der eine neue Zuchthausvorlage verlangt wird und wofür Graf Ballestrem und die katholischen Herrenhausmitglieder stimmten. Das Herrenhaus hat auch seine Macht gezeigt, indem es den Fürsten Bülow zwang, ihm zur Beruhigung eine Aenderung des Krankenkassengesetzes zu versprechen, die den Einfluß der Arbeiter in diesen Kassen brechen soll. Das sind die Momente, die einem liberalen Fabrikbesitzer veranlaßten, jenen Brief zu schreiben, den das konservative Blatt, das „Reich" veröffentlichte und in dem es unter anderem heißt: „Tausende von Besitzenden danken der konservativen Partei in beiden Häusern für ihre stramme Haltung.

Es war die höchste Zeit, daß der Regierung und ihren Freunden, den Sozialdemokraten, ein Quos ego! zugerufen wurde. (Heiterkeit.) Wohin soll es schließlich kommen? Will man uns völlig ausziehen? (Heiterkeit.) usw." So malt sich im Kopfe unserer großen Unternehmer die Welt. Und er fährt fort: „Man (die Regierung) will ein gutes Gewissen haben, nachdem man die Besitzer zu Heloten des Proletariats gemacht (Heiterkeit) und diesen Menschen zwecklos Millionen an den Hals geworfen."

Es ist auch unbestreitbar, daß die Unternehmerverbände namentlich seit 1903 an Bedeutung und Macht beständig zugenommen haben. Es gibt viele Industrieverbände, in denen nicht ein einziger Unternehmer mehr außerhalb steht, während wir leider noch Hunderttausende von Arbeitern haben, die weder den freien Gewerkschaften noch den christlichen Verbänden angehören. (Sehr richtig!) Der Klassencharakter, das Klassenbewußtsein der deutschen Bourgeoisie ist dem der deutschen Arbeiterklasse bedeutend überlegen! (Lebhafte Zustimmung.) Das muß auch sehr nachdrücklich ausgesprochen werden, wenn wir wissen wollen, was wir tun müssen. Dort haben wir die vollste Geschlossenheit, hier bei den Arbeitern die Spaltung in verschiedene Organisationen. Sind doch die christlichen Gewerkschaften nur gegründet, um die Macht der Arbeiterklasse zu brechen. (Sehr richtig!) Wenn man einem christlichen Unternehmer sagen würde, er müsse sich einer christlichen Unternehmerorganisation anschließen, er würde lachen und sagen: Ach was fällt Ihnen ein! Es ist mir doch gleich, ob der Mann Jude, Christ, Heide oder Mohammedaner ist, er ist doch Fleisch von meinem Fleisch, er ist Kapitalist. Wir Unternehmer wären doch Toren, wenn wir uns solchem Unterschiede zu Liebe selber schwächen wollten! (Sehr richtig!) Nur die Arbeiter lassen sich infolge ihrer Dummheit, ihrer Unwissenheit, in der sie künstlich erhalten werden, spalten, obwohl doch gerade sie es am meisten nötig hätten, einig und geschlossen zusammenzustehen. (Lebhaftes Bravo!)

Aus dieser ganzen Situation heraus ist auch die Angriffslust des Unternehmertums gewachsen. Deshalb die Massenaussperrungen in Berlin, Rheinland, Westfalen, den Unterweserorten, Bayern, Sachsen, Thüringen usw. in einem Umfang, wie man ihn früher nie gekannt. Die Massenaussperrung in Bayern hat mich besonders gefreut, so sehr ich das Schicksal der davon betroffenen Arbeiter bedauere. Aber in dem noch überwiegend bäuerlich-kleinbürgerlichen Bayern haben nunmehr die Unternehmer den schärfsten Klassengegensatz, den schärfsten Klassenkampf mit Sturmglocken eingeläutet. (Sehr richtig!) Es ist nur von Vorteil, wenn die Gegensätze auf die Spitze getrieben werden, weil dadurch eine klare Situation geschaffen wird, bei der es kein Ausweichen, kein Vertuschen, keine Kompromißlei mehr gibt. (Lebhafte Zustimmung.) Auch dem dümmsten Arbeiter wird durch solche Aussperrungen der Klassengegensatz begreiflich gemacht, und wer das einmal erlebt, der ist für immer für die Liberalen oder das Zentrum verloren. Die Angriffslust macht sich bei der Unternehmerklasse in steigendem Maße überall bemerkbar. Ein Ende dieser Kämpfe ist gar nicht abzusehen, ja sie müssen naturnotwendig immer stärker und stärker werden, weil die kapitalistische Entwickelung in Deutschland in rapider Weise ihrem Höhepunkt entgegengeht. Seit 1895 haben wir eine kolossale industrielle Entwickelung erlebt. Auch die Arbeiterklasse hat dadurch an Macht gewonnen, eine Macht, die auf ihrer Zahl beruht. Die Macht der Bourgeoisie beruht auf ihrem Gelde, auf ihren Millionen und Milliarden, aber die gewaltige Zahl der Köpfe gibt der Arbeiterklasse, sobald sie sich dieses Umstandes erst bewußt wird, eine so ungeheure Macht, daß sie die Macht der Bourgeoisie, und habe sie Zehntausende von Millionen im Tresor, schließlich überwindet. (Lebhaftes Bravo!)

Das muß man der Arbeiterklasse erst bemerkbar machen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in ihren eigenen Reihen ihre Macht und Bedeutung nicht

gebührend gewürdigt wird. Auch die Agitations- und Aufklärungsarbeit in der Presse ist zu einem großen Teil durchaus falsch, ungenügend. (Sehr richtig!) Hier muß von Grund aus aufgeräumt, hier muß endlich auf diesem Parteitag Klarheit geschaffen werden, damit wir endlich alle wissen, was wir zu tun haben. Wir müssen wissen, daß wir einer Situation gegenüberstehen, aus der mit Notwendigkeit Katastrophen resultieren, wenn nicht die Macht der Arbeiterklasse kraft ihrer Zahl, ihrer Bildung und Macht so stark wird, daß sie den Gegnern das Gelüste, Katastrophen hervorzurufen, ein für allemal verleidet. (Lebhafter Beifall.) Es ist bekanntlich ein Irrtum, wenn man sagt, die Sozialdemokratie arbeite auf Revolutionen hin. Das fällt uns gar nicht ein, was haben wir denn für ein Interesse daran, Katastrophen zu erzeugen, unter denen die Arbeiter in erster Linie schwer zu leiden haben? (Sehr richtig.) Sehen Sie doch nach Rußland, wo Katastrophen notwendig sind. Es ist kein anderer als der große Friedrich von Preußen, der in einem seiner Werke auseinandersetzt, wie die Katastrophen, d. h. die Revolutionen, entstehen, daß nicht die Massen, sondern die Regierenden sie machen. Das ist auch derselbe Standpunkt, den v. Bismarck in seinen guten Jahren als Staatsrechtslehrer eingenommen hat. Selbst ein Blatt, wie das katholische „Echo" für das Rheinland schrieb im Mai dieses Jahres, daß es eine völlig unhistorische Auffassung sei, daß Revolutionen von wenigen Bösewichtern und Volksverführern gemacht würden; Revolutionen könnten in geschichtlich gewordenen Staatswesen nur entstehen und Erfolg haben, wenn Mißstände vorhanden seien, durch die die Masse des Volkes sich beschwert fühlt. Solche Revolutionen würden auch immer Erfolg haben. „Es mag noch so viel geeifert werden gegen die Sozialdemokratie, wir werden sie nicht anders überwinden als durch Reformen, und wenn wir die gerechten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen, werden sie schließlich Sozialdemokraten." (Sehr richtig.) Sehr vernünftige Anschauungen! Durchaus korrekt! Das ist, was auch wir sagen. Aber es ist der Fluch einer herrschenden Klasse, daß sie im entscheidenden Moment ihrer eigenen Geschichte niemals zur Einsicht kommt und das niemals tut, was sie tun sollte. Doch handle die Bourgeoisie wie sie will. Ich halte es mit Rodbertus, der schon 1849 schrieb: die heutigen Einrichtungen können aber weder die Steuern noch die Kriegsdienste der letzten Klasse entbehren; diese lasten vielmehr hauptsächlich auf ihr. Mit doppelter Berechtigung verlangen daher auch die Proletarier bei uns die Gleichheit der Stimmen. . . . Wenn der geschichtliche Zug einmal gegeben ist, so dient ihm alles, Wahrheit und Torheit, Recht, Unrecht, Segen und Fluch. (Sehr gut.)

Wir Sozialdemokraten befinden uns also in der günstigen Position, daß wir, was immer unsere Gegner gegen uns machen, weiter wachsen. Wir müssen wachsen, weil die kapitalistische Gesellschaft wächst und in immer höherem Grade die Bedingungen schafft, die neue Sozialisten erzeugen. So wenig man unter dem Sozialistengesetz unser Herr geworden ist, so wenig wird man unser Herr werden, wenn man eines Tages zu neuen Gewaltmaßregeln greift. Ich weiß viele in unseren Reihen, die sogar den Tag herbeiwünschen, wo dieses geschähe. (Sehr richtig!) Da würden wir wieder mal zeigen, was wir für verfluchte Kerle sind. (Lebhafte Zustimmung.) Was haben wir in den zwölf Jahren nicht alles der Polizeigewalt gezeigt, wie haben wir sie genarrt und verhöhnt! (Lebhaftes sehr richtig!) Aber nicht nur die wirtschaftlichen Klassengegensätze wachsen, sondern auch die politischen. Die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, steht es kraft ihrer Machtmittel, ihrer sozialen Stellung als selbstverständlich an, als eine — sie sagt das, obgleich sie nicht an Gott glaubt — gottgewollte Einrichtung an, daß sie den Staat repräsentiert und die Staatsmacht hat, daß sie, um mit Bismarck zu reden, die Klinke der Gesetzgebung in der Hand hat, um nach ihrem Willen, d. h. nach ihren Interessen, die Gesetzgebung zu gestalten. Sie sagt sich:

Wir repräsentieren die kolossalen Vermögen und zahlen die Steuern, also müssen wir auch den Staat repräsentieren. Ja, wenn sie diese Vermögen im Schweiße ihres Angesichts erarbeitet hätten, ließe sich darüber reden. Aber diese Vermögen sind mit Eurem Schweiße erarbeitet; von dem ungeheueren Ueberfluß, der Ihr ihnen schafft, zahlen sie ihre Steuern. (Sehr wahr.) Dieser Humbug, dieser Hokuspokus ist immer gemacht worden und die großen Massen sind bis heute darauf hineingefallen, denn sonst wären sie alle Sozialdemokraten. Die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie ist in den letzten fünfzehn Jahren, und speziell in den letzten zehn Jahren, riesenhaft gewachsen. Von der kolossalen Höhe der Vermögen, die die letzten zehn Jahre die Syndikate, Ringe, Trusts der Unternehmer- und Kapitalistenklasse gebracht haben, haben Sie keine Ahnung. Man muß nur wissen, was heute diese Bourgeoisie verjubelt, verlottert und vergeudet, weil sie nicht mehr weiß, wohin sie mit ihrem Geld soll. Was heute — man kann das am besten in Berlin sehen — in der Bourgeoisie verschwendet wird, bleibt weit hinter dem zurück, was in den verdorbensten Zeiten des römischen Kaiserreichs vergeudet wurde, wo man die Gäste mit Pfauenzungen und Muränen, die man mit Sklavenfleisch mästete, traktierte. Mir ist wiederholt versichert worden, von Leuten, die es genau wissen, daß es bei großen Essen in Berlin keine Seltenheit ist, daß für ein einziges Essen 20, 30, 40, ja 50 000 M. ausgegeben werden! (Große Bewegung. Hört! hört!) Das sind Summen, gegen die die Gehälter unserer Minister verschwinden. Daher kommt es auch, daß die Bourgeoisie sich tüchtige Beamte aus dem Reichs- und Staatsdienst einfach auskauft, indem sie ihnen drei- und vierfache Gehälter zahlt und als Ersatz für die Pensionsberechtigung mit Kapitalien abfindet, deren Zinsen weit über das hinausgeht, was sie als Beamte jemals an Pension bezogen hätten. Durch diese Beamten hat man dann zugleich den größten Einfluß auf deren frühere Kollegen in den Reihen der Regierung und der Ministerien. (Sehr richtig!) So bekommt man die Gesetzgebung und die Regierung an erster Stelle in die Hand. Das ist ein Einfluß der Junker und Industriellen, von dem die großen Massen sich nichts träumen lassen, von dem sie keine Ahnung haben. Es sind Zustände, die wir ins Land hinausschreien, deren Schilderung wir an alle Türen anschlagen müssen, damit das Volk weiß, wie es betrogen und ausgebeutet wird. — Ich sage also, die Bourgeoisie begreift es nicht, wie man bei solchen Klassengegensätzen das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht geben kann. Das heißt nach ihr: Der rohen, plumpen, unwissenden Masse, der Zahl der Köpfe das Schicksal der Besten der Nation überantworten! Denn zu den Besten der Nation zählt sich nicht nur der Adel, sondern erst recht unsere Plutokratie, die Aristokratie des Geldes. Nicht umsonst hat ein Ballin, hatte ein Krupp, haben eine ganze Reihe ähnlicher Größen mehr und bereitwilligen Eingang bei Hofe gefunden als so mancher altadlige Herr, der auf einen Stammbaum von 600, 700 Jahren, älter als die Hohenzollern, zurückblicken kann. Es ist die Macht der Bourgeoisie, die Macht des Geldes, die alles in der Hand hat. Hier wird das Wort unserer großen Führer Marx und Engels im Kommunistischen Manifest vom Jahre 1848 zur vollsten Wahrheit: Die Regierungen sind nichts als der Verwaltungsausschuß für die Interessen der herrschenden Klassen. (Sehr richtig!) Das dies der Fall, hat mir sogar vor jetzt 16 Jahren, als ich ähnliche Ausführungen im Reichstage machte, der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern Herr v. Boetticher durch ein leise zugerufenes „Sehr richtig!" bestätigt. Ich habe natürlich nicht verfehlt, diesen Beweis der Zustimmung des Herrn v. Boetticher sofort recht laut dem Reichstage zu demonstrieren. (Große Heiterkeit.) — Eine agrarische Politik ist bei uns notwendig — vielleicht nicht so dumm, so planlos wie jetzt angesichts der Fleischteuerung — aber agrarisch muß die Regierung sein im Interesse der einen der herrschenden Klassen, dem Junkertum. — Wie soll denn sonst das herrschende Junkertum seine standesgemäße Existenz her-

nehmen, wenn nicht aus den kolossalen Agrarzöllen und den sonstigen ihm zu Liebe getroffenen Einrichtungen des Staates. Mit der Bourgeoisie kann es an Reichtum und Einkommen nicht mehr konkurrieren, so muß es sich die Goldfischlein aus der Bourgeoisie — zumal aus dem samt verfluchten Judentum, wo es die größten Goldfischlein gibt (Heiterkeit) — holen, um seine alten Wappen zu vergolden. Um die Landwirtschaft kümmert sich das Junkertum verflucht wenig, damit gibt es sich wenig Mühe und außerdem beschäftigen sich seine Söhne als Garde- und Kavallerieoffiziere so viel mit Pferden, schönen Frauen, Sport und ähnlichen netten Dingen, daß dazu ungeheuer viel Geld nötig ist, das die Landwirtschaft nicht abwerfen kann. Da muß der Vater Staat — der sein, des Junkers, Staat ist — ihm unter die Arme greifen. Dazu hilft aber der Staat des allgemeinen Stimmrechts zu wenig. Daher der Haß gegen das allgemeine Wahlrecht, daher Erklärungen wie vor einigen Wochen in der „Kreuz-Zeitung": „Da kommt dieser unglückselige Reichstag wieder zusammen, er ist wieder beschlußunfähig und dann haben wir die langen Reden der Sozialdemokraten anzuhören. Dieser Reichstag ist nur noch ein notwendiges Uebel." Es ist unwahr, daß der Reichstag erst seit den letzten Jahren beschlußunfähig ist, er leidet bereits seit 1872 an chronischer Beschlußunfähigkeit. Die „Kreuz-Zeitung" verschweigt auch, daß das preußische Dreiklassenparlament mit seinen 15 M. Diäten fast ständig beschlußunfähig ist, daß es preußische Abgeordnete gibt, die schamlos genug sind, nachdem sie Wochen und Monate unentschuldigt gefehlt haben, nachher die gesamten Diäten einzuziehen. Es ist selbst ihrem früheren Chefredakteur Geheimrat H. Wagner nachgewiesen worden, daß er eine ganze Session keinen Schritt in den Landtag gesetzt und am letzten Tage bei der Kasse die Diäten für die ganze Session eingezogen hat. (Lebhaftes Hört! hört!) Ein nationalliberaler Abgeordneter hat sich selbst mir gegenüber über dieses empörende Vorgehen so vieler seiner Kollegen beklagt. — Aus allen diesen Gründen sagt man: Fort mit dem allgemeinen Wahlrecht. Gewiß es gab eine Zeit, da betrachtete es auch der Liberalismus als selbstverständlich, daß das allgemeine Wahlrecht gewährt werde. Der Ratinger Verein hat diese Forderung als Hauptprogrammpunkt gehabt und als Bismarck durch die politische Konstellation gezwungen war, seinem Norddeutschen Bunde das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zugrunde zu legen, erließ im Jahre 1868 der Ausschuß der nationalliberalen Partei einen Aufruf, in dem es hieß: „Im Parlament erblicken wir die Vereinigung der lebendig wirkenden Kräfte der Nation, das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht muß zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht werden. Wir verhehlen uns nicht die Gefahren, die es mit sich bringt, solange Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsrecht verkümmert werden". Das also war die Gefahr des allgemeinen Wahlrechts, daß nicht genügend andere Freiheiten existierten. Auch auf die Diätenlosigkeit wiesen die Nationalliberalen damals hin, während sie noch ein Jahr vorher Bismarck den Gefallen getan hatten, auf die Diäten zu verzichten. Weiter hieß es in jenem Aufruf: „Das beschränkte Klassenwahlsystem hat sich überlebt. Der nächste Landtag wird zu prüfen haben, in welcher Weise und unter welchen Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht durchzuführen ist." So erklärte die nationalliberale Partei offiziell und feierlich im Jahre 1868 und bis heute hat diese Partei entsprechend ihrem bekannten Mameluckencharakter ihr Programm mit Füßen getreten, ja im Gegensatz dazu nicht nur überall gegen eine Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts gewirkt, sondern auch alle Wahlrechtsverschlechterungen im Reichstag und in den Landtagen gutgeheißen. So hat sie im Jahre 1887, im damaligen Faschingsreichstag, ihre Mehrheit mit den Konservativen benutzt, um die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre zu verlängern. Und in den letzten Jahren sind Zettelungen auf Zettelungen gegen das allgemeine Wahlrecht gefolgt. Ich

erinnere auch daran, daß neulich Freiherr v. Zedlitz von dem Bundesrat verlangte, er solle dagegen wirken, daß immer mehr süddeutsche Staaten zum allgemeinen Wahlrecht übergingen, da man doch im Norden daran ginge, das elendeste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlsystem einzuführen und noch zu verschlechtern. Ich erinnere an die Wahlverschlechterungen in Sachsen, in Hamburg, Lübeck — beiläufig: unter den Parteigenossen sind Meinungsverschiedenheiten über die Gemeinde-Wahlrechtsveränderungen in Baden und Flirth, ich bitte Sie daher, diese beiden Namen aus der Resolution zu streichen — an die zahllosen Gemeinde-Wahlrechtsverschlechterungen speziell in Sachsen. Dabei mache ich Sie darauf aufmerksam, daß solche Verschlechterungen gerade in Gegenden durchgesetzt sind, die als Hochburgen der Sozialdemokratie bezeichnet werden, wie Hamburg, Lübeck und Sachsen. Warum dort die Partei nicht getan hat, was manche von ihr erwarteten, darauf komme ich später. Und weiter konstatiere ich, daß es gerade der Liberalismus aller Schattierungen gewesen ist, der überall für die Verschlechterung des Wahlrechts gewirkt hat. Im innersten Herzen sind fast alle Liberalen Gegner des allgemeinen Wahlrechts, die Zahl der bürgerlichen Vertreter, die wahre Anhänger des Wahlrechts sind, ist an den Fingern zu zählen. (Sehr richtig!) Was hat denn der Liberalismus in Preußen getan, um das Wahlrecht zu verbessern?! Rickert hat ein paar Mal Anträge in dieser Richtung gestellt und ist deshalb sogar von seinen Freunden angegriffen worden. In Nürnberg besteht der Magistrat in seiner Mehrheit aus Vertretern der Freisinnigen Volkspartei und dieser freisinnige Magistrat hat seine Macht dazu gemißbraucht, um die Wahlbezirke derartig zusammenzulegen, daß 15 000 bürgerliche über 22 000 sozialdemokratische Stimmen siegen konnten. (Hört! hört!) Auch haben in Hamburg grade die Vertreter der freisinnigen Volkspartei sich am eifrigsten für die Wahlrechtsverschlechterung ins Zeug gelegt. (Sehr richtig!) Nach all diesen Vorgängen wäre es eine Lüge zu behaupten, daß der Liberalismus ein Anhänger dieses wichtigsten aller Volksrechte sei. — Und wie steht es mit dem Zentrum? Das Zentrum, mit dem im Augenblick unsere Genossen in Bayern für das allgemeine Stimmrecht eintreten? Und doch widerspricht auch diese Tatsache keineswegs dem, was ich ausgeführt habe. Wenn Sie glauben, daß das Zentrum politische Prinzipien habe, dann täuschen Sie sich. Es hat keine festen Grundsätze als den einen, um jeden Preis die Macht der Kirche und damit sich zu stärken. (Sehr richtig!) Das Zentrum tritt nur für die gottgewollte Ordnung ein. Diese gottgewollte Ordnung ist aber immer nur die dem Zentrum nützliche Ordnung. Es ist *die* Ordnung, die die Macht der Kirche und des Zentrums stützt. (Sehr richtig!) Die Kirche hat sich im Laufe der Jahrtausende, wie ich in Straßburg unwiderleglich nachgewiesen habe, mit allen Staatssystemen und allen Wirtschaftsordnungen abgefunden, und ich sage Euch, Parteigenossen: wenn es einmal zur letzten Entscheidung kommt und das Zentrum sich sagt: jetzt können wir des Sozialismus nicht mehr Herr werden — dann setze ich tausend gegen eins, werden die Prediger der christlichen Liebe, die jetzt für die bürgerliche Ordnung eintreten, wie sie früher für die feudale und antike Ordnung eingetreten sind, auch für den Sozialismus eintreten. (Zustimmung und große Heiterkeit.) Und sie werden Euch dann mit einer Schärfe und Klarheit, gegen die Ihr alle Stümper seid (Heiterkeit), beweisen, daß das Neue Testament an den und den Stellen ganz zweifellos und klärlich für den Kommunismus sich ausspreche, also zwischen katholischer Kirche und Sozialismus gar kein Unterschied bestehe. (Lebhaftes sehr richtig und Heiterkeit.) So wird das Zentrum eines Tages handeln, wenn es nicht mehr anders kann; es wird freilich bei uns dann seine Rechnung nicht finden. Nun hat das Zentrum allerdings in Baden und Bayern für das allgemeine Wahlrecht gewirkt. Weshalb? In Bayern ist das Zentrum auf Grund des bestehenden Wahlrechts nicht in der Lage, die Macht zu erlangen, die es haben will, eine

Macht, die ihm in der Staatsverwaltung und Staatsvertretung die absolute Herrschaft verschafft, und da unsere Genossen in Bayern das Interesse hatten, um jeden Preis — so will ich einmal sagen — dem jetzigen Wahlsystem den Hals zu brechen, da ferner der Liberalismus, getreu seiner Stellung als Repräsentant des Kapitalismus, sich zu keiner Konzession herbeilassen wollte und jede Reform hintertrieb, war ein Zusammengehen von Sozialdemokratie und Zentrum eine Notwendigkeit. In dem Augenblick jedoch, wo das Ziel dieses Zusammengehens erreicht ist, wird naturgemäß der Kampf zwischen Sozialdemokratie und Zentrum in einer Schärfe entbrennen, wie er niemals zwischen Liberalismus und Zentrum entbrennen konnte. (Sehr richtig!) So lagen die Dinge bis jetzt in Bayern. Das Zentrum ist in Bayern deshalb für das allgemeine Wahlrecht, weil nur so die Stimmen seiner bäuerlichen und kleinbürgerlichen Anhänger voll zur Geltung kommen können. Aehnlich lagen die Dinge in Baden, wo die Macht des Nationalliberalismus nur durch das allgemeine Wahlrecht gebrochen werden konnte. Deshalb, nicht aus prinzipiellen Gründen, trat es in Baden und Bayern für das allgemeine Wahlrecht ein, während es in Preußen seit 1875, als noch Windthorst lebte, keinen Finger gerührt hat, um das allgemeine Wahlrecht in Preußen einzuführen. Ja, das Zentrum hat das Gegenteil getan, es hat bei der sogenannten Wahlreform 1892/93 so reformiert, daß es auf die eigenen Kosten kam, und hat sich unter faulen Redensarten von der Forderung des allgemeinen Stimmrechts gedrückt. Wie ist es aber in Württemberg? Dort steht bekanntlich eine Verfassungsänderung bevor; dort besteht das allgemeine direkte Wahlrecht seit Jahrzehnten, allerdings bei sehr ungleichen Wahlkreisen. Jetzt soll die Reform einsetzen mit dem Hinauswerfen der 24 Privilegierten aus der zweiten Kammer, die Kraft ihrer amtlichen oder kirchlichen Stellung als Landtagsabgeordnete in der Kammer sitzen. Es sollen nunmehr auch diese 24 Mandate mit Hülfe des allgemeinen Stimmrechts besetzt werden. Hier tritt nun der Führer des Zentrums in Württemberg, der Reichstags-Abgeordnete Gröber, auf und erklärt, das gehe nicht, denn das hieße, der Sozialdemokratie eine gewaltige Macht zuwenden. So pfeift das Zentrum in Württemberg. Da malt Gröber, der ein riesig geschickter Herr ist, der Kammer ein Gemälde an die Wand, daß den Herren eine Gänsehaut überläuft über die Gefahr, welche die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für Württemberg bringe, wenn auch jene 24 Sitze nach dem bestehenden allgemeinen Wahlrecht besetzt würden. Ach, wenn es nur wahr wäre! Aber Herr Gröber weiß genau so gut wie ich, daß das nicht wahr ist, daß es nicht wahr sein kann, weil die ökonomischen Vorbedingungen hierfür in Württemberg noch nicht gegeben sind. Gröber schlägt also vor, man solle die 24 Abgeordneten zwar durch das allgemeine gleiche Wahlrecht wählen lassen, aber nach Ständen, um sich so die Herrschaft in der Kammer zu sichern. Sie sehen, wie recht ich habe, wenn ich sage, das Zentrum handelt stets nur so, wie es seinem Vorteil entspricht. (Lebhafte Zustimmung.) Zum Ueberfluß erinnere ich daran, was die „Kölnische Volkszeitung" im April d. J. über die Wahlrechtsverschlechterung in Hamburg schrieb. „Es ist ja richtig," schrieb sie, „daß jeder Staat, sobald eine sozialdemokratische Volksvertretungsmehrheit die ganze Maschine zum Stillstand zu bringen droht, rechtzeitig Gegenmaßregeln treffen muß." (Hört! hört!) Da sehen Sie das Programm des Zentrums. Es ist für das allgemeine Wahlrecht, so lange es die gegenwärtige Mehrheit sichert, aber wenn das allgemeine Wahlrecht eine sozialdemokratische Mehrheit schafft, dann ist es etwas anderes. Wir sollen die Staatsmaschine zum Stillstand bringen wollen, heißt es in dem Artikel, wenn wir ans Ruder kämen. Nein, wir wollen sie erst recht benutzen mit einem bisher noch nicht erhörtem Tempo, um den alten Schutt wegzuräumen und neue gesündere Grundlagen zu schaffen. (Sehr gut!) Weiter schreibt die „Kölnische Volkszeitung": „Kein Staat kann sich selbst vernichten und umstürzen lassen, ohne sich zu wehren. Darüber sollen die Sozialdemokraten sich nur gar keinen Täuschungen hingeben." Merkt Euch das alle recht sehr für künftige Wahlagitationen und für Euer politisches Verhalten dem Zentrum gegenüber!

Es herrscht gar kein Zweifel, daß eines Tages die Dinge sich so entwickeln, wie ich es geschildert habe. Darüber sind sich Marxisten und Revisionisten einig, daß das Proletariat sich mehr und mehr vermehrt und schließlich die ungeheure Mehrheit der Nation bildet. Das Proletariat bildet schon heute nach seiner Zahl und seiner sozialen Bedeutung die Grundlage der Nation, es ist der Erzeuger des Reichtums, es ist die Grundlage unserer Wohlhabenheit, die Grundlage unserer Steuerfähigkeit, die Grundlage unserer Verteidigungsfähigkeit, die Grundlage von all und jedem. Diese Masse bildet das Fundament der Gesellschaft, auf ihrem Rücken ist die gesellschaftliche Pyramide aufgebaut, und wenn einmal das Fundament dieser Pyramide zu wanken beginnt, dann stürzt sie zusammen. (Sehr wahr!) Ich mache nicht graulich. Die Möglichkeit ist da, die Entwickelung in friedlichen Bahnen zu erhalten. Das hängt mit von uns ab. Es hängt aber in allererster Linie ab von der Macht, die wir unseren Organisationen geben, von der politischen Bildung und Einsicht, die wir in die deutsche Arbeiterklasse hineintragen, die in jeder Stunde der historischen Entwickelung des Landes genau wissen muß, wo sie zu stehen, was sie zu tun und zu lassen hat. (Lebhafter Beifall.) Nach dieser Richtung hin Klarheit! Aber auch nach der Gegenseite Klarheit. Weit mehr als von uns hängt der Gang der Entwickelung von dem Verhalten unserer Feinde ab. Deren Tun und Lassen schreibt uns unsere Taktik vor; diese allein haben es in der Hand, ob die Dinge sich friedlich, sozusagen naturgemäß entwickeln, oder ob Katastrophen eintreten. Wer glaubt, den Massen ihre Staatsbürger- und Menschenrechte verweigern oder gar sie ihnen rauben zu können, der irrt sich gewaltig. (Sehr richtig.) Hier hilft kein Bremsen. Ach, bremst soviel Ihr wollt, die Bremse geht über Euch weg. Wir sehen ferner, daß die bürgerlichen Parteien sich mehr und mehr zusammenschließen, daß die Gegensätze unter ihnen sich mehr und mehr verringern. Die bürgerlichen Parteien sagen sich, können wir das Ungeheuer nicht aus unseren Augen hinwegschaffen, das uns Tag und Nacht so viel Sorgen macht, das uns in unseren Träumen erscheint, dann wollen wir wenigstens zusammenstehen um es abzuwehren. Daher der enge Zusammenschluß unserer Feinde seit den Wahlen seit 1903! Ein klassisches Schulbeispiel sind die Landtagswahlen in Eßlingen, wo von der süddeutschen Volkspartei, dem radikalsten Flügel der Bourgeoisie, bis zu den Konservativen alles ein Herz gegen die Sozialdemokratie war, und wo unsere Genossen durch ihre Energie den gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten über den Haufen rannten! Wenn ich je mit unseren württembergischen Genossen zufrieden war, so bei der Wahl in Eßlingen. (Sehr wahr!) Ein Hüben, ein Drüben nur gibt's, es ist nicht mehr möglich zu paktieren, und aus dieser Situation heraus haben auch die verschiedenen bürgerlichen Parteien den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet, geben sie ihr Geld dafür aus, daß sie eine politische Prätorianerbande als Redner herausschicken, die ohne Rücksicht auf die politische Stellung der einzelnen bürgerlichen Parteien nur die Aufgabe haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, d. h. sie zu beschmutzen.

Wie falsch diejenigen urteilen, welche die parlamentarische Tätigkeit gar zu sehr unterschätzen, zeigt auch der große Bergarbeiterstreik. Das moralische Ergebnis war ein Sieg der Bergarbeiter, keine Niederlage (sehr wahr!), ein Sieg, der die stärkste Gewalt in Deutschland, die preußische Regierung, zwang, den Bergarbeitern Rechnung zu tragen und eine Reform der Berggesetzgebung einzuleiten. Aber die Regierung wagte nicht, an den Reichstag des allgemeinen Stimmrechts zu gehen, sondern sie ging an das Dreiklassenparlament, weil sie wußte, daß dort eine Reform zustande kam, die keine wirkliche Reform, sondern ein taubes Ei war. (Sehr richtig!) Und da machte das Zentrum mit, weil

um jeden Preis verhüten wollte, daß die Vorlage an den Reichstag kam. Da haben wir den schlagendsten Beweis, welche moralische Macht das allgemeine Stimmrecht und speziell die Anwesenheit von Sozialdemokraten auf Grund dieses allgemeinen Stimmrechts auszuüben vermag! So betrog man die Bergarbeiter um ihr Erstgeburtsrecht, so schuf man eine Vorlage, die nicht entfernt das war, was die Arbeiter zu beanspruchen berechtigt waren. (Sehr wahr!) Und da faßte das Herrenhaus auch noch die Resolution, die eine neue Zuchthausvorlage fordert, da kam Bülows Versprechen, die Selbstverwaltung der Krankenkassen einzuschränken. Alles Beweise dafür, was erst geschähe, wenn keine Sozialdemokraten im Reichstage säßen! (Sehr richtig!) Und angesichts einer solchen Mißhandlung der Bergarbeiter, da wagt man, uns zu empfehlen, wir sollten auf die parlamentarische Tätigkeit verzichten. Dort in Rußland tobt ein ungeheurer Kampf, in erster Linie um die Erlangung politischer Rechte, um ein modernes Staatssystem zu erhalten! Dort steigen unsere Genossen mit freudigem Kampfesmut auf die Barrikaden, dort opfern Männer und Frauen ihr Alles, setzen sie ihr Höchstes, ihr Leben ein, um endlich einen modernen Staat zu bekommen. (Lebhafter Beifall.)

Selbst der konservative General Liebert, ein Mann, dem nichts ferner liegt, als der Sozialdemokratie Konzessionen zu machen, spricht die Ueberzeugung aus, ein Krieg wider den ausgesprochenen Willen der Massen sei künftig bedenklich. Die Massen forderten ihr Recht mitzusprechen, wenn sie ihre Haut zu Markte tragen sollten. Und da sagt man, das Proletariat habe keine Macht und keine Bedeutung! Ferner sagt man von einer Seite, von der ich das nicht für möglich gehalten hätte, die Macht der Partei sei eine minimale. Und das, obwohl bereits vor Jahren Caprivi unserem verstorbenen Genossen Grillenberger gegenüber erklärte, die Regierung besehe sich jede Vorlage darauf hin, welchen Einfluß sie auf die Sozialdemokratie übe. Aber wir haben keinen Einfluß, wir spielen keine Rolle! Es wird ferner gesagt, wir hätten nichts zu sagen, obwohl zweifellos auch die auswärtige Politik mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie zum Teil gemacht werden muß. Man versucht neuerdings freilich, den Reichskanzler zu einer Art politischen Papst zu machen, dadurch, daß man jeden, der versucht, die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu kritisieren, mundtot macht. Das geschah Jaurès, das geschah unseren Freunden in Konstanz, das passierte mir sogar neulich selbst in Straßburg. Der Ueberwachende hatte allerdings schon viel Unangenehmes zu hören bekommen; er war schon lange nervös (Heiterkeit), es paßte ihm gar nicht, was ich sagte, aber als ich dann auf die Marokkofrage zu sprechen kam, da war es zu Ende. Er erlaubte nicht, darüber zu reden. (Hört! hört!) Ich wollte die Versammlung nicht zur Auflösung bringen, und da außerdem die Unterbrechung das schönste war, was ich mir wünschen konnte, weil sie mir Gelegenheit zu neuen Angriffen gab, so habe ich mich gefügt. Sehen wir doch die auswärtige Situation an! Der Kampf in Rußland sitzt unseren Regierenden viel mehr in den Knochen, als Sie glauben. (Sehr richtig!) Sie haben eine Heidenangst, daß das Feuer überspringen könnte, sie sagen sich, wenn das in Rußland möglich ist, wo gar keine Organisation besteht, wo das Proletariat im Verhältnis gering an Zahl ist, was kann dann in Deutschland geschehen, wo wir politisch aufgeklärte Massen, ein organisiertes Proletariat haben, wo es bereits nicht nur Bataillone, sondern ganze Regimenter in der Armee gibt, die aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sind, und wenn man die Reserve und Landwehr einberuft, ganze Brigaden Sozialdemokraten einziehen. (Stürmischer Beifall.) Da fragt man sich, was soll da aus uns werden? Na, sie wären beschränkt, wenn sie sich das nicht sagten. Das gehört auch zum Kapitel von der Macht der Sozialdemokratie. Ferner die beständigen Fehlschläge der Kolonialpolitik, die verfehlte auswärtige Politik, die neue Flotten- und Steuer-

politik, all das, darüber täuscht man sich oben nicht, ist Stoff für die Sozialdemokratie, Material, das wir bloß zu verwenden brauchen. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß wir, da wir die Minorität sind, in der Taktik vornehmlich auf die Defensive, die Kritik angewiesen sind, die wir übrigens so energisch üben, daß Herr v. Einem z. B. heilfroh wäre, wenn durch Gesetz verhindert würde, daß Sozialdemokraten in den Reichstag kommen. (Heiterkeit.)

So ist die Situation, in der jeder aufmerksame Genosse sich fragen muß, nachdem die bisherigen Mittel nicht ausgereicht haben, gewisse Attentate auf die Rechte der Arbeiterklasse unmöglich zu machen: Sind die taktischen und agitatorischen Mittel, die wir bisher angewandt haben, genügend, oder müssen wir neue hinzufügen?

Hier ist nun der Vorschlag des politischen Massenstreiks gemacht worden. Da sagt man uns: den politischen Massenstreik macht man, aber man spricht nicht davon. Es ist eine Torheit, eine solche Diskussion dadurch beseitigen zu können, daß man so tut, als höre man sie nicht. Das ist Vogelstraußpolitik. (Sehr richtig!) Wenn diese Frage an allen Ecken und Enden angeschnitten wird, gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, muß jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, daß die Partei den Vorschlag einmal diskutiert. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn große Massen in Frage kommen, kann man nicht Maßregeln, bei denen die Massen eine Rolle zu spielen haben, vor den Massen unbesprochen lassen. Soll die Masse mit Begeisterung für eine bestimmte Handlung eintreten, dann verlangt sie auch die Wirkung und den Zweck der Maßregel zu kennen. Das ist ihr gutes Recht. (Lebhafte Zustimmung.) Außerdem folgen aufgeklärte Massen nicht blind gegebenen Befehlen. Nun hat der Gewerkschaftskongreß in Köln geglaubt, den Massenstreik durch die Annahme der Resolution Bömelburg abzutun. Man lehnte den Generalstreik, wie ihn die Anarchisten und die Anarchosozialisten wollen, ab und erklärte, wir wollen weiter keine Diskussion. Was ist damit erreicht worden? Das gerade Gegenteil. Nach der Annahme der Resolution Bömelburg, die in Form und Inhalt an einer großen Unklarheit leidet, ist die Diskussion erst recht in Fluß gekommen. Wie groß die Unklarheit ist, beweist, daß man selbst v. Elm vorwirft, er habe die Resolution mißverstanden, v. Elm, mit dem ich zwar oft in Meinungsdifferenzen geraten bin und mit dem ich schon häufig die Klinge gekreuzt habe, in dem ich aber einen sehr berufenen Vertreter sehe, über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses und über die Bedeutung der Generalstreik-Resolution ein Urteil abzugeben. Man muß in der Tat die Resolution mit der Lupe studieren, um herauszufinden, daß man nicht so weit gegangen ist, die Diskussion des Generalstreiks zu verbieten. Aber man kann beim Lesen der Resolution und auch in ihrer Begründung allerdings den Eindruck gewinnen, daß die Diskussion des Generalstreiks unterbleiben soll. Da sie jedoch auch anders gedeutet werden kann und wir alle Veranlassung haben, gerade in dieser Frage mit den Gewerkschaften zusammenzugehen, so müssen wir ganz objektiv an die Prüfung der Sache herangehen. Auch eine andere Stelle in dem Elmschen Artikel ist mir aus der Seele gesprochen. Es heißt da, es wäre weit besser gewesen, statt eine so unklare und widerspruchsvolle Resolution zu fassen, eine energische Resolution zu beschließen, in der den Machthabern unzweideutig erklärt wird: Wagt Ihr es, an dem allgemeinen Wahlrecht zu rütteln, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre wirtschaftliche Macht voll einsetzen, um ein solches Verbrechen zu verhindern. (Sehr richtig!) Diesen Standpunkt Elms halte ich für ganz richtig. Es heißt in dem Artikel weiter: weit mehr als die politische Partei seien die Gewerkschaften am allgemeinen Wahlrecht interessiert. (Sehr richtig!) Denn mit dem Wahlrecht seien zugleich Vereins- und Versammlungsrecht und das Koalitionsrecht bedroht. (Sehr richtig!) Elm sagt ferner, die

politischen Führer würden gar nicht in Verlegenheit kommen, wenn Ausnahmegesetze erlassen würden, denn sie würden dann zur Taktik von 1878 zurückkehren. (Sehr gut!) Das ist vollkommen richtig. In dieser Zeit sind die geheimen Organisationen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Wir spielten mit der Polizei wie die Katze mit der Maus. (Heiterkeit.) Es war ein Gaudium, ein Privatvergnügen für unzählige Genossen. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Und wenn wir unter uns sind, ist es unsere schönste Unterhaltung, wenn wir uns unsere Erlebnisse aus dieser Zeit erzählen, wie wir damals die Polizei an der Nase herumgeführt haben (Heiterkeit), wie wir mit ihr gespielt haben. Und wenn auch einmal eine Anzahl Genossen ins Gefängnis wandern mußten — nun, wir haben bald alle schon drin gesessen, und es kommt vielleicht einmal dahin, daß der nicht für voll gilt, der nicht wenigstens einmal im Gefängnis gesessen hat. (Große Heiterkeit.) Das wäre eine erbärmliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt und durch die Strafgesetze einschüchtern ließe, ihr Menschen- und Bürgerrecht zu verteidigen. (Lebhafter Beifall.) Eben erleben wir bei den russischen Vorgängen, wie Tausende von Genossen und Genossinnen ihr Leben, ihr alles in die Schanzen schlagen, und da sollten wir nicht den Mut haben, einige Monate Gefängnis und Schlimmeres zu ertragen, um die Rechte zu behalten, die wir besitzen? (Lebhafter Beifall.) Also der Kölner Beschluß hat nur Unklarheit und Verwirrung erzeugt und der Streit ist seitdem ins Unendliche gegangen. Interessant ist aus dem Referat, das Genosse Bömelburg damals erstattete, die Begründung, warum man die Frage auf die Tagesordnung gesetzt habe. Er sagte, das sei geschehen, um die Gefahr zu beseitigen, daß die Gewerkschaften sich später Beschlüssen fügen müßten, die einseitig von anderer Stelle gefaßt sind. Diese „andere Stelle" ist der Parteitag. Man wollte uns also contrecarriren und unsere Entschlüsse beeinflussen.

Es ist nun kein Zweifel, daß, wenn eine Frage Partei und Gewerkschaften gleichermaßen interessiert, es die Frage des politischen Massenstreiks ist. Denn die Gewerkschaftler sind nicht nur Gewerkschaftler sondern auch Staatsbürger und als solche haben sie das lebhafteste Interesse an den politischen Zuständen des Staates und nicht nur an den wirtschaftlichen Zuständen der Gesellschaft. Was ist denn der Staat? Wer sich darüber gründlich informieren will, dem empfehle ich die Schrift von Engels über die Entstehung der Familie, des Privateigentums und des Staats zu lesen, und wenn er sie beim ersten Lesen nicht versteht, so lese er sie zwei- oder dreimal. Dann erfährt er, was der Staat ist, daß der Staat erst notwendig wird, wenn an Stelle der auf Kommunismus bestehenden Familien- und Stammesgemeinschaft das Privateigentum tritt. Sobald diese Entwickelung eintritt, entstehen die Klassengegensätze, jetzt werden die Eigentümer die Feinde der Nichteigentümer und umgekehrt. Die besitzende Klasse macht sich zur herrschenden Macht, die die Massen unterdrückt und den Staat gründet, um durch die Staatsgewalt ihre Interessen zu schützen und zu fördern gegen die Interessen der Nichtsbesitzer. In dem Maße, wie dann die Produktionsformen sich entwickeln und nach der Art, wie das Produzierte verteilt wird, ändert sich notwendigerweise auch der Staat. So sehen wir den auf Sklaverei beruhenden antiken Staat durch den auf Leibeigenschaft und Hörigkeit beruhenden Feudalstaat verdrängt werden. Im Feudalstaat entsteht das Bürgertum der Städte, dessen Interessen wieder mit der feudalen Ordnung der Dinge in schärfstem Gegensatz treten. Aus diesem Gegensatz schöpft als lachender Dritter das absolute Fürstentum seine Macht und es entsteht der absolutistische Staat. Nun entsteht aber das modernere Bürgertum, das sowohl mit der feudalen, wie mit der absolutistischen Ordnung der Dinge in Kampf gerät und schließlich den seinen Interessen entsprechenden konstitutionellen Staat begründet, und zwar durch die großen Revolutionen, die ganz Europa erschüttert haben. Es ist lachhaft, wenn man uns vorwirft, wir wollten die Revolution, wo doch alle bisherigen

Revolutionen vom Bürgertum gemacht wurden. Das Bürgertum räumte zwar den Arbeitern eine Reihe Rechte ein, aber das entscheidende Recht, das Wahlrecht, verweigert es ihm so lange es geht. Darum muß nach derselben Logik, nach der bisher alle unterdrückten Klassen im Laufe der Geschichte nach der Staatsgewalt gegriffen haben, um dann im Interesse ihrer Klassenstellung Staat und Gesellschaft umzumodeln, auch das Proletariat als die letzte unterdrückte Klasse die politische Gewalt erobern, um mit Hülfe dieser Gewalt auf sozialem Gebiet die Einrichtungen zu schaffen, die seine Macht unerschütterbar machen. Schließlich hat allerdings die letzte Stunde des Staats geschlagen, weil es in der neuen Gesellschaft keine Klassengegensätze mehr gibt und der Staat als eine herrschende und beherrschende Gewalt seine Existenzberechtigung verloren hat. Aber bis die Dinge so kommen — wann, weiß ich nicht, es kann lange dauern — müssen wir, koste es, was es wolle, nach der Staatsgewalt trachten. Genossen, es wäre wider alle Logik, es wäre ein Schauspiel der unerhörtesten Art, wenn eine so gewaltige Klasse, wie es die moderne Arbeiterklasse materiell, physisch und geistig geworden ist, sich das nehmen ließe, was alle unterdrückten Klassen vor ihr als selbstverständlich beansprucht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das muß auch uns gelingen; wie, das ist Sache der politischen Situation, die nicht wir, sondern unsere Gegner schaffen. Wir können den Gegnern nur sagen: nehmt euch in acht; ihr im 20. Jahrhundert solltet doch endlich aus der Geschichte gelernt haben, wohin es führt, wenn ihr glaubt, gegen den Willen der großen Mehrheit der Nation herrschen zu können. Das gibts nicht.

Nun hat man vorgeschlagen, man müsse als letztes Mittel zum Generalstreik schreiten, der von den Anarchisten propagiert wird. Der Anarchismus ist im Grunde genommen ein konsequenter Ausläufer des bürgerlichen Liberalismus und Individualismus. (Sehr richtig!) Das kann man am klassischsten aus dem Werke von Stirner „Der Einzige und sein Eigentum" sehen, das im Jahre 1845 erschienen ist und nicht nur den Anarchismus, sondern auch den Anarchosozialismus (Heiterkeit!) bereits enthält. Daher denn auch überall im Anarchismus diese ideologischen Anschauungen, wie sie der Liberalismus zutage fördert. Dieser Anarchismus sagt: Wir haben nicht mit dem Staat zu tun; ich bin ich selbst und alles andere ficht mich nichts an. Der Staat ist ein Ungeheuer, ist die konzentrierte Macht, die mich unterdrückt, mir meine individuelle Freiheit raubt, ich kümmere mich nicht um ihn; entwickelt eure Individualität als Proletarier und ihr werdet sehen, wie weit ihr kommt. Aber darum handelt es sich ja gerade, daß die kostbarsten individuellen Eigenschaften, die zahlreichsten und schönsten Keime menschlicher Vervollkommnung, die in diesen unzähligen Köpfen vorhanden sind, sich in der bestehenden sozialen Ordnung nicht entwickeln können, daß es ein Zufall ist, wenn sie einmal bei einem einzelnen in Not und Elend groß gewordenen zur Entfaltung kommen. Die heutige Gesellschaft beruht auf der Verkrüppelung der Individualität der großen Massen und es ist geradezu die Aufgabe des Staates, für die Unterdrückung der Massenindividualitäten zu sorgen. Diesen Staat nun, sagt Friedeberg, sollen wir in Frieden lassen, um den sollen wir uns nicht kümmern. (Friedeberg: Habe ich nicht gesagt!) Das werde ich Ihnen nachweisen, wenn ich in Berlin mit Ihnen abrechne. Dort hat er dann die größte Redefreiheit, und ich hoffe, er wird dann verholzt werden, wie er noch nie verholzt worden ist. (Große Heiterkeit.) Also der Generalstreik soll das Allheilmittel sein; mit ihm stürzt man die ganze bürgerliche Gesellschaft — wie der Staat gestürzt werden soll, darüber zerbreche man sich nicht den Kopf. Wenn der Generalstreik gemacht wird, so schwebt der Staat in der Luft — als wenn er sich das gefallen ließe, in der Luft zu schweben! (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Generalstreik verhindert die Kriege, er entwaffnet das Militär, er erobert im Handumdrehen den Achtstundentag; Generalstreik hinten und Generalstreik vorn. Von alledem wird einem so dumm, als ginge einem ein Mühlrad im Kopfe

heran! (Sehr gut!) Das Ende vom Liede ist eigentlich die Nurgewerkschaftlerei. (Sehr richtig!) Das will man nicht, aber es ist die logische Konsequenz. Denn man nimmt den Anhängern dieser Idee des allmächtigen Generalstreiks allmählich so völlig allen Glauben an die politischen Machtmittel und die Notwendigkeit des politischen Kampfes, daß sie ganz selbstverständlich darauf verzichten werden, in die politischen Organisationen einzutreten. (Sehr richtig!)

Die Generalstreikfrage hat uns bereits auf einer ganzen Reihe von internationalen Kongressen beschäftigt. Das erste Mal 1889 in Paris. Da meinte Tressaud-Marseille, die Manifestation am 1. Mai werde wirkungslos bleiben, sie müsse durch einen Generalstreik unterstützt werden; der Kongreß sollte als Anfang der sozialen Revolution den Generalstreik beschließen. Sein dahingehender Antrag wurde aber bei der Abstimmung mit sehr großer Mehrheit verworfen. Auf dem internationalen Kongreß zu Brüssel beantragte dann Domela Nieuwenhuis, daß die Sozialisten aller Länder eine etwaige Kriegserklärung beantworten sollten mit einem Aufruf an das Volk zur allgemeinen Arbeitseinstellung. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Der internationale Kongreß in Zürich 1893 beauftragte eine Kommission mit der Erörterung des General- bezw. Weltstreiks. Diese Kommission schlug folgende Resolution vor, die aber nicht mehr zur Erörterung gelangte:

„In Erwägung, daß Streiks nur unter bestimmten Verhältnissen und zu bestimmten Zwecken mit Erfolg unternommen werden können, diese jedoch nicht von vornherein festzustellen sind, in Erwägung, daß ein Weltstreik schon wegen der so ungleichen ökonomischen Entwicklung in verschiedenen Ländern unausführbar ist, von dem Moment aber, wo er ausführbar, nicht mehr nötig ist, in weiterer Erwägung, daß selbst ein auf ein Land sich beschränkender allgemeiner Streik, wenn friedlich durchgeführt, aussichtslos, weil der Hunger die Streikenden in erster Linie treffen und zur Kapitulation zwingen würde, ein gewaltsamer Streik aber von den herrschenden Klassen unbarmherzig niedergeschlagen würde,

erklärt der Kongreß, daß unter den gegenwärtigen sozialpolitischen Verhältnissen im besten Falle ein Generalstreik einzelner Industrien mit Erfolg durchgeführt werden kann; ferner, daß Massenstreiks unter Umständen eine höchst wirksame Waffe nicht bloß im ökonomischen, sondern auch im politischen Kampfe sein können, eine Waffe jedoch, deren wirksame Anwendung eine tüchtige gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse voraussetzt. Der Kongreß empfiehlt daher den sozialistischen Parteien aller Länder diese Organisation mit aller Energie zu fördern, und geht über die Frage des Weltstreiks zur Tagesordnung über."

Diese Resolution ist insofern sehr interessant — und ich selbst war, als ich die Akten studierte, durch ihren Inhalt überrascht — als sie zwar den Weltstreik ablehnt, aber den politischen Massenstreik immerhin für diskutierbar hält und zwar unter der Bedingung, daß die Organisationen entsprechend weit gediehen sind. Ich finde, daß dieser Teil der Resolution eigentlich klarer ist als die Amsterdamer Resolution. (Sehr richtig!)

Auch in London wurde 1896 auf dem internationalen Kongreß über den Generalstreik verhandelt. In der Resolution über die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse — Berichterstatter war Molkenbuhr — heißt es: „Der Kongreß hält den Streik und Boykott für ein notwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben. Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung des Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt."

Der internationale Kongreß zu Paris 1900 hatte den Generalstreik als letzten Punkt auf der Tagesordnung. Der Berichterstatter Legien erklärte: „Wir haben den nicht gerade formvollendeten Londoner Beschluß wiederholt, um zu

dokumentieren, daß wir unsere Anschauung über den Generalstreik nicht geändert haben ... Solange keine starken Organisationen vorhanden sind, ist der Generalstreik für uns nicht diskutierbar. Für die Bourgeoisie wäre ein Generalstreik unorganisierter Massen ein Vergnügen; in ein paar Tagen hätte sie ihn niedergeworfen eventuell mit Waffengewalt und damit wäre die Arbeit von Jahrzehnten vernichtet." Der Kongreß nahm schließlich mit 27 gegen 7 Stimmen die Resolution der Mehrheitskommission an, die den Londoner Beschluß wiederholt.

Sie sehen, daß diese Frage durchaus nicht ablehnend behandelt worden ist. Endlich haben wir den Beschluß des Amsterdamer Kongresses. Derselbe lautet: „In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongreß den absoluten Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unausführbar, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats unmöglich macht. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerstes Mittel sein kann, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, warnt der Kongreß die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen, und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch die Entwickelung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird." Zwischen den Ausführungen, die Robert Schmidt als Vertreter der Gewerkschaften in Amsterdam gemacht hat und denen Legiens 1900 in Paris besteht ein erheblicher Unterschied. Legien sagte, wenn Ihr Italiener und Franzosen den Generalstreik wollt, so sorgt für eine entsprechende Organisation, dann wollen wir darüber diskutieren. Robert Schmidt erklärte dagegen in Amsterdam: die großen deutschen Gewerkschaften halten den Generalstreik für nicht diskutierbar. Allerdings erwähnt Schmidt bei dieser Gelegenheit den Massenstreik nicht. Interessant ist auch der Ausspruch Brians in Amsterdam, der den Massenstreik für notwendig erachtet, um die Wahlrechtsverschlechterung in Deutschland abzuwehren. Die Resolution wurde in Amsterdam schließlich mit 36 gegen 4 Stimmen angenommen. Auch der Bremer Parteitag hat über die Frage verhandelt. Mehrere Redner, wie Zetkin, Liebknecht, Kautsky, Bernstein sprachen sich zugunsten der Erörterung dieser Frage auf einem Parteitage aus. Schließlich kamen die Verhandlungen in Köln, dort nahm Bömelburg dieselbe Stellung wie Schmidt ein und eiferte gegen die Theoretiker, die mangels praktischen Verständnisses derartige Fragen aufwerfen. Robert Schmidt verglich in Köln den Massenstreik mit einem Strick, den man der Arbeiterklasse um den Hals lege, während man der Bourgeoisie zurufe: Ziehe zu! (Rufe: Sehr richtig!) Bömelburg wies darauf hin, daß die Arbeiterbewegung der Ruhe bedürfe, um ihre Organisationen auszubauen, während die Frage des Massenstreiks Unruhe in die Massen hineintrage und Spaltungen verursache.

Die Frage ist dann weiter erörtert worden, speziell vom Genossen Heine im September-Heft der „Monatshefte." Er wendet sich darin in scharfer Weise gegen die Schrift der Genossin Roland-Holst über den Generalstreik. Mir wäre es lieber gewesen, wenn ihm dabei die Feder nicht so oft ausgeglitten wäre,

Er hat gegen die Genossin Roland-Holst in einer Weise polemisiert, die ich lebhaft bedauere (sehr richtig); er spricht von der hochnäsigen Art, mit der sie Männer wie Jaurès, Bömelburg, David usw. abkanzle. Er schreibt, solches (abstrakte) Gerede über den Massenstreik sei im günstigsten Falle wertlose Kannegießerei! (Hört! hört!) Man kann solche Ansichten ja haben und sie Freunden gegenüber aussprechen. Aber angesichts der Tatsache, daß wir so viel über den guten Ton debattiert haben, hätte ich gewünscht, daß Heine bei seiner sozialen Stellung mit gutem Beispiele vorangegangen wäre. Ich selbst stehe nicht ganz auf dem Boden der Genossin Holst. Ich habe ihr Buch aber mit großem Interesse gelesen und kann die Lektüre jedem Genossen empfehlen. Die Schrift ist mit dem Herzblut der Genossin Holst geschrieben. Sie ist eine der ausgezeichnetsten Frauen, die ich kennen gelernt habe. Als der Generalstreik in Holland ausgebrochen war, mit dem sie nicht einverstanden war, haben sie und ihr Mann weit über ihre Vermögensverhältnisse in die Tasche gegriffen und haben so gewaltige Opfer gebracht, daß sie dadurch ihre soziale Lage sehr schwächten. Sie ist eine vorzügliche Agitatorin und entfaltet unermüdlichen Eifer, Hingebung und Opfermut. Deshalb tat es mir doppelt leid, daß sie so behandelt worden ist. (Sehr richtig!) Heine wendet sich also in schärfster Weise gegen den Massenstreik. Eine ähnlich scharfe Kritik und auch eine ähnlich scharfe Bekämpfung eines Gedankens, wie er sie anwendet, ist mir noch nicht vorgekommen. Denn die Taktik Heines läuft darauf hinaus, aus seiner Kenntnis als Jurist heraus Paragraphen um Paragraphen des Strafgesetzes anzuführen, die sich steigern bis zum Hoch- und Landesverratsparagraphen, bis zur Verhängung des großen Belagerungszustandes, so daß jedem Genossen, der nicht ganz fest ist, ein über das andere Mal eine Gänsehaut über den Rücken laufen muß wegen der großen Gefahren, die die Anwendung des Massenstreiks in Deutschland mit sich bringen soll. Er weist dann darauf hin, welch ungeheuerlichen Urteile die Gerichte, namentlich die Militärgerichte, fällen würden, weil es nach seiner Meinung gar nicht möglich ist, eine so große und gewaltige Bewegung in ruhiger Weise durchzuführen, schon angesichts der Provokation der Gegner. Als ich mit einem Parteigenossen über den Artikel sprach, sagte dieser: Heine hat, natürlich ohne es zu wollen, einem Staatsanwalt ausgezeichnetes Material zu einer Rede geboten. Ich antwortete, so dumm ist kein Staatsanwalt; es sind ja nicht gerade die dümmsten, die Staatsanwälte werden. (Heine: wenigstens so dumm sind sie nicht! — Stadthagen: Doch, die dümmsten sind es. Heiterkeit.) Ich bin ja überzeugt, Genosse Stadthagen, daß Sie viel klüger sind, als alle Staatsanwälte zusammen. (Große Heiterkeit.) Nein, so dumm ist selbst der dümmste Staatsanwalt nicht; mit derartigen Anklagen, wie sie uns Heine ausmalt, würde er selbst vor einem Klassengericht abblitzen.

Aber die ganze Grundlage der Heineschen Deduktion ist falsch. Ich bestreite entschieden, daß die Folgen eintreten müssen, die Heine bei einem Massenstreik voraussieht. Was er hier als möglich und wahrscheinlich bei einem Massenstreik in Aussicht stellt, kann man im Grunde genommen von jedem großen Streik sagen. (Sehr richtig!) Hätte man Heine bei Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks um einen Rat gefragt, dann hätte er auf Grund derselben Erwägungen zum Abraten kommen müssen. Nun, in Wirklichkeit hat der Bergarbeiterstreik nicht die geringste Handhabe zum Einschreiten geboten. Die Bergarbeiter haben einen großartigen Streik geführt, der bedeutender war, als die sogenannten Massenstreiks in allen anderen Ländern je gewesen sind, und zwar in bewunderungswürdiger Ruhe. Ich fuhr damals aus Brüssel von einer internationalen Konferenz zurück und erstaunte über die feierliche Ruhe im Ruhrrevier. Keine Esse dampfte, während man sonst die Fenster des Waggons wegen Rauches schließen muß. Das Land war eine grüne von der Sonne freundlich beschienene Ebene. Die Dörfer lagen so friedlich da, als wohnte kein Mensch darin. Wenn das möglich ist bei einer Arbeiterschicht, die zum Teil politisch und kulturell weit rückständiger ist als manche andere, da muß man doch fragen, was müssen wir da nicht leisten können bei weit größeren Mitteln und einer weit mehr entwickelteren Organisation und Disziplin, ohne daß die Folgen eintreten, die Heine voraussieht. (Lebhafte Zustimmung.)

Und schließlich gibt es auch einen Punkt, wo man nicht mehr nach dem Schaden fragen darf. Schiller sagt, „nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre". Ja, nichtswürdig, erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfötter behandeln ließe, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten wagte. (Stürmischer Beifall.) Da ist Rußland, da ist die Junischlacht, da ist die Kommune! Bei den Manen dieser Märtyrer sollte Ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um Eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Da kennt Ihr die deutschen Arbeiter schlecht, wenn man ihnen das nicht zutraut! (Erneuter Beifall.) Was hätte denn Heine 1880 in Wyden gesagt, als ich den Antrag stellte, das Wort „gesetzlich" aus unserem Programm zu streichen? Das ist damals einstimmig und ohne Debatte beschlossen worden. (Heine: Mit Recht!) Dann handeln auch wir mit Recht, wenn wir es das nächste Mal ähnlich machen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Wir provozieren nicht, wir verteidigen uns. Der politische Massenstreik ist nicht bloß eine theoretische, sondern auch eine eminent praktische Frage nach einem Kampfmittel, das gegebenenfalls angewendet werden soll und muß. Heine hat gewiß nicht die Absicht, der Schrittmacher der Anarchosozialisten zu sein. (Heine: Nein!) Aber die Wirkung ist unausbleiblich, daß Friedeberg und seine Anhänger aus solchem Vorgehen Material schöpfen und rufen: Da seht ihr, wohin es mit der deutschen Sozialdemokratie gekommen ist. Da habt ihr die Angstmacherei en gros! (Friedeberg: Wir haben noch besseres Material!) Mit keinem Worte sagt Heine, wie wir uns denn eigentlich verteidigen sollen, wenn man uns angreift. Er sagt nur, dies Mittel taugt nichts, aber er bringt kein anderes in Vorschlag. Sollen wir uns etwa ruhigen Blutes die Haut über die Ohren ziehen lassen? (Lebhafter Beifall.)

Man sagt, der Massenstreik sei eine unbrauchbare Waffe. Aber 1891 hat der Massenstreik, den die Belgier anwandten, um das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen, Erfolg gehabt, relativ mehr Erfolg, als der Bergarbeiterstreik, der eine verpfuschte Berggesetznovelle brachte und auch ein politischer Streik war. In der Kammer haben unsere belgischen Genossen von 140 Mandaten 33 erobert. 1908 griffen sie noch einmal zum Massenstreik, um das allgemeine Wahlrecht ganz durchzusetzen. Da hatten sie allerdings keinen Erfolg. Ich will hier keine Diskussion über die Taktik der Belgier hervorrufen, aber bedeutende Bedenken sind auch mir darüber gekommen. 1902 haben die österreichischen Bergarbeiter einen Massenstreik in Mähren und Oesterreich-Schlesien durchgeführt. Sie hatten Erfolg und eroberten den gesetzlichen Neunstundentag, den wir noch nicht haben. Dann kam der sogenannte Sympathiestreik in Barcelona, ein rein anarchistischer Streik. Ja, bei uns in Deutschland denken weder die Gewerkschaften noch die Partei daran, einen sogenannten Sympathiestreik zu machen. Diese Art Streiks, daß, um Forderungen einer bestimmten Arbeiterschicht durchzusetzen, die gesamte Arbeiterschaft eines großen Industriebezirkes in den Streik tritt, die müssen zugrunde gehen. Es kam weiter der schwedische Demonstrationsstreik — auch den werden wir in Deutschland nicht machen, einen solchen Streik, bei dem man gleich sagt: wir machen einen Massenstreik auf drei Tage! Und gleichwohl war auch dieser Streik nicht resultatlos. Haben die Schweden es doch erreicht, daß die Kammer einen Beschluß faßte, wonach die Regierung beauftragt wurde, in zwei Jahren einen neuen Wahlgesetzentwurf auszuarbeiten. Der alte, gegen den sich der Streik gewendet

hatte, war eben unmöglich geworden. Also selbst dort, wo der Massenstreik unter Bedingungen stattgefunden hat, wie ich ihn in Deutschland wahrscheinlich niemals gutheißen würde, hat er Erfolg gehabt. — Dann kam der Massenstreik der italienischen Arbeiter wegen der Erschießung von Arbeitsgenossen. Das war ein Massenstreik, der spontan aus den Massen herauskam, wo zirka 200 000 Arbeiter die Arbeit einstellten, zum großen Teil sogar unorganisierte, und die Regierung zwangen, zu erklären, sie werde künftig derartige Schießereien auf die Arbeiter zu vermeiden suchen. Freilich hat das nicht verhindert, daß in diesem Jahre abermals eine derartige Metzelei stattgefunden hat. Im übrigen aber hat dieser Streik ein Steigen unserer Stimmen bei den kurz darauf folgenden Wahlen von 165 000 auf 316 000 Stimmen zur Folge gehabt, hat also auch nach dieser Richtung keinen ungünstigen Eindruck bei den Massen hinterlassen, obgleich die ganzen bürgerlichen Parteien infolge dieses Massenstreiks im höchsten Maße aufgeregt waren und geschlossen gegen uns stimmten. — Endlich dann der italienische Eisenbahnerstreik in diesem Frühjahr. Ich bin selbst Zeuge desselben in Norditalien gewesen. Er ist mißglückt, die Schuld mißt man hauptsächlich unserer italienischen Fraktion zu, ich weiß nicht mit welchem Recht. — Aber an einen Massenstreik hat noch niemand gedacht. Vor etwa 7 Jahren haben die Arbeiter und Beamten der schweizerischen Nord-Ostbahn in einer Nacht um 12 Uhr die gesamte Arbeit eingestellt in dem Maße, daß, als in einer Station der vorgesetzte Beamte nach der nächsten Station rief: „Wo bleibt denn Zug 12?“ geantwortet wurde: „Der bleibt hier!“ (Heiterkeit.) Damit war die Sache entschieden; sie haben drei Tage gestreikt, die Direktion ist zu Kreuze gekrochen und sie haben erreicht, was sie wollten, unterstützt allerdings durch die Oeffentlichkeit. Schließlich gedenke ich noch der Massenstreiks in Rußland. Dort, wo unsere Parteigenossen gar keine politischen Rechte und Machtmittel haben, werden Massenstreiks auf Massenstreiks drei- und viermal in demselben Ort mit einer Energie durchgesetzt, die nur die höchste Bewunderung aller hervorrufen muß. Indessen sind die Zustände in Rußland so abnorm, daß diese Streiks nicht für uns als Beispiel herangezogen werden können. — Es ist doch wahrhaftig kein Zufall, daß seit dem Jahre 1893 diese politischen Streiks, diese Massenstreiks erst in Anwendung kommen, zuerst in Belgien. Dann ruht die Frage bis 1902 und von da ab bis 1905 sind eine ganze Anzahl solcher Massenstreiks vorgekommen. Es ist also nicht wahr, wenn gesagt wird, die Massenstreiks sind alle verunglückt. Ich frage Euch, Gewerkschaftler: wie viel Streiks sind Euch verunglückt, als Ihr noch keine großen Organisationen hattet? Unzählige, und heute noch gehen viele verloren. Hier aber sind mit ganz unzulänglichen Mitteln zum Teil von unorganisierten Arbeitern Massenstreiks inszeniert worden. Ja, Parteigenossen, das empfehle ich Euch nicht, das empfiehlt niemand, das wäre ja Wahnsinn. Wenn man uns Deutschen nachrühmt, wir seien philosophisch angelegte Köpfe, wir liebten, wie Heine sagt, das Theoretisieren — ja, dann haben wir aber auch die Tugend zu organisieren, wie kaum eine andere Nation. (Sehr richtig!) Daß die deutsche Militärmacht, so sehr wir sie bekämpfen, organisatorisch ein Meisterwerk ist, das ist dieser deutsch-preußischen Eigentümlichkeit zu verdanken. Auch unsere Versicherungsgesetzgebung ist, so viel wir an ihr zu tadeln haben, als Organisation eine Meisterleistung. Wir Deutschen tun nicht so leicht einen Schritt, den wir uns nicht genau überlegt haben, was uns ja den Vorwurf zugezogen hat, wir wären wie der österreichische Landsturm, der immer hinten nachhinkt. Wir sind der Meinung: ehe wir uns in so große Kämpfe einlassen, müssen wir erst gründlich organisieren, agitieren, politische und wirtschaftliche Aufklärung schaffen, die Massen selbstbewußt und widerstandsfähig machen, sie begeistern für den Moment, wo wir ihr sagen müssen: Du hast ein Alles einzusetzen, weil eine Lebensfrage für

sich als Mensch, als Familienvater, als Staatsbürger auf dem Spiele steht. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen nicht — das sagt auch meine Resolution nicht — die Massen blindlings in den Streik treiben; es versteht sich doch von selbst, daß wir die unorganisierte Masse nicht blind in den Streik gehen lassen werden. (Zuruf.) Heine fragt: Werdet Ihr sie im Zügel haben? Das beweist nur, daß Sie (zu Heine) von den Gefühlen und Instinkten der Masse der Arbeiter in diesen Dingen — und das nehme ich Ihnen nicht übel, das bringt Ihre Lebensstellung mit sich — keine genaue Kenntnis haben. (Sehr richtig!) Ich sage, was noch fehlt, sollen wir schaffen. (Heine: Sehr richtig!) Dahin geht meine Resolution. Was vorhanden ist, ist noch nicht genügend, aber das kann geschafft werden. Wenn Sie alle im Sinne meiner Resolution entschlossen zu handeln von diesem Parteitage weggehen und wenn draußen im Lande die Parteigenossen geschlossen im Sinne der Resolution handeln, wenn die Parteipresse in weit größerem Maße als bisher ihre Schuldigkeit tut und wenn nicht bloß die Parteipresse, sondern auch die Gewerkschaftspresse die Massen aufklärt, ihnen nachweist, daß sie politisch sich betätigen müssen, was für sie als Staatsbürger, als Gewerkschaftler auf dem Spiele steht, welch ungeheure Wichtigkeit das Wahlrecht z. B. hat, dann werden die Vorbedingungen für den Massenstreik, falls er nötig werden sollte, geschaffen werden. (Sehr richtig!) Aber wenn man, wie Robert Schmidt, kalten Blutes sagt, den Anarchosozialismus werden die Gewerkschaften wohl nicht mehr los werden, wenn man in dieser Weise fatalistisch sich in die Dinge ergibt, was ist dann das Ende vom Liede? Daß allerdings dann die Gewerkschaften Nur-Gewerkschaften werden. (Sehr richtig!) So sagt z. B. der Genosse Bringmann mit dem Hinweis auf eine Aeußerung Kautskys in der „Neuen Zeit“ — von der ich mir allerdings auch sagte, als ich sie las: das ist eine gefährliche Aeußerung, sie kann falsch ausgenutzt werden — also Bringmann sagt in seiner Broschüre „Der Fünfte Gewerkschaftskongreß und der Klassenkampf in Deutschland“, indem er Kautsky zitiert: „Weniger als anderswo ist in Deutschland von der Reichsregierung etwas für das Proletariat zu erwarten. Dem Reichstage nimmt man alle Bedeutung, alles Leben“ und zieht dann folgende Schlußfolgerungen daraus: „Genug, der Parlamentarismus in Deutschland versumpft einfach. Der Dreimillionensieg unserer Partei von 1903 hat daran nicht nur nichts geändert, sondern er hat diesen Versumpfungsprozeß des Parlamentarismus nur noch beschleunigt. Ich halte es darum auch für richtig, daß der fünfte Gewerkschaftskongreß sich mit sozialpolitischen Angelegenheiten nicht weiter beschäftigt hat. Die Tatsache steht fest: Eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage haben wir in absehbarer Zeit von der Gesetzgebung nicht zu erwarten. Wir sind; wenigstens für die nächste Zukunft, einzig und allein auf unsere Gewerkschaften angewiesen. Verbessern können wir unsere wirtschaftliche Lage nur durch unsere Organisation und vermittels harter wirtschaftlicher Kämpfe.“ (Zustimmung und hört! hört!). Und auf Seite 12 der Broschüre heißt es: „Die ganze politische und ökonomische Situation weist die deutsche Arbeiterklasse auf die Gewerkschaftsbewegung hin. Sie ist unter den gegebenen Verhältnissen das einzige Mittel, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Der Klassenkampf der Gegenwart spielt auf wirtschaftlichem Gebiet; die Gewerkschaften sind die Träger dieses Klassenkampfes.“ Wenn er so die politische Tätigkeit als wertlos hinstellt, nützt es nichts, wenn er am Schluß seiner Rede den gewiß sehr schönen Satz ausspricht: wenn aber einmal es sich darum handeln wird, politische Rechte zu verteidigen, „dann darf man sicher sein, daß solche Arbeiter auch dann feststehen werden, wenn es gilt, einen politischen Kampf zu wagen. Wenn die Situation danach angetan ist, werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ritterlich zu kämpfen wissen, menschlich zu siegen und eventuell auch wie Helden zu sterben verstehen.“ Sehr schön, gewiß, aber wenn in der ent-

geführten Weise von einem Manne, der in seiner Gewerkschaft eine autoritäre Stellung einnimmt, gesagt wird: wir sind in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage, politisch etwas zu erreichen, dann bitte ich Euch — es soll nicht die Absicht Bringmanns sein — aber dann sagt sich doch der Gewerkschaftler: Ja, was soll ich denn da fernerhin noch meine Groschen für die politische Partei geben (sehr wahr!) und da sagen sich die jüngeren Gewerkschaftsmitglieder: da gehe ich doch erst gar nicht in die Parteiorganisation hinein! Dieser Quietismus greift notwendigerweise durch die völlige einseitige Tätigkeit unserer Gewerkschaftsführer immer mehr um sich und sie kommen ganz unfreiwillig zum Anarchosozialismus. Weiter mache ich Sie darauf aufmerksam, daß, während der Kongreß in Köln die Frage des Massenstreiks behandelte, in einer Konferenz, die wir mit den Vorständen der sozialdemokratischen Vereine und der Gewerkschaftskommission in Hamburg hatten, wo beraten werden sollte, was eventuell gegen die Wahlrechtsverschlechterungspläne des Hamburger Senats zu tun sei, — von alten Parteigenossen und Gewerkschaftlern gesagt wurde: Ihr wißt gar nicht, wie böse es bei einem Teil unserer jüngeren Gewerkschaftsführer aussieht, die höhnen ja über die Partei, (hört! hört!) über den Sozialismus, (hört! hört!) über den Zukunftsstaat. Die bestreiten sogar, daß wir einen Klassenkampf führen. (Hört! hört! Unruhe.) Werte Genossen, ich referiere nur, daß das gesagt wird und es waren alte, brave Genossen von der Gewerkschaftskommission, die das gesagt haben. Ich bin einfach starr gewesen, als ich das hörte. Und es wurde dann von Redakteuren des „Echo" und anderen anwesenden Parteigenossen bestätigt. Nachdem nun die Anschauungen Bringmanns an dieser Stelle sogar bei Legien Anklang gefunden haben, da muß ich denn doch sagen: seid auf dem Posten, überlegt Euch, was Ihr tut, Ihr wandelt einen sehr verhängnisvollen Weg, an dessen Ende Ihr Euren eigenen Niedergang herbeiführt, ohne es zu wollen! (Sehr richtig!)

Selbstverständlich kann davon nicht die Rede sein, daß, wie man auch häufig hört, der Generalstreik urplötzlich über Nacht kommen müsse, daß man nicht über ihn reden dürfe. Eine große demokratische Partei wie wir kann keine Geheimpolitik treiben. (Lebhafte Zustimmung.) Die muß am offenen Tage kämpfen. (Erneute Zustimmung.) Wie wollen wir dann die Massen eines Tages in der Hand haben, wenn wir sie nicht moralisch, geistig in unsere Gewalt gebracht, ihre Begeisterung, ihr Vertrauen erweckt haben, damit wir ihnen sagen können: Jetzt gibt es keinen anderen Weg mehr, jetzt in den Klassenkampf hinein, und wenn Ihr Eure Schuldigkeit tut, so siegen wir! (Lebhaftes Bravo!)

Und dann ein anderes: Wir kämpfen doch nicht um Utopistereien, auch nicht um Forderungen des Zukunftsstaates. Wir glauben nicht, daß wir die bürgerliche Gesellschaft mit dem Generalstreik aus den Angeln heben können, sondern wir kämpfen um ganz reale Rechte, die Lebensnotwendigkeit für die Arbeiterklasse sind, wenn sie noch politisch leben und atmen will. Wenn die Frage der Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts auf die Tagesordnung kommt, dann ist es ganz sicher, daß es auch in den bürgerlichen Kreisen, so korrupt sie sein mögen, ein ganzes Teil Leute gibt, die sagen, so geht es nicht, den Arbeitern darf nicht ein Recht genommen werden, das sie nie demißbraucht haben, und wir werden zweifellos auch in diesen Kreisen eine gewisse Sympathie haben. Außerdem habe ich eine gewaltigere Macht, wenn ich ein Recht, das ich jahrzehntelang besitze, verteidige, als wenn ich ein neues Recht erobern will. (Sehr richtig!) Wenn ich sagen kann: bei euch ist nichts weiter als brutale Gewalt, ihr wollt uns das Recht nehmen, ihr seid Gewaltmenschen, ihr seid Tyrannen, — wenn ich all das sagen kann, was die Massen empören und aufpeitschen muß, dann müßte es doch mit zehntausend Teufeln zugehen, wenn wir sie nicht die Massen in hellen Haufen gewinnen würden (lebhafte Zustimmung).

auch die christlichen Arbeiter. Ihr habt ganz recht, Ihr Gewerkschaftler, daß ihr gegen die christlichen Organisationen kämpft, aber als im Jahre 1899 im Reichstage die Zuchthausvorlage zur Beratung stand, als die christlichen Arbeiter sahen, wie auch ihnen die Schlinge durch Verhunzung des bisher vorhandenen Koalitionsrechtes um den Hals gelegt werden sollte, da haben sie genau so wie wir gegen die Vorlage Stellung genommen, und das Zentrum wurde gezwungen, in der Weise zu entscheiden, wie es durch den Mund von Bachem geschah. Was aber sagte Bachem? Er sagte nicht, das Zentrum ist die entschiedenste Vertreterin des freien Koalitionsrechtes aus Prinzip, nein, er sagte — und das war sein Hauptgrund —, die katholischen Arbeiter sind empört über das Attentat auf das Koalitionsrecht; wenn dies Attentat durchgeführt würde, verlören wir die katholischen Arbeiter bis auf den letzten Mann, sie laufen uns davon, und das können und dürfen wir nicht dulden. (Hört! hört!) Man sollte uns mal das allgemeine Stimmrecht nehmen oder wieder einen Versuch zur Beseitigung des Koalitionsrechtes wagen! Wie die katholischen Arbeiter beim Bergarbeiterstreik an der Seite der freien Gewerkschaften mutig gekämpft haben, so würden sie auch, wenn ihr Lebensinteresse für sie als Arbeiterklasse in Frage kommt, ihren Mann stellen. Schließlich ist der Zwang der Umstände und der Zwang der Verhältnisse stärker als der feste Wille, etwas nicht zu tun. (Sehr richtig!)

Ist es weiter nicht der größte, unerhörteste Skandal, daß diejenige Partei, die auch bei den Landtagswahlen in Preußen fast die meisten Stimmen hatte, bei den Reichstagswahlen aber sich auch in Preußen als die weitaus stärkste aller Parteien erwiesen hat, die sozialdemokratische Partei, unter den 432 Mandaten infolge des elenden, erbärmlichen Dreiklassenwahlsystems nicht ein einziges inne hat? (Lebhafte Zustimmung.) Hier stimme ich mit Bernstein überein, wir haben uns doch mal eines Tages zu fragen: Soll das so bleiben, wollen wir es uns dauernd gefallen lassen, daß Junker, Pfaffen und Bourgeoisie uns den Fuß auf den Nacken setzen, daß sie ihre Stellung mißbrauchen, um die Gemeindewahlrechte zu verschlechtern, um das Vereins- und Versammlungsrecht zu verschlechtern? (Lebhafte Zustimmung.) Denkt an die Novelle zum Vereinsgesetz aus dem Jahre 1908! Denkt an die Bergarbeiternovelle, denkt an die Resolution für ein Zuchthausgesetz! Ich sage nicht, daß die Frage morgen aktuell wird, denn dazu muß Stimmung vorhanden sein, und die Stimmung muß erst geschaffen werden. Es werden aber wahrscheinlich Gewaltstreiche von jener Seite kommen, die alles in Empörung setzen. Aber die Frage muß auf die Tagesordnung kommen. Wir stehen ja in der Beziehung weit hinter dem Bürgertum der früheren Jahrhunderte zurück; das Bürgertum hat, als es entrechtet war, fortwährend gekämpft, wir aber stehen da — nun, ich will das Wort, das mir auf den Lippen sitzt, nicht gebrauchen — wie Leute, denen alles gleichgültig ist. (Sehr gut!) Und dabei bekommen wir einen Hieb nach dem anderen über den Rücken. Das geht auf die Dauer nicht so weiter. (Lebhafter Beifall.)

Während auf der einen Seite Heine sich als Gegner des Massenstreiks bekennt, gehen auf der anderen Seite die Anarchosozialisten über den jetzt von uns vertretenen Standpunkt hinaus und meinen, daß wir auf dem verkehrten Wege sind. Friedeberg, der über diese Frage wiederholt ausführlich in Berlin gesprochen hat, hat die erste seiner Reden in Druck erscheinen lassen und auch mir ein Exemplar mit einer sehr schmeichelhaften Widmung verehrt. Man kann also wohl sagen, daß das, was darin steht, die Ansicht von Friedeberg ist. Dort heißt es auf Seite 3: „Die ökonomischen Vorteile, die durch den Parlamentarismus dem Klassenstaat heute abgerungen werden, können durch Eigentätigkeit des Proletariats in seiner Gewerkschaftsbewegung, durch Ausbau seiner Konsum- und Produktionsassoziationen reichlich ersetzt werden. Die ideellen

Momente beim Parlamentarismus, die Ausbreitung des sozialistischen Denkens, die Förderung des Klassenbewußtseins können viel kraftvoller durch die Generalstreiksidee, viel schneller, viel wuchtiger durch Verwendung der heute im Parlamentarismus festgelegten Kraft zur direkten und unmittelbaren Erziehung und Beeinflussung der Volksmassen in Wort und Schrift durchgesetzt werden. Wir führen keinen politischen Kampf und brauchen deshalb auch keine politischen Kampfformen. Unser Kampf ist ein ökonomischer und ein psychologischer. Deshalb müssen auch unsere Waffen ökonomischer und psychologischer Natur sein." (Hört! hört!) Auf Seite 15, wo er die Partei und ihre Tätigkeit kritisiert, heißt es: „Man vergaß dabei ganz und gar, daß der Staat ja eigentlich nichts ist, ein abstraktes Wort, weiter nichts, daß ein Staat nur Sinn hat, so lange Unterdrückte bestehen, daß er in dem Moment aber, wo die proletarische Weltordnung Platz greift, es keine Unterdrückten mehr gibt, aufhört zu existieren. Der Begriff Staat und Staatsgewalt setzt notwendigerweise ein weiteres Beherrschen und Unterdrückung voraus. Wir haben deshalb nicht die Staatsgewalt zu erobern, sondern die wirtschaftliche Ordnung und das Innenleben des Proletariats so zu gestalten, daß jede Ausbeutung und Unfreiheit aufhört." Genau mit denselben Worten könnte auch ein bürgerlicher Ideologe fordern, daß das Innenleben des Proletariats gehoben wird, daß wir freireligiös werden und damit hätten wir wer weiß was erreicht. (Sehr richtig!) Dann meint Friedeberg weiter, daß die Partei nicht imstande gewesen wäre, Attentate zu verhindern und fährt fort: „Und ich kann Ihnen sagen, wenn die Zeitelungen, die heute gegen das Reichstagswahlrecht im Gange sind, durchgeführt werden, das deutsche Proletariat ist vollständig ohnmächtig dagegen." So macht man dem Proletarier Mut zu kämpfen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) „Wir werden dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht keine Tränen nachweinen." (Lebhaftes Hört! hört!) „Im Gegenteil, wir werden wieder einmal bewundern müssen die Dummheit, den Mangel an Taktik bei unseren Gegnern, die der deutschen Arbeiterklasse endlich einmal die Augen öffnen werden über den Weg, den das deutsche Proletariat zu gehen hat." Und auf Seite 19: „99 Hundertstel aller Dinge, die im Parlament verhandelt werden, sind Dinge, die uns gar nichts angehen, die mit dem Moment verschwinden, wo das Proletariat die Klassenherrschaft stürzt." Ganz im Widerspruch zu dieser Auffassung beklagt er auf Seite 10 die Klassenjustiz. Ja, die Klassenjustiz existiert, sie brandmarken aber, das können wir nur im Reichstag; in Versammlungen, da packt uns der Staatsanwalt. (Sehr richtig!)

Wenn das allgemeine Wahlrecht flöten ist, dann ist auch das Vereins- und Versammlungsrecht flöten, dann ist das Koalitionsrecht flöten, dann sind alle die Rechte flöten, die wir brauchen. (Sehr richtig!) Denn wenn unsere Feinde uns einmal das allgemeine Wahlrecht nehmen, dann wären sie geradezu Toren, wenn sie uns die übrigen politischen Rechte, mögen sie noch so gering sein, ließen. (Sehr wahr!) Gesetzt einmal, es sei ein Kampf beim Raub des allgemeinen Stimmrechts geführt, bei dem wir schließlich unterliegen! Da versteht es sich doch ganz von selbst, daß wir unausgesetzt in unseren Vereinen, in Versammlungen, in der Presse kämpfen, daß wir die Massen aufrütteln und dadurch den Gegnern unbequem werden. Haben sie uns das Hauptrecht genommen, dann müssen sie notwendig auch die anderen Rechte beseitigen. (Sehr richtig!) Es hängt eins am anderen. Würden sich die herrschenden Klassen, die der Arbeiterklasse alle Rechte nehmen, etwa einen Generalstreik zwecks Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie gefallen lassen? Wie solche Gedanken, solcher Wirrwarr, solcher Widerspruch sich vereinigen können in dem Kopf eines intelligenten Menschen und eines braven ausgezeichneten Menschen, wie ich kaum einen zweiten kenne, das habe ich mir die ganzen Tage überlegt. Im Hertzschaft

spricht Friedeberg — man muß es lesen, um es zu glauben — von einem fünften Stand. (Zuruf: Hat er nicht gesagt!) Das ist allerdings so kolossal dumm, daß ich es auch nicht glauben kann. Er sagt, man müsse sich fragen, ob die Partei noch auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Marx und Engels hätten durch ihre dogmatischen Lehren die ganze Bewegung versumpfen lassen. Als ich das las, habe ich mich gefragt, hat denn Friedeberg die ganze Literatur der Partei vergessen, hat er nicht das Kommunistische Manifest gelesen? An der Spitze des Kommunistischen Manifestes steht der lapidare Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." Das ist die Entdeckung von Marx und Engels, eine Entdeckung, die eine vollständige Umwälzung der ganzen Weltanschauung bedeutet. An einer anderen Stelle des Kommunistischen Manifestes heißt es: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat und die ganze Gesellschaft scheidet sich mehr und mehr in zwei feindliche Lager, in zwei große, direkt einander gegenüberstehende Klassen, Bourgeoisie und Proletariat." Es wird nachgewiesen, wie der Klassenstaat entstanden ist. „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet." Hieran schließt sich der Nachweis, wie die Bourgeoisie den modernen Proletarier in immer größeren Massen schafft und diese zwingt zur Organisation als besondere Klasse. „Aber: „diese Organisation der Proletarier als Klasse und damit zur politischen Partei wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst."

Kurz, man braucht nur das Kommunistische Manifest zu lesen, um zu wissen, daß der angebliche Marxsche Dogmatismus die lebendige Grundlage unserer Weltanschauung bildet und bilden muß. Es steht einem einfach der Verstand still, wenn man hört, daß wir nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. (Sehr wahr!) Unser Programm, das doch bis heute noch gilt, und das in diesen Sätzen von keiner Seite angezweifelt ist, betont ausdrücklich unseren Charakter als Klassenpartei. Redner verliest die entsprechenden Stellen des Erfurter Programms, die mit den Worten schließen: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei." Wie man angesichts dieser Aeußerungen in den grundlegenden Schriften unserer Meister, angesichts unseres Programms und angesichts einer ganzen Reihe von Aufsätzen, Schriften und Zeitungsartikeln den Massen vorreden kann: Die Partei hat den Boden des Klassenkampfes verlassen — das ist mir unmöglich zu fassen. Friedeberg bezieht sich auf Liebknecht, aber er muß wissen, daß Liebknecht in den späteren Auflagen seiner Schrift über die politische Stellung der Sozialdemokratie mit dürren Worten erklärt, die darin vertretene Anschauung über den Parlamentarismus sei nur auf den norddeutschen Bund anwendbar gewesen. Er habe seit Gründung des Deutschen Reiches seine Stellung geändert. Man mag ja darüber streiten, ob das richtig ist, aber nachdem Liebknecht in dieser klaren Weise seine alte Anschauung dementiert und die Schrift nur noch als Aktenstück einer früheren Periode herausgegeben hat, ist es im höchsten Grade unrecht, um nicht zu sagen: illoyal, gestützt auf die Autorität unseres Alten vor die Arbeiter zu treten und zu sagen: Seht, Liebknecht ist ja mit mir einverstanden! (Lebhafter Beifall.) Diese ganze Kampfmethode ist geradezu ungeheuerlich. Noch unbegreiflicher aber ist es mir,

daß in der Hauptstadt des Deutschen Reichs, in der Stadt der Intelligenz, 8000 Arbeiter, darunter alte Parteigenossen, ein solches Ragout von Widersprüchen der stärksten Art mit Jubel und Beifall aufnahmen. (Sehr wahr!) Wenn ich je gesagt habe, Donnerwetter, sind wir geistig heruntergekommen, ist unsere politische Bildung zurückgegangen, dann an dem Tage, als ich das las. (Sehr richtig!) Nun, alles hat ja seine Erklärung. Ich bin ein alter Knabe, der mehr als 40 Jahre Parteileben durchgemacht hat, ich kenne die Sache. Aehnlich wie jetzt mit den Anarchosozialisten ging es unter dem Sozialistengesetz. Wenn an einem Ort ein Krakeel ausbrach und der eine oder andere mit den maßgebenden Genossen am Orte nicht einverstanden war, so wurde er Mostianer, d. h. Anarchist, obgleich er nicht wußte was das war. (Heiterkeit.) In Berlin sind es die Lokalisten, die darüber verärgert sind, daß sie keine Fortschritte machen. Fortschritte können sie aber nicht machen, weil man der Arbeiterschaft rät, sich lokal zu organisieren, wo ein Blick auf die Unternehmerklasse zeigt, wie diese sich immer mehr national, ja sogar international organisiert. (Sehr richtig!) Da fühlt der Arbeiter instinktiv, daß auch er sich so organisieren muß. Gegenüber den Zentralisten können sie also naturgemäß nichts erreichen, sie sind verärgert von den Gewerkschaften, verärgert über die Parteileitung, die sie vermeintlich nicht in Schutz nimmt und ihnen Knüppel zwischen die Beine werfe. So lange der alte Keßler lebte, der doch bei allen seinen Fehlern strenger Sozialdemokrat war, hielt er sie in den Grenzen, aber der alte Keßler ist gestorben, die Führung hat aufgehört und nun kommt Friedeberg und macht Opposition gegen Partei und Gewerkschaften, und gleich heißt es, der Friedeberg ist unser Mann. (Große Heiterkeit.) So ist die Psychologie. Nun haben sich freilich die betreffenden Berliner Genossen hinterher gesagt: Halt, das riecht doch zu sehr nach Anarchismus, sie setzten sich zusammen, pflegten weisen Rats und gaben ihrer Resolution eine Interpretation, die selbstverständlich die Resolution nicht aus der Welt schaffen kann, sondern die Sache nur noch verwickelter macht. Ich gestehe offen, ich lege der Sache keine große Bedeutung bei, wir haben ja schon viel derlei gehabt. In St. Gallen begann es bereits mit der Anarchistelei. Dann kam die „Volkstribüne" mit ihrem Kampf speziell gegen die Fraktion. Dann wurden die Jungen geboren (Heiterkeit) und daß Robert Schmidt so famos über sie zu reden wußte, kommt daher, daß er selbst zu ihnen gehörte. (Große Heiterkeit.) Er ist aber wieder in den Schafstall zurückgekehrt. (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine das nur im biblischen Sinne, und im Himmel herrscht ja mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte. (Andauerde Heiterkeit.) Die Bewegung der Jungen ist in kurzer Zeit zusammengebrochen und ich glaube, mit dem Anarchosozialismus wirds ebenso gehen. (Der Redner erklärt auf die Frage des Vorsitzenden Singer, daß er sein Referat in der Morgensitzung beenden und deshalb seine weiteren Ausführungen kurz fassen wolle.)

Meine weitere Polemik gegen Friedeberg will ich vertagen und nur noch eine Bemerkung gegen ihn machen. 99 Hundertstel von den im Reichstag behandelten Fragen sollen die Proletarier nichts angehen! Also die Vereins- und Versammlungsfreiheit, Koalitionsgesetzgebung, die Klassenjustiz, die Erziehungsfrage, der Strafprozeß, das Gefängniswesen, die Frage der direkten und indirekten Besteuerung, die Flotten- und Militärfragen, die Kolonialpolitik, die Zoll- und Handelspolitik, die Militärmißhandlungen, die Weltpolitik, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeiterversicherung, die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Genossenschaftsfreiheit, die Volkshygiene, die Armengesetzgebung, die Waisengesetzgebung, die Gemeindegesetzgebung, die Wohnungsgesetzgebung — angesichts aller dieser Fragen und vieler anderer kommt Friedeberg und sagt: Hüh, 99 Hundertstel aller im Reichstag behandelten Fragen haben für das Proletariat kein Interesse!

Ja, wenn solches gesagt werden kann und auch noch Beifall bei Genossen findet, dann haben wir allerdings alle Ursache, auf dem Posten zu sein und uns zu fragen, ob wir nicht selbst einen großen Teil der Schuld daran tragen. (Sehr richtig!) Wir haben in den letzten Jahren über alle möglichen Dinge theoretisiert und das Endresultat ist nicht Klärung, sondern immer größere Verwirrung. (Lebhafte Zustimmung.) Auf diesem Boden ist die Saat gewachsen, die wir heute aufgehen sehen. Eine so vollständige Verwirrung über die Grundanschauungen hat es in der Partei nie gegeben, wie jetzt. Ja, wenn es sich um Genossen handelte, die eben erst in die Partei hineingerochen haben, so würde ich mich nicht wundern. Aber es sind zum Teil alte Genossen, die diesen Geist pflegen und so an der Korruption mitarbeiten, die in bezug auf die Grundanschauungen der Partei entsteht. Daraus folgt, daß es unsere Aufgabe ist, von nun an viel energischer als bisher an der Schulung und der politischen Aufklärung der Genossen zu arbeiten. (Beifall.) Man hat mir gestern wegen meiner Stellung zur Neutralität der Gewerkschaften Vorwürfe gemacht und ich hoffe, daß Richard Fischer in seinem gestrigen Schlußwort die betreffenden Stellen aus meiner Broschüre bereits zitiert hat. (Zuruf: Ist geschehen!) Ich habe niemals die Neutralität der Gewerkschaften in politischen Fragen vertreten, sondern nur gesagt, daß die Gewerkschaften sich nicht als Anhängsel einer politischen Partei betrachten dürfen, weil sie genötigt sind, alle Arbeiter in ihrer Mitte aufzunehmen und diese Aufnahme nicht von einem politischen Glaubensbekenntnis abhängig machen dürfen. Die Gewerkschaftsblätter und -Redner haben alle die Pflicht, immer wieder ihren Mitgliedern zu sagen: Ihr seid Arbeiter und als solche Staatsbürger, und als Staatsbürger an allen Fragen des Staates und der Gesetzgebung interessiert. Wenn so an der Aufklärung der Arbeiter gearbeitet wird, dann mache ich mich anheischig, ein Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr hindurch so zu redigieren, daß das Wort Sozialdemokratie überhaupt nicht fällt und die Leser doch Sozialdemokraten werden. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Das ist das Geheimnis, das ist die Art, wie agitiert werden muß. Wenn dann gleichzeitig auch die Parteipresse mehr als bisher den Organisationsfragen sich widmet, wenn überall im Sinne meiner Resolution an der Organisation gearbeitet wird, wenn überall die Agitation im Sinne einer gründlichen politischen Aufklärung betrieben wird, wenn vor allen Dingen auch wieder das Studium der grundlegenden Schriften des Sozialismus zu Ehren kommt und in ganz anderer Weise als bisher betrieben wird, dann wird es kein Meisterstück sein, im Laufe eines Jahres die Mitgliederzahl unserer Vereine zu verdoppeln, die der Gewerkschaften um mindestens 25 Proz. zu steigern und die Leser unserer Organe um 50 bis 100 Proz. zu heben. Dadurch werden wir ein Maß von Mitteln zur Aufklärung der Parteigenossen und zur Vorbereitung auf die schweren Kämpfe, die kommen werden, erhalten, wie es großartiger aber auch selbstverständlicher nicht gedacht werden kann. In diesem Sinne bitte ich Sie, meiner Resolution zuzustimmen, in diesem Sinne wollen wir arbeiten und kämpfen, bis der Sieg voll und ganz errungen ist. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Singer: Von Legien ist folgendes Amendement eingegangen: „In der Resolution 151 den Absatz 8, der vom Massenstreik handelt, zu streichen und dem folgenden Absatz eine entsprechend veränderte Fassung zu geben."

Es ist ferner der Antrag eingegangen: „Der Parteivorstand wird beauftragt, die Rede Bebels zum Generalstreik als Broschüre verteilen zu lassen und gratis zur Massenverbreitung an die Parteiorganisation Deutschlands herauszugeben." — Im Antrag Bebels ist bereits die Abfassung einer Broschüre gewünscht; diese beiden Anträge werden sich also gut verbinden lassen.

Ich habe noch mitzuteilen, daß von unserem gern gesehenen Gast Genossen August Bringmann dem Parteitag folgende Erklärung zugegangen ist:

„Ich erkläre hierdurch, daß ich nicht die Absicht habe, mich von den altbewährten Bahnen der Sozialdemokratie zu entfernen. Alle aus meinen Reden resp. Schriften gezogenen Schlüsse, die zu einer solchen Vermutung führen, sind irrig.

August Bringmann."

Der Parteitag nimmt Kenntnis von dieser Erklärung.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 Uhr.

Singer führt den Vorsitz und teilt mit, daß folgendes Telegramm aus Köln eingegangen ist: „Nieuwenhuis noch in Haft nach § 361, 2, wird heute nachmittag Richter vorgeführt werden. Näheres folgt."

Weiter ist folgende Mitteilung von dem Genossen Kaufholt eingegangen: „Anläßlich einer Lohnforderung von 300 Lagerarbeitern der A. E.-G. wegen Aufbesserung des Stundenlohnes von 30 auf 35 Pf. sind auf Betreiben des Kühnemännerverbandes heute hier 6000 Arbeiter ausgesperrt. (Pfui!-Rufe.) Sämtliche elektrische Werke Berlins sollen folgen. Hier herrscht darüber große Erbitterung." (Unruhe.) Ich füge hinzu, daß nach Preßnachrichten 100 000 Arbeiter ausgesperrt werden sollen.

Hierauf wird die Diskussion über den Punkt

„Generalstreik und Sozialdemokratie"

mit den dazu gestellten Anträgen eröffnet. Der Antrag 137 Absatz 3 ist zurückgezogen.

Bernstein-Berlin: Bebel hat meine Aeußerungen über die zunehmende Ohnmacht des Reichstages für falsch erklärt. Durch alles, was ich im Reichstag gesehen habe, habe ich aber den Eindruck erhalten, daß in der Tat die Tendenz vorhanden ist, die Bedeutung des Reichstages immer mehr herabzudrücken. Schärfer hat sich in diesem Sinne ja Kautsky geäußert, mit dem Bebel mehr Anlaß gehabt hätte, sich auseinanderzusetzen. Bei der Beratung der wichtigsten Anträge sind die Bundesratstische leer. (Hoffmann-Berlin: Pfeifen wir drauf!) Sie mögen darauf pfeifen, es ist aber für die in Regierungskreisen obwaltenden Tendenzen überaus charakteristisch. Denken Sie an den überhasteten Sessionsschluß, über den selbst bis tief in die bürgerlichen Parteien Entrüstung herrschte.

Das kann uns nicht gleichgültig sein, weil auch unsere Arbeit darunter leidet. Das Bestreben, das Interesse am Reichstag abzustumpfen und alle Entscheidungen von Wichtigkeit in den Landtag hinüberzuspielen, kann nicht scharf genug bekämpft werden. Bebel hat von der Bourgeoisie gesprochen, als wäre sie eine einheitliche Masse. Aber neben der Industrie- und Handelsfeudalität, die mit dem Junkertum die Reaktion tragen, stehen noch breite Schichten des Bürgertums, die mit dieser Reaktion nicht einverstanden sind. Sie sind zwar zersplaten, aber in gewissen Momenten ist auf sie zu rechnen. Ich erinnere an die Sympathiekundgebungen aus bürgerlichen Kreisen beim Bergarbeiterstreik. Gewiß ist die Macht der Arbeiterklasse, wie Bebel betont, groß, aber ich unterschreibe das nicht in bezug auf die auswärtige Politik. Beim Marokkohandel, in unserem ganzen Verhältnis zum Zarentum, wo wir gar nicht einmal wissen, was alles von der deutschen Diplomatie für den Zarismus geschehen ist, zeigt es sich, daß wir eine Kabinetts- und keine Volkspolitik haben. Da haben wir keinen Einfluß, da liegen heute die Grenzen unseres Könnens. Ich bin der letzte, der die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für die Arbeiterklasse unterschätzt. Das allgemeine Wahlrecht ist nicht nur ein

Faktor im politischen Sinne, um die Ansichten der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen, es ist auch ein großer ökonomischer Faktor. Bei allen Handlungen der Arbeiterklasse zeigt sich, daß wir Politik und Oekonomie gar nicht in der Weise trennen können, wie es bei uns noch von mancher Seite geschieht. Jeder große Streik wird zu einem politischen Ereignis. Nimmt man der Arbeiterklasse das Wahlrecht, so nimmt man ihr damit auch eine wichtige Waffe im ökonomischen Kampfe. Sehen Sie sich die Lex Gröber an. Es ist, so lange sie besteht, möglich, im Reichstage eine Verfassungsänderung durchzupeitschen, ehe ihre Tragweite dem Volke völlig zum Bewußtsein kommt. Darum muß es beizeiten gewarnt werden. Die Resolution Bebel stimmt genau mit meinem Vortrag in Breslau überein. Ich kann ihr also aus voller Seele zustimmen und hoffe, daß der Kongreß sie einstimmig annimmt. (Beifall.)

Heine-Berlin III: Daß ich dem größten Teil der Bebelschen Resolution und seiner Rede zustimmen kann, ist selbstverständlich. Die historischen Ausführungen, die Kritik der Gegner — alles unanfechtbar! Aber ich weiß daraus noch immer nicht, ob wir nur auf Wahlrechtsverschlechterung mit dem Massenstreik antworten sollen. Einige Teile klingen als begeisternde Fanfaren zum Massenstreik und werden von Genossen und Gegnern sicher so aufgefaßt. An anderer Stelle wieder will Bebel anscheinend nicht unbedingt sich auf den Massenstreik festlegen. Die Resolution spricht von „geeigneten Mitteln" und „gegebenenfalls". Ich halte den Massenstreik jetzt nicht für geeignet und deshalb den „Fall nicht für gegeben", andere denken anders. Also wird der Streit jetzt erst recht losgehen.

Was wir brauchen, wäre aber eine klare, praktische Entscheidung. Wenn wir einen Entschluß fassen wollen, so müssen wir doch untersuchen: Kann die Sozialdemokratie in Deutschland auf einen Massenstreik rechnen? Wer kann mitgehen? Wer wird mitgehen?

Davon enthält Bebels Rede nicht ein Wort. Dies war um so wichtiger, als Roland-Holst nicht gerade glänzende Perspektiven in dieser Richtung eröffnet. Was Leimpeters und ich darüber in den „Sozialistischen Monatsheften" geschrieben haben, das hat Genosse Bebel nicht widerlegt.

Ferner müssen wir uns fragen: Können wir mit dem Massenstreik siegen? Denn siegen ist doch wohl der Zweck solcher Kämpfe? Was steht uns entgegen? Wie wird der Streik verlaufen? Ich stimme Wort für Wort mit dem überein, was Frau Zetkin in Berlin gesagt hat. Sie sagte nach dem „Vorwärts": „Wir können deshalb auch nicht sagen: wenn die bürgerliche Gesellschaft das und das tut, dann werden wir mit dem politischen Massenstreik antworten. Aber wenn er ausbricht, dann muß hinter ihm auch das Gespenst der Revolution stehen. Wenn das Proletariat einmal den politischen Massenstreik unter seine Kampfesmittel aufgenommen hat, dann darf es sich nicht blenden lassen durch das Wörtchen Gesetzlichkeit. Wenn die herrschenden Klassen den Boden der Gesetzlichkeit zertrümmern, ist das Proletariat im Recht zu sagen: Ich stelle mich auf den granitnen Boden meiner Macht."

Freilich das sittliche Recht zu solchem Tun, das kann uns dann niemand bestreiten, aber spätestens seit Marx wissen wir, daß man mit diesem Recht keinen Hund vom Ofen lockt. In der Politik ist Recht, was man kann. Darum spricht auch Frau Zetkin von dem „granitnen Boden der Macht", auf den wir uns stellen sollen. Ja, man zeige uns diese granitne unzerbrechliche Macht! Bebel hat uns beweisen wollen, daß wir Macht haben. Gewiß haben wir solche, namentlich geistige Macht, aber es fragt sich nur, haben wir die Macht, einen Generalstreik in nächster Zeit durchzuführen. Ich meine nein!

Als ich meinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" schrieb, wußte ich, daß er vielen nicht angenehm klingen würde. Es schmeckt immer besser, sich an dem süßen Trank des eigenen Machtgefühls zu berauschen. Ich

wußte auch, daß die Hinweise auf das Strafgesetz verstimmen würden. Gegen den illoyalen Vorwurf, ich hätte dem Staatsanwalt Material geliefert, hat mich schon Bebel verteidigt, der unwissendste Staatsanwalt braucht sich von mir keine Paragraphen sagen zu lassen. Darin sind die Herren sehr findig. Aber die Genossen, denen diese Bestimmungen des Strafgesetzes unbekannt sind, wollte ich warnen.

Uebrigens, was den Hinweis auf den Staatsanwalt betrifft, so befinde ich mich da in guter Gesellschaft, Bebel hat gestern gegen Liebknecht und heute gegen Friedeberg den gleichen Hinweis gemacht. Ich halte es für meine heiligste Pflicht, öffentlich den Genossen zu sagen, daß wir nicht die Macht haben, jetzt einen politischen Massenstreik zu beginnen. Auch Frau Roland-Holst betont, daß wir der brutalen Gewalt der Gegner jetzt nicht gewachsen sind. Deshalb will sie auch einen friedlichen Generalstreik, bei dem bloß gehungert wird, aber gleich erklärt wird, daß sonst nichts geschehen solle. Bei uns in Deutschland wäre ein solcher Streik wirkungslos, unsere Junker und Bureaukraten haben noch zu gute Nerven, als daß sie sich dadurch ins Bockshorn jagen ließen. Meine Ausführungen in den Monatsheften, daß sie es zur Straßenschlacht treiben würden, hat Bebel auch nicht widerlegt, und daß wir in einem solchen Kampf nicht siegen würden, darüber sind wir uns auch einig. Mit Worten, mögen sie noch so edel gemeint sein, schlägt man keine Schlachten, und auf die Humanität der Regierung und der Soldaten möchte ich nicht spekulieren; dazu bin ich nicht „ethisch" genug. Bebel hat von Angstmeierei gesprochen. Angst ist ein unklares Gefühl der Sorge vor dem Unbekannten, aber einer bekannten Gefahr klar ins Auge sehen und wenn man sie nicht bestehen kann, ihr aus dem Wege gehen, das ist eine Pflicht der Klugheit, namentlich wenn man für andere verantwortlich ist. (Sehr wahr!) Mir ist das Blut des Volkes zu teuer, die Arbeiter sind es, die ihre Haut zu Markte tragen müssen. (Zuruf: Wir auch!) In erster Reihe die Arbeiter! Es heißt, Opfer erfordere mal jede Sache. Wohl, wenn die Sache dadurch gefördert würde. Hier aber würden die Opfer gebracht um einer sicheren Niederlage willen. Tastet man das Wahlrecht an, wahrlich schlimm! Erklären wir aber jetzt darauf mit dem Massenstreik antworten zu wollen, so ist das weit entfernt, die Gegner abzuschrecken. Es ist vielmehr das beste Mittel, sie zur Wahlentrechtung anzureizen, denn sie wünschen ja nichts sehnlicher als daß wir das Volk vor ihre Gewehre und Kanonen führen sollen. Könnten wir uns nicht gegen eine Wahlentrechtung wehren — gewiß, es wäre eine beschämende Niederlage. Machen wir aber unter den jetzigen Umständen Generalstreik, so geht uns nicht nur das Wahlrecht zum Teufel, sondern das Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht und das bißchen Preßfreiheit dazu. Tun wir also den Scharfmachern nicht diesen Gefallen. Schaffen wir vielmehr erst diesen granitnen Boden der Masse. Wie das zu machen ist, davon sagt die Resolution nichts, womit ich nicht einverstanden wäre. Ich stimme Bebel bei, daß wir unorganisierte Massen nicht blindlings in einen Massenstreik hineinjagen dürfen. Ich rief ihm zu: „Habt Ihr sie in Zügel?", worauf er mir das richtige Bewußtsein absprach, aber mein Zwischenruf sollte doch nur dasselbe sagen, was Bebel sagte: daß nämlich die Massen noch nicht organisiert sind.

Also organisieren wir, vor allem werben wir, ziehen wir vor allem den leider immer noch größeren Teil des Volkes heran, der unserer Sache noch fernsteht. Die unaufgeklärten Massen und die Leute, die man so verächtlich als Mitläufer abtut, denen man entgegengerufen hat: „wir mögen Euch gar nicht, wir wollen lieber eine kleine Partei," die sind auch Volk (Sehr richtig!), ohne diese Mengen können wir auch in einem Massenstreik nicht siegen. Haben wir aber die einmal, so liegt es vielleicht anders. Was dann sein wird, darüber konnte man heute nur Worte machen. Ich denke: „Kommt Zeit, kommt Rat".

Frohme-Hamburg: Parteigenossen! Die umfassenden und gründlichen Ausführungen Bebels werden es vielen Parteigenossen erst ermöglichen, sich ein festes Urteil in der Frage des Generalstreiks zu bilden oder ihr Urteil wesentlich zu berichtigen. Es ist Ihnen ja allen bekannt, daß ich in dieser Frage eine Stellung eingenommen habe, die von der vieler Parteigenossen abweicht. Ich bin ruhig, objektiv erwägend an sie herangetreten und bin zu dem Schluß gekommen, daß es vollständig unzweckmäßig und höchst bedenklich sei, uns unter allen Umständen für bestimmte Zwecke auf den politischen Massenstreik festzulegen. Wir betreten damit durchaus den Boden rein taktischer Erwägungen und man sollte sich hüten, irgendwie das Prinzip als ausschlaggebend hineinspielen zu lassen. Darüber sind wir alle einig, daß das Volksnotwehrrecht unter Umständen bis zum äußersten zu gelten habe. Aber wie gesagt, wenn man der Angelegenheit unter taktischen und praktischen Gesichtspunkten näher tritt, so kann man allerdings zu erheblichen Ausstellungen kommen. Die Diskussion dieser Frage habe ich niemals abgelehnt, bekämpft habe ich nur die Art und Weise, wie man auf vielen Seiten die Diskussion geführt hat. Da ist man weit über das Ziel hinausgegangen, hat man ganz anders sich ausgelassen, als es heute Bebel in ruhiger, objektiver Weise getan hat. Man soll sich in solchen Fragen hüten vor Ueberstürzung, hüten vor allem vor Fanatismus. Wir haben es erlebt, daß in unsern eigenen Reihen sich eine bedenkliche Hinneigung zu rein anarchistischen Auffassungen geltend gemacht hat. Bebel hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein gut Teil der Schuld daran, daß soviel Unklarheit und Verwirrung entstanden ist, wir selbst tragen. Ich möchte mir gestatten, Ihnen ein paar Sätze vorzulesen „Nicht als Mittel, die kapitalistische Produktion stillzusetzen, sie langsam auszuhungern und durch diesen Druck, diese oder jene Einzelforderung durchzusetzen oder irgend einen politischen Anschlag abzuwehren, ist der politische Generalstreik aufzufassen, ein solcher Massenstreik als untergeordnete Aktion zur Erreichung eines ganz bestimmten politischen Teilzweckes gedacht, ist von vornherein aussichtslos. Er darf nur in Frage kommen, wo es den ganzen Einsatz der Person und die Existenz verlohnt, wo die Masse der Bevölkerung mit elementarem Ungestüm sich ihm anschließt, wo es sich um die ganze politische Macht und deren Eroberung handelt. Ein Proletariat, das diesen Schlag riskiert, muß bereit sein im Falle des Sieges das Staatsruder zu übernehmen, und die Masse muß damit einverstanden sein, daß sie für den Sturz der Klassenherrschaft, um die Diktatur des Proletariats kämpft."

Sie mögen nun wohl annehmen, daß diese Worte in einem anerkannt anarchistischen Blatte gestanden haben. Nein, das ist wörtlich enthalten in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" vom 18. März 1904. Wie unterscheiden sich davon noch Ausführungen von anarchistischer Seite. Wie Genosse Bebel heute die Sache dargestellt hat, gewinnt sie unter rein taktischen Gesichtspunkten ein ganz anderes Aussehen. Ich halte mich an die Tendenz der Resolution des Genossen Bebel und an die allgemeine Tendenz seiner Ausführungen. Dieser werden wir alle zustimmen können, wenn auch mit den Worten „alle zu Gebote stehender Mittel anzuwenden" recht eigentlich auch die Anerkennung des politischen Generalstreiks schon enthalten ist. Jedenfalls sollten wir dafür sorgen, daß die Diskussion über diese Frage sich in den richtigen Grenzen hält; stelle man es nicht so hin, als wenn diejenigen, die nicht gleich in die vorgehauene Kerbe hauen Verräter an der Partei, am Prinzip wären. Ich halte diejenigen, die mit Vorsicht an die Behandlung dieser Frage gehen, für ebenso gewissenhaft und des Parteiinteressen dienend, wie alle anderen. Auf dem Amsterdamer Kongreß hat die Genossin Roland-Holst erklärt: An die Türen zum Generalstreik stellen wir die Wächter: Vorsicht, Klugheit, Organisation und Disziplin. Es versteht sich doch in der Tat von selbst, daß wir keine Ursache haben, die Massen in eine Blutshitze hineinzureden, in ihr überschwengliche Hoffnungen zu erwecken, die unter Um-

ständen nicht in Erfüllung gehen und dann böse Rückschläge für die ganze Sache des Volkes mit sich führen. Wenn man sich für den politischen Massenstreik gegebenenfalls entscheidet, dann muß man wissen, daß man eine schwere Verantwortung übernimmt. Wir müssen uns klar machen, daß wir sehr viele Vorkämpfe zu bestehen haben werden, zu denen die Gegner uns provozieren werden, um unsere Kraft zu schwächen. Es wird daher gelten, zunächst unsere Kraft zu stärken, unsere Organisationen auszubauen. Denn bisher haben wir von 11—12 Millionen Arbeitern erst $1^1/_2$ Millionen gewerkschaftlich organisiert. Und mit der Organisation allein ist nicht genug getan, es muß Aufklärung geschafft, Licht in die Köpfe gebracht werden. An die Parteigenossen möchte ich dabei die Aufforderung richten, sich auch selbst der Gewerkschaftspresse etwas mehr zu widmen. Kommen wir zu einer solchen Macht, so können wir es unter Umständen erleben, daß unsere Gegner angesichts dieser unserer Einigkeit und Entschlossenheit, es bis zum Aeußersten kommen zu lassen, es selbst nicht wagen, die Rechte des Volkes so zu vergewaltigen, wie sie es wollten. (Bravo!)

Robert Schmidt-Berlin: Bebel hat im Laufe seines Referats auch eine Bemerkung über meinen politischen Werdegang gemacht. Es ist richtig, daß ich vor fünfzehn Jahren Neigung zur unabhängigen Bewegung gehabt und das kühne Unterfangen gehabt habe, dem Genossen Bebel mehr revolutionäre Gesinnung beizubringen. (Heiterkeit.) Ich bin über den Einfluß, den ich damals ausgeübt habe, heute m e h r als befriedigt. (Große Heiterkeit.) Ich bin im Gegensatz zu den Vorrednern der Meinung, daß die Resolution Bebel sehr klar ist. Sie bringt uns in eine ganz neue Situation. Bebel stellt einen ganz bestimmten Fall hin, den Raub des allgemeinen Wahlrechts, und sagt für diesen Fall den politischen Massenstreik an. Wenn aber der Massenstreik ein Mittel ist, um den Angriff der Gegner abzuwehren, dann sehe ich nicht ein, weshalb man nicht weiterhin sagen soll: er ist überhaupt ein so vorzügliches Mittel, daß wir uns in jedem Falle seiner bedienen wollen. Und da gebe ich Friedeberg recht: Die Halbheit hat in diesen Dingen keinen Zweck. Wenn der Massenstreik das Koalitionsrecht, das Wahlrecht schützen kann, warum soll er dann nicht in der Lage sein, die bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln zu heben? Es handelt sich also unter Umständen um Sein oder Nichtsein der bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb hat Friedeberg durchaus konsequent diesen Weg und diese theoretische Auffassung weiter gedacht als Bebel. Nach dem Bremer Parteitage war Bebel noch anderer Ansicht. Damals schrieb er in der „Neuen Zeit“: „Das geplante oder befürchtete Attentat auf das Reichstagswahlrecht zum Gegenstande einer Debatte auf dem Parteitage zu machen, wäre ein grober taktischer Fehler, den kein Politiker, am wenigsten eine Partei machen darf. Erfährt die Parteipresse von solchen Attentatsplänen, so ist es ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Partei darauf zu lenken, also die Rolle des Wächters und Warners zu übernehmen. Aber daß eine große Partei gegen Projekte, die noch keine greifbare Gestalt angenommen haben, gewissermaßen ins Blaue einen Feldzug unternehmen und Maßregeln zur Abwehr beschließen soll, wäre das Verkehrteste, was geschehen könnte. Die Art der Abwehr richtet sich nach der Art des Angriffes. Erst wenn dieser klar vorliegt, kann man die Gegenmaßregeln treffen. Es ist ganz unmöglich, die Massen ins Feuer zu bringen gegen einen Feind, den sie noch nicht sehen. Und nichts ist gefährlicher, als eine große Aktion zu beschließen, für die das Angriffsobjekt noch fehlt. Ein Attentat auf das Reichstagswahlrecht, für das unzweifelhaft in weiten Kreisen unserer Gegner Neigung besteht, kann nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Auch findet ein solches Attentat nicht nur den entschiedensten Widerstand der Dreimillionenpartei, mit ihr kämpft die gesamte Arbeiterklasse ohne Unterschied der politischen Stellung. Es würde ein Kampf, der das Reich in seinen Grundfesten erschüttert, sein Ansehen nach außen aufs stärkste schädigte und das Bürgertum in sich spaltete und schwächte. Um einen solchen Kampf

aufzunehmen und zu führen, bedarf es von unserer Seite keiner langwierigen Verhandlungen und Vorbereitungen, den können wir, wenn es sein muß, jeden Tag beginnen. Aber wir beginnen ihn nicht eher, bis es sein muß. Bereit sein ist alles.“ Damit ist auch zugleich eine Antwort auf die Frage Bebels gegeben, was wir denn machen wollten, wenn uns das Wahlrecht genommen werden sollte und wir keinen Massenstreik machen. Die Situation ist heute nicht ernster als zur Zeit des Umsturzgesetzes und der Zuchthausvorlage. Weshalb denn nun auf einmal dies neue Kampfesmittel? Ich schätze den Genossen Bebel sehr als den brillanten Reitergeneral auf dem Paradefelde der politischen Partei, aber seine schneidige Reiterattacke wird im Ernstfalle in tausend Atome aufspliegen, und das ist das Gefährliche. Die Arbeiter haben keine Disziplin wie ein preußisches Regiment, und die Mannschaften werden im Ernstfalle auch fragen: Herr Kommandeur, wo geht es hin? Und wenn du uns in den Hinterhalt führst, so weigern wir den Gehorsam! — In zwei Tagen kann solch ein Generalstreik ja nicht durchgeführt werden, wenigstens in Deutschland nicht. Wenn das in Holland möglich war, so ist das für uns gleichgültig. Ueber den belgischen Generalstreik hat Vandervelde gesagt: „Was vermochten die Tausende von Manifestanten bei all ihrem Mute gegen die Gewehre der Gendarmerie und der Zivilgarde auszurichten, die sich den sechzigtausend Bajonetten der regulären Armee angliedern, eine Armee, die gewiß der Regierung unzuverlässig erschien, deren großer Teil zum mindesten sich jedoch dem Kommando zum Massakre gefügt hätte.“ So wie es da lag, wird es sich bei uns wiederholen.

Man sagt, wir haben ja auch in Deutschland schon politische Streiks gehabt. Das ist richtig. Wir haben sie bei sozialpolitischen Forderungen gehabt. O ja, da ist es schon denkbar, daß der Bourgeois kommt und sagt: Für die Bergarbeiter ist der Achtstundentag durchaus berechtigt. Aber, lieber Genosse Bebel, wenn es sich um die Machtfrage handelt, dann ist die Bourgeoisie einig und nicht nur das, sondern wir werden auch Abtrünnige bekommen. Ueberall, wo bisher Massenstreiks versucht worden sind, ist sehr schnell ein ungeheurer Aufschlag auf alle Preise der Lebensmittel erfolgt. Genosse Bebel aber hat in seinen vorzüglichen und weit ausgreifenden Ausführungen eine Frage nicht berührt, nämlich die der Durchführbarkeit. Sie (zu Bebel) sagen: wir wollen 14 Tage hungern. Das ist ja ein Wort, das schön klingt, aber die praktische Durchführung macht doch kein Mensch mit. So liegen die Dinge. Daß wir uns heute noch darüber unterhalten müssen, ob wir Gewalt anwenden wollen oder nicht, ist bedauerlich. Und darum dreht es sich. Dagegen, daß wir unser Leben einsetzen, sagt niemand etwas, aber daß wir politischen Selbstmord begehen, dagegen erhebe ich Widerspruch. Einen Verzweiflungskampf zu beginnen im Vertrauen darauf, daß das preußische Militär nicht schießen wird, das ist eine Vertrauensseligkeit, die ich einfach nicht verstehe. Wir bekommen dann russische Zustände und sogar schlimmere, weil wir ein ganz anderes Verwaltungssystem haben und eine viel konzentriertere Militärmacht. Bei uns würde es daher für die Bourgeoisie eine Kleinigkeit sein, uns zu Paaren zu treiben. Denen, die hier damit operieren, daß wir unser Leben für eine große Sache einsetzen müssen, kann ich nicht besser antworten als mit den Worten, die Liebknecht in Halle sprach: „Man hatte uns durch das Sozialistengesetz außerhalb des gemeinen Rechts gestellt, da mußten wir entweder uns feig ducken oder richtiger: Selbstmord begehen oder wir mußten tun, was wir getan haben — erklären: Wir müssen der Gewalt weichen, aber als Recht erkennen wir dies Gesetz nicht an; auf dem Boden dieses Gesetzes können wir als Partei nicht existieren, wir existieren aber und wollen existieren und deshalb müssen wir, dem Gebote der Selbsterhaltung folgend, das Gesetz brechen und das können wir doch nicht „gesetzlich“, das heißt auf dem Boden dieses Gesetzes. Unser Wydener Beschluß war die notwendige und logische Antwort auf das Sozialistengesetz; es war

zugleich unser Aktionsprogramm, und die Ausführung ist dem Beschluß gefolgt." So liegen die Dinge auch heute noch: wir können nicht vernichtet werden. Darüber mag sich die Bourgeoisie keinen Zweifeln hingeben, daß wir, wenn sie von neuem gegen uns mit Gewalt vorgehen sollte, dann weiter wühlen würden, wie wir es unter dem Sozialistengesetz getan haben. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Barenthin-Berlin: Ich teile nicht die Ansichten Robert Schmidts. In Arbeiterkreisen wird ganz anders über den Massenstreik geurteilt, als die Personen es tun, die nicht mehr an der Hobelbank oder am Schraubstock stehen. (Sehr richtig!) Wir müssen doch wissen, was wir zu tun haben, wenn uns das Wahlrecht genommen wird. Da gilt es, die Massen zu prüfen. Mit dem allgemeinen Wahlrecht würde auch das Koalitionsrecht den Arbeitern genommen werden, und deshalb ist es auch Pflicht, in den Gewerkschaftsversammlungen den Massenstreik zu diskutieren. Bömelburg sagte in Köln: Wenn uns das Wahlrecht genommen wird, dann müssen wir zu den anderen Mitteln greifen. Ja, welche Mittel sind denn das? (Sehr gut!) Es ist notwendig, dies Problem zu untersuchen und wir werden finden, daß uns dann nichts als der politische Massenstreik übrig bleibt. In Belgien, in Italien sind Erfolge erzielt worden. In Italien haben sich nach dem Generalstreik die Stimmen verdoppelt. Im Generalstreik liegt ein revolutionäres Moment. In allen Wahlvereinsversammlungen muß der politische Massenstreik diskutiert werden. Die Köpfe der Parteigenossen müssen revolutioniert werden. Ist unsere politische und gewerkschaftliche Organisation gestärkt, dann werden die Anschläge unserer Gegner zerschellen. (Bravo!)

Rosa Luxemburg: Wenn man die bisherigen Reden in der Debatte zur Frage des politischen Massenstreiks hier gehört hat, muß man sich wirklich an den Kopf fassen und fragen: Leben wir denn tatsächlich im Jahre der glorreichen russischen Revolution oder stehen wir in der Zeit zehn Jahre vor ihr? (Sehr richtig!) Sie lesen tagtäglich in den Zeitungen die Berichte von der Revolution, sie lesen die Depeschen, aber es scheint, daß Sie keine Augen haben zu sehen und keine Ohren zu hören. Da verlangt man, daß wir sagen, wie werden wir den Generalstreik machen, mit welchen Mitteln, zu welcher Stunde wird der Generalstreik erklärt, habt ihr schon die Magazine für die Lebensmittel? Die Massen werden verhungern. Könnt ihr es auf euer Gewissen nehmen, daß Blut fließt? Ja, alle, die solche Fragen stellen, haben nicht die geringste Fühlung mit der Masse, sonst würden sie sich nicht so weit den Kopf um das Blut der Massen zerbrechen, denn die Verantwortlichkeit ruht gerade nicht bei den Genossen, die diese Fragen stellen. Schmidt sagt, warum sollen wir auf einmal unsere alte bewährte Taktik dem Generalstreik zu Liebe aufgeben, warum sollen wir auf einmal diesen politischen Selbstmord begehen? Ja, sieht denn Robert Schmidt nicht, daß die Zeit gekommen ist, die unsere Großmeister Marx und Engels vorausgesehen haben, wo die Evolution in die Revolution umschlägt? Wir sehen die russische Revolution und wir wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten. Da stellt sich Heine hin und fragt Bebel, ja haben Sie auch darüber nachgedacht, daß im Fall des Generalstreiks nicht nur unsere wohl organisierten Kräfte, sondern auch die unorganisierten Massen auf dem Plan zu erscheinen haben, und haben Sie auch diese Massen im Zügel? Aus diesem einem Wort geht die ganze bürgerliche Auffassung von Heine hervor, das ist eine Schande für einen Sozialdemokraten. (Unruhe.) Die bisherigen Revolutionen, namentlich die von 1848, haben bewiesen, daß man in revolutionären Situationen nicht die Massen im Zügel halten muß, sondern die parlamentarischen Rechtsanwälte, damit sie die Massen und die Revolution nicht verraten. Schmidt hat sich auf das belgische Experiment und auf den Ausspruch von Vandervelde bezogen; ich glaube, wenn irgend etwas gezeigt hat, daß man eine großartige spontane revolutionäre Massenbewegung durch Kleingeisterei ruinieren kann, so war es dieser Streik, und Vandervelde konnte meiner Kritik gegenüber nicht eine einzige Tatsache anführen, sondern suchte sich durch allgemeine Redensarten herauszureden, als ich ihm nachwies, daß diese ganze großartige Massenstreikbewegung durch das parlamentarische Techtelmechteln mit den Liberalen zugrunde gegangen war. (Bernstein: Unwahr!) Ach, was verstehen Sie davon? (Große Unruhe.) Heine hat das rote blutige Gespenst heraufbeschworen, und gesagt, ihm sei das Blut des deutschen Volkes teurer als — das war der Sinn seiner Worte — dem leichtsinnigen Jüngling Bebel. Ich will die persönliche Frage beiseite schieben, wer mehr berufen und mehr befähigt ist, die Verantwortung zu tragen, Bebel oder der vorsichtige staatsmännische Heine, aber wir sehen doch an der Geschichte, daß alle Revolutionen mit dem Blut des Volkes erkauft sind. Der ganze Unterschied ist, daß bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt wurde, und jetzt, wo von der Möglichkeit gesprochen wird, ihr Blut für ihre eigene Klasse zu lassen, da kommen vorsichtige, sogenannte Sozialdemokraten und sagen, nein, dies Blut ist uns zu teuer. Es handelt sich augenblicklich nicht darum, die Revolution zu proklamieren, es handelt sich nicht einmal darum, den Massenstreik zu proklamieren. Und wenn uns Heine, Schmidt und Frohme zurufen, organisiert die Massen und klärt sie auf, so werden wir ihnen antworten, das tun wir, aber wir wollen es nicht in Eurem Sinne! (Zuruf: Ach! ach!) Nicht in dem Sinne der Verkleisterung und Vertuschung der Gegensätze, wie es alle diese Genossen seit Jahr und Tag tun. Nein, nicht die Organisation vor allem, sondern vor allem der revolutionäre Geist der Aufklärung! Das ist noch viel wichtiger. Erinnern Sie sich an die Zeit des Sozialistengesetzes! Man hat unsere Gewerkschaften zertrümmert, und sie sind wie Phönixe aus der Asche emporgestiegen. Ebenso wird es auch künftig in Perioden heftiger Kämpfe sein. Es gilt vor allen, die Massen aufzuklären und da brauchen wir gar nicht so vorsichtig zu sein wie die Gewerkschaftsführer in Köln es gewesen sind. Die Gewerkschaft darf nicht zum Selbstzweck und dadurch zum Hemmschuh für die Bewegungsfreiheit der Arbeiter werden. Lernen Sie einmal aus der russischen Revolution! Die Massen sind in die Revolution getrieben, fast keine Spur von gewerkschaftlicher Organisation, und sie festigen jetzt Schritt für Schritt ihre Organisationen durch den Kampf. Es ist eben eine ganz mechanische undialektische Auffassung, daß starke Organisationen dem Kampfe immer vorausgehen müssen. Die Organisation wird auch umgekehrt selbst im Kampf geboren, zusammen mit der Massenaufklärung. Gegenüber der ganzen Kleingeisterei müssen wir uns sagen, daß für uns die letzten Worte des Kommunistischen Manifestes nicht nur eine schöne Phrase für Volksversammlungen sind, sondern daß es uns blutiger Ernst ist, wenn wir den Massen zurufen: Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. (Beifall und Widerspruch.)

Legien: Aus meinen Ausführungen auf dem internationalen Kongreß in Paris hat Bebel einen falschen Schluß gezogen, er zitiert nach dem Protokoll, aber das Protokoll ist völlig unzureichend, mein halbstündiges Referat ist in 13 Zeilen zusammengefaßt. Ich stehe noch genau auf dem damaligen Standpunkt, ich habe die Resolution von 1896 in London und auch die von 1900 in Paris ausgearbeitet; ich lasse die Frage, ob es zu einem Generalstreik kommt, ob er notwendig oder nützlich ist, ganz offen. Bei den internationalen Vereinbarungen dreht es sich um etwas ganz anderes, wir haben da mit Nationen zu tun, die das Mittel des Generalstreiks seit langen Jahren anwenden und da muß versucht werden, einigermaßen Einverständnis unter allen Nationen herbeizuführen. Dort in der Kommission saß auch Briand, der Vater des Generalstreikgedankens und erklärte, wir brauchen in Frankreich die Generalstreikidee zur Propaganda für die Organisation. Ich halte diese Art der Propaganda für durchaus falsch. Aber

das ist nicht unsere Sache. Die Ausländer können ihre Taktik so einrichten, wie sie es für geboten halten. Dagegen aber verwahren wir uns, daß die von ihnen beliebten Propagandamittel anderen Nationen aufgedrängt werden, die sie nicht haben wollen. Es ist eine durchaus falsche Schlußfolgerung von Bebel, daß ich damals, besonders in Paris, mich der Generalstreiksidee genähert hätte. Weiter zitiert Bebel aus der Broschüre von Bringmann. Aber es handelt sich da nicht um eine Schrift zur Massenverbreitung, sondern um das Protokoll einer Versammlung. Bebel zog aus den Worten von Bringmann den Schluß, als wolle dieser von der parlamentarischen Aktion abraten. Solche Zitate wirken ja, aber die ganze Zitiererei hat verdammt wenig Zweck. Es kommt einfach auf die Tatsache im gegebenen Moment an. In dem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit z. B. finden sich am Schluß ganz ähnliche Gedanken wie bei Bringmann. Es fällt mir aber gar nicht ein, irgendwelche Schlüsse auf die Stellung der Fraktion daraus zu ziehen. Die Streichung des Satzes vom Massenstreik habe ich deshalb beantragt, weil ich ihn für überflüssig halte, denn es heißt in dem vorhergehenden Satz, daß in solcher Situation die Arbeiterklasse jedes geeignete Mittel anwenden wird. Im übrigen stimme ich der Resolution Bebel vollinhaltlich zu. Ich würde in einer anderen Situation vielleicht auch jenem Satz zustimmen, nicht aber in der gegenwärtigen, denn in der gegebenen Situation ist dieser Satz nichts anderes, als ein Zugeständnis an den Anarchosozialismus. (Zustimmung und Widerspruch.) Dieser Anarchosozialismus beschränkt sich und wird sich dauernd beschränken auf eine kleine Gruppe von Leuten. Er ist nicht hervorgerufen durch die Rede von Friedeberg, sondern Friedeberg hat nur die in diesen lokalistischen Organisationen seit ihrem Bestehen vorhandene Tendenz in Worte gekleidet. (Sehr richtig!) Der Anarchosozialismus wird auf die kleine Gruppe beschränkt bleiben, sofern ihm nicht Hülfe wird aus dem Kreise der Parteigenossen. Der Satz würde eine Unterstützung des Anarchosozialismus bedeuten und dies Zugeständnis dürfen wir nicht machen. Aus diesem Grunde bitte ich Bebel den Satz zurückzuziehen. Im übrigen schließe ich mich im großen ganzen Robert Schmidt an. Nur noch ein Wort: Kommt der Generalstreik, oder wie man ihn sonst nennen will, dann bedeutet das für mich den Anfang der Revolution. Gehen die Massen einmal auf die Straße, dann gibts kein „Zurück" mehr. Dann heißt es: Siegen oder brechen. Man sucht eben in der Partei nach neuen Kampfesmitteln, weil man fälschlicherweise die Idee des gewaltsamen Widerstandes preisgegeben hat. Ich habe die Auffassung, daß Revolutionen im alten Sinne heute nicht mehr möglich sind, nie geteilt. Ich bin überzeugt: Wenn unsere Macht so gewachsen ist, daß wir der Bourgeoisie gefährlich werden, dann setzt sie das Spiel auf eine Karte. Dann wird sie uns vor die Bajonette treiben. (Sehr richtig!) Aber kommt dieser Zeitpunkt, dann versagen die Bajonette, dann versagt das Machtmittel, über das die Bourgeoisie verfügt. (Ruf: Das ist die Frage!) Ist nicht der größte Teil unserer Leute Soldaten gewesen? Wissen sie nicht, mit den Gewehren umzugehen? Ich sage also: kommt es einmal zur Massenaktion, dann stehen wir tatsächlich vor der Revolution. Dann gibt es kein „Zurück" mehr. Man darf die Generalstreikfrage nicht so wie Heine einfach von der Judikatur abhängig machen. (Sehr wahr!) Ebenso wenig trifft das zu, was Liebknecht gestern sagte: Die Polizei werde die Gewerkschaften schon zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zwingen. So schätze ich unsere deutsche Arbeiterklasse nicht ein. Ich denke höher von ihr. Ich bin überzeugt, die Arbeiter sind aus Erkenntnis der Dinge zur Sozialdemokratie gekommen. (Sehr gut!) In gewisser Beziehung halte ich die Propagierung der Idee des politischen Massenstreiks für gefährlich. Ziehen Sie nicht die nötige Schlußfolgerung, daß der Massenstreik der Anfang der Revolution ist, dann muten Sie der Arbeiterklasse etwas zu, was ich ihr unter keinen Umständen zumuten möchte. Sollen die Arbeiter nicht Widerstand leisten, wenn auf ihnen herum-

geprügelt wird, dann muten Sie ihnen nicht zu, auf die Straße zu gehen, denn sobald die Massen auf der Straße sind, wird auf sie eingehauen, und ich mute ihnen nicht zu, daß sie sich das gefallen lassen. Soweit müssen wir die Arbeiter erziehen, daß sie so viel Selbstbewußtsein und Selbstachtung besitzen, um sich nicht prügeln zu lassen und daß sie in dem Moment, wo auf sie eingehauen wird, auch wieder hauen.

Es läuft ein genügend unterstützter Antrag ein, über die Resolution Bebel namentlich abzustimmen.

Peus-Dessau: Das beste an Bebels Resolution ist der Hinweis auf die Notwendigkeit, immer noch mehr die Organisation zu fördern. Hoffentlich wird das die Hauptwirkung seiner vorzüglichen Rede sein. Ist die Wirkung dieser Debatten die, daß wir uns bewußt werden, daß unsere Macht noch nicht ausreicht, um Attentate gegen Volksrechte abzuwehren, so können wir zufrieden sein. Ich bin fest davon überzeugt, daß nicht etwa die böse Wirkung eintritt, daß man sich nur noch auf den großen Tag vorbereiten will und die Agitation und Organisation vernachlässigt. Daß wir das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft antasten, daran fehlt noch viel. Wir halten viel zu wenig Versammlungen ab, unsere Presse hat erst $^2/_3$ Millionen Abonnenten. Das ist viel zu wenig. Mir kommt ein Grauen an, wenn ich daran denke, daß man von Leuten, die noch die „Generalanzeiger" lesen, erwartet, sie werden sich an einem Generalstreik beteiligen. (Hört! hört!) Frau Luxemburg verwies auf Rußland. Aber einmal sind die Verhältnisse dort nicht mit den Verhältnissen hier zu vergleichen. Dann tut man so, als wenn die Russen schon Freiheit und Recht erobert hätten. Sie haben aber noch ein gut Stück Arbeit vor sich. Das dicke Ende kommt noch nach. (Zuruf: Eine große Neuigkeit!) Bilden wir uns nicht ein, daß wir jetzt neue Waffen ausfindig machen müssen. Stärken wir unsere alten. Setzen wir den bisherigen Weg fort, dann gibt es keine Möglichkeit, uns unser Recht zu nehmen. Dann haben wir die Mittel, es zu bewahren. (Zuruf: Durch die Umsatzsteuer! Stürmische Heiterkeit.)

Frau Zetkin-Stuttgart: Ich kann mich für das Amendement Legien nicht erklären, weil ich seine Begründung nicht zu teilen vermag, daß nämlich die Erklärung, unter Umständen sei der Massenstreik ein proletarisches Kampfesmittel, anzusehen sei als eine Konzession an den Anarcho-Sozialismus. Ich stehe im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß der politische Massenstreik im schärfsten Gegensatz steht zu der Empfehlung des Generalstreiks, wie sie von den Anarcho-Sozialisten betrieben wird. (Sehr richtig!) Der Umstand, daß die Vertreter dieser Idee zur Begeisterung so viele Proletarier entflammen konnten, die bis jetzt mit uns zusammen auf dem Boden des Klassenkampfes unsere Schlachten geschlagen haben, scheint mir bedeutsam als ein Symptom. Innerhalb breiter Proletariermassen wird das Bedürfnis empfunden, unter dem Druck der geschichtlichen Situation, unter der zunehmenden Verschärfung des Klassenkampfes, unter der fortschreitend reaktionären Gestaltung unseres gesamten politischen Lebens, eine Antwort auf die Frage zu suchen: stehen uns außerhalb, neben den bereits erwähnten und erprobten Kampfesmitteln des gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes unter bestimmten Ausnahmesituationen noch andere Kampfesmittel zu Gebote?

Aus dieser Situation heraus sind nicht nur die Irrungen und Wirrungen des Anarchosozialismus zum Teil hervorgegangen, aus diesem Bedürfnis heraus ist es überhaupt zu verstehen, daß sowohl die gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen nicht um die Frage der Erörterung des politischen Massenstreiks herumgekommen sind. Für mich gibt es nichts Wichtigeres, als den politischen Massenstreik, wie er auch von der Sozialdemokratie als Kampfesmittel des Proletariats akzeptiert werden kann, in reinlicher Scheidung von der Idee des Anarchosozialismus loszulösen. Genosse Schmidt hat freilich hier die Auf-

fassung vertreten, als ob der Massenstreik, wie er von Bebel befürwortet wurde, eine Halbheit bedeutet, während der vom Anarchosozialismus propagierte Generalstreik das konsequente Kampfesmittel sei. Ich finde in dieser Auffassung eine große Unklarheit. Das Proletariat kann wohl in einer gegebenen revolutionären Situation, die von seinen Todfeinden heraufbeschworen wird, mächtig genug sein, um geplante Attentate zurückzuweisen durch einen Massenstreik. Aber es braucht durchaus noch nicht über die gesamte politische Macht zu verfügen, die erforderlich ist, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus den Angeln zu heben. Hier liegt seitens unseres Genossen Schmidt nicht nur eine Unklarheit vor betreffs der Rolle, welche die Quantität der Macht spielt, über die das Proletariat verfügen muß, sondern noch eine weit wesentlichere Verwirrung der Begriffe in bezug auf das ganz verschiedene Wesen des politischen Massenstreiks und des anarchistischen Generalstreiks. Während der politische Massenstreik die Konzentration der jeweilig verfügbaren politischen, wirtschaftlichen, geistigen, sittlichen Macht des Proletariats auf ein ganz bestimmtes, engbegrenztes Augenblicksziel fordert, will der anarchistische Generalstreik mittels der allgemeinen Arbeitsniederlegung die ganze kapitalistische Ordnung aus den Angeln heben oder auch einzelne ihrer wesentlichen Institutionen, wie z. B. den Militarismus, wie es Domela Nieuwenhuis gefordert hat. Dieser Standpunkt übersieht vollständig, daß wir die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht nach unserem Belieben einführen können, wie wir einen Hut umkrempeln lassen, sondern daß wir die sozialistische Gesellschaftsordnung erst dann durchsetzen können, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse den erforderlichen Reifegrad erlangt haben. Er abstrahiert von allen konkreten, geschichtlichen Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes und verkennt den inneren, organischen Zusammenhang, der besteht zwischen dem letzten großen revolutionären Entscheidungskampf und der langsamen, stufenweisen Hebung des Proletariats durch die tagtägliche Arbeit, den tagtäglichen Kampf auf allen Gebieten proletarischen Klassenlebens. Und weil das der Anarchosozialismus wie der Anarchismus überhaupt übersieht, hat Genosse Robert Schmidt vollständig unrecht, wenn er meint, Bebel habe sich einer Inkonsequenz schuldig gemacht. (Sehr richtig!) Der politische Massenstreik steht aber auch insofern im schroffsten Gegensatz zur Auffassung des Anarchosozialismus vom Generalstreik, weil er seiner Ansicht ins Gesicht schlägt, daß es ein alleinseligmachendes Kampfesmittel des Proletariats gebe. (Sehr richtig!) Die Erklärung, daß der Massenstreik unter dem Drucke revolutionärer Situationen ein proletarisches Kampfesmittel sein könne, das zur Anwendung kommen müsse, ist vielmehr eine weitere Durchlöcherung der Theorie von alleinseligmachenden Kampfesmitteln überhaupt. Sie besagt, daß der geschichtlichen Entwickelung entsprechend auch Parlamentarismus und Gewerkschaftsbewegung nicht solche Kampfesmittel sind und daß sie unter bestimmten Umständen durch andere, wirksamere Methoden des Klassenkampfes ersetzt werden müssen. Der Massenstreik ist ein weiteres Kampfesmittel in der Reihe der bisher bewährten Kampfesmittel, nicht bestimmt, sie zu verdrängen, sondern um eventuell ihren Gebrauch erst zu ermöglichen, zu sichern oder auch fruchtbar zu machen. (Sehr richtig!) Angesichts der Tendenzen, welche die Reaktion hat, den Standpunkt des Herrseins im eigenen Hause nicht nur innerhalb der einzelnen Betriebe, sondern auch im politischen und sozialen Leben mit aller Brutalität und Skrupellosigkeit zu vertreten, kann der politische Massenstreik unter bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen eine Notwendigkeit werden, um den Arbeitern den bisherigen Boden des gesetzlichen Kampfes zu erhalten und zu schützen. Nun allerdings müssen wir damit rechnen, daß die herrschenden Gewalten diesen Boden der Gesetzlichkeit selbst nicht respektieren werden. Da bekenne ich mich nach wie vor zu der Auffassung, daß das Proletariat sich durch die Zwirnsfäden der bürgerlichen Gesetzlichkeit nicht unter allen

Umständen für gebunden halten darf. (Sehr richtig!) Die bürgerliche Gesetzlichkeit ist schließlich nichts als die in bindende juristische Normen gebrachte Gewalt der besitzenden und herrschenden Klassen. (Sehr richtig!) (Der Vorsitzende gibt zum zweitenmal das Zeichen, daß die Redezeit abgelaufen ist.) — Bei den anderen ist auch dreimal geklingelt worden. (Große Heiterkeit.) Ich sage, wir müssen damit rechnen, daß die bürgerlichen Klassen jederzeit die Maske des gesetzlichen Kampfes gegen uns fallen lassen und mit brutaler Gewalt gegen uns ankämpfen, und da meine ich: Auf einen Schelm gehören anderthalbe. Wenn die Reaktion russisch mit uns reden will, dann wird auch das Proletariat russisch antworten können. (Lebhafter Beifall.) Die Voraussetzung dafür ist das geklärte und tief gewurzelte Bewußtsein seiner revolutionären Macht, der aus reifer Erkenntnis geborene zielklare Wille, diese Macht durchzusetzen, die Hingabe an die Ueberzeugung, welche kein Opfer scheut. Wir müssen es als unsere Aufgabe betrachten, den granitnen Felsen der revolutionären Macht des Proletariats im Bewußtsein der Massen zu schaffen durch unaufhörliche Agitation und Aufklärungsarbeit. (Stürmischer Beifall.)

Dr. **Michels**-Marburg: Ich stehe anders zu der neuen Richtung in unserer Partei. (Zuruf: In unserer Partei? Außerhalb der Partei!) Anders als Bebel hätte ich gewünscht, daß Friedeberg das Wort zu dieser Frage gestattet worden wäre. Die Anarchosozialisten sind gekommen nicht, wie Bebel meint, wegen der Treibereien und der Unzufriedenheit im lokalorganisierten Lager. Das ist eine historische Unmöglichkeit. Nein, was hinter ihnen steht, sind unsere eigenen Fehler, unsere eigene Zweideutigkeit. Ich stimme mit Friedeberg nicht überein in vielen Punkten, so nicht in seiner Polemik gegen Marx. Die deutsche Sozialdemokratie krankt nicht an zu viel Marx, sondern an zu wenig Marx. (Sehr richtig!) Nicht einverstanden bin ich mit ihm in seiner bodenlosen Unterschätzung des Parlamentarismus und in seiner Ueberschätzung des Psychismus. Aber gerade in dieser Frage hat er den richtigen Ton angeschlagen: wir haben zwar Zahl auf Zahl gehäuft, aber sie nicht mit sozialistischem Geiste erfüllt. Was haben bisher die Sozialdemokraten geleistet, wenn sie in Konflikt zwischen ihren Pflichten als Sozialdemokraten und ihren Pflichten als Staatsbürger geraten. Wo haben wir je erlebt, daß Soldaten, unter denen doch auch viele Sozialisten sind, reagiert hätten und Mißhandlungen mit gleicher Münze bezahlt hätten. In Italien, in Frankreich sind die Organisationen viel kleiner, aber kein Arbeiter läßt sich das beim Heere gefallen. Redner erinnert an die Teilnahme sozialdemokratischer Arbeiter an Festen, wo Monarchentoaste ausgebracht wurden, an denen sie sich beteiligten und an die Tatsache, daß zur Homburger Parade 440 000 Fahrkarten in Frankfurt a. M. verkauft wurden, während verschiedene Fabriken auf Verlangen der Arbeiter feiern mußten. Was hat da die sozialistische Erziehung für einen Zweck? Auch die russische Revolution ist von vielen von uns nur als Sensation betrachtet worden. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Frau **Zietz**-Hamburg: Genosse Heine sagte auch, er stehe auf dem Boden, daß hinter dem politischen Streik der Wille zur Revolution stehen müsse. Aber, fügte er hinzu, wir möchten angeben, wie der granitne Boden der Macht geschaffen werden könne. Es ist auch von anderen Rednern gefragt worden: Woher nehmen wir denn die Mittel, um den Massenstreik durchzuführen, und woher nehmen wir denn die Massen? Und auf die Bemerkung Bebels, die Massen würden dann eben einmal ein paar Wochen hungern, antwortete Schmidt, das höre sich ganz hübsch an, habe aber keinen praktischen Wert. Genossen und Genossinnen! Ich möchte an Sie die Frage richten — und wenn wir die Frage an die Massen darüber richten würden, würde die Antwort noch ganz anders ausfallen — wenn ich Sie fragen würde, wer von uns als Kind und später unter der Knute des Kapitalismus schon gehungert hat, so würden wohl

nur wenige in diesem Saale mit „Nein“ antworten. Wenn wir das aber getan haben, so müssen wir es erst recht tun, wenn es sich darum handelt, unsere politischen Rechte zu verteidigen. Ich bin ferner mit der Genossin Luxemburg der Meinung, daß wir bei der Erörterung dieser Frage nach Rußland schauen müßten. Wie haben sich denn da die Massen gehalten? Dort wird bereits seit so langer Zeit gestreikt, überall brechen die Streiks aus und überall tauchen sie, wenn sie eine Zeitlang aufgehört haben, wieder auf, und überall beteiligen sich die Massen, und zwar ohne Organisation. Gewiß muß da mancher hungern. Aber dadurch lassen sich die Genossen nicht abhalten, den Kampf ums Recht zu führen. Sollen wir hinter diesen Genossen an Opferwilligkeit und Begeisterung zurückstehen? Ich persönlich bin übrigens der Meinung, daß der politische Streik bei uns nicht wochenlang dauern würde. Nicht deswegen, weil wir nicht bereit seien, ihn so lange durchzuführen, o nein, wenn wir den politischen Streik auf eine bestimmte Zeit beschließen würden, so würden wir ihn von vornherein wirkungslos machen. Wenn aber ein politischer Streik in Deutschland ausbricht, spontan und mit aller Gewalt ausbricht, so würde das zur Folge haben, daß die organisierten Machtmittel unserer Regierung außerordentlich desorganisiert werden, und unter dem ungeheuren Druck einer solchen spontanen Bewegung würde die Regierung nachgeben müssen, bevor unsere Mittel erschöpft sind. Wenn gefragt wird, woher wir die Massen nehmen und den granitenen Boden der Macht schaffen, so ist schon von Bebel und vorher in der Presse von anderen betont worden, daß die Vorbereitung für die Durchführung des Massenstreiks natürlich die Agitation und Organisation ist. Dafür müssen wir mit ganzer Kraft eintreten, müssen die Massen politisch fühlen und denken lehren, ihr Klassenbewußtsein schärfen und vertiefen. Wenn das geschehen ist, wenn wir es dahin gebracht, daß die Massen die Verkürzung ihrer politischen Rechte als brennende Schmach empfinden, dann werden sie auch mit ganzer Kraft sich wehren.

Genosse Schmidt meinte, die Massen würden nicht so gut Disziplin halten wie das Militär. Ja Genossen, wenn die Massen des Volkes zu der Disziplin erzogen wären, die wir im Heere haben, dann könnten wir allerdings keinen Generalstreik durchführen (Lebhafte Zustimmung), denn mit Massen, die zum Kadavergehorsam erzogen sind, kann man allerdings solche Kämpfe nicht führen. (Lebhafter Beifall.) Ich verweise Sie auf den Bergarbeiterstreik. Ist da die Disziplin nicht musterhaft aufrechterhalten worden? Diese Massen haben eingesehen, daß es notwendig ist, sich unterzuordnen. Ich bin der Meinung: Wenn wir glauben, daß es angesichts der politischen Situation notwendig ist, unserem Arsenal neue Waffen zuzufügen, so muß jeder daran arbeiten, die Aufklärung in die breitesten Massen zu tragen, um so die Wirksamkeit des politischen Streiks im gegebenen geschichtlichen Moment zu garantieren. Wollen wir das erreichen, dann muß die Richtlinie unseres Handelns sein: Agitation und nochmals Agitation und abermals Agitation! (Lebhafter Beifall.)

Liebknecht-Berlin: Die Wahl von 1903 hat gewissermaßen den formalen Parlamentarismus zu Tode gehetzt. Die Sozialdemokratie, deren Organisation und Agitation sich in Deutschland seit jeher im wesentlichen an den Parlamentarismus und die parlamentarischen Wahlen angegliedert, hat mehr und mehr eingesehen, daß die trotz alledem in weiten Kreisen gehegte Hoffnung trügerisch ist, mit Stimmenerfolgen Ausschlaggebendes zu erreichen. Man sieht, daß trotz der großen Wahlerfolge alles beim alten geblieben ist. Daraus erklärt sich der Stimmungsumschwung, der darin besteht, daß man in bezug auf außerparlamentarische Aktionen wie die Maifeier empfindlicher geworden ist, daß man nach neuen außerparlamentarischen Aktionen sucht und daß der Generalstreik immer mehr Anhänger findet. Freilich hat hierzu auch die russische Revolution beigetragen, die das Verständnis für katastrophische Entwickelung neu erweckt hat. Es ist durchaus verfehlt, den Unterschied zwischen Generalstreik und Massenstreik für spitzfindig zu erklären. Der erste will den parlamentarischen Kampf ersetzen, der zweite ihn erst ermöglichen, ihm ein festes Rückgrat geben, außerdem aber ein selbständiges außerparlamentarisches Kampfmittel sein zum Schutz und zur Erringung wichtiger Rechte. Das ist ein grundlegender Unterschied. Legien sagt, wir müßten unter Umständen allerdings die Flinten auf die Schultern nehmen. Aber diese Flinten fehlen uns; wohl aber hat das Proletariat seine Arme und die Macht, sie zu bewegen oder ruhen zu lassen. Daß der Massenstreik gleichbedeutend sei mit Revolution, ist nicht unter allen Umständen richtig, am wenigsten, wenn es sich um die Verteidigung von Rechten handelt. Genosse Heine und Schmidt haben eine große Anzahl praktischer Bedenken geltend gemacht. Aber Legien hat uns erklärt: Ja, gewiß, der Massenstreik ist an sich wohl möglich. Das sollte doch Schmidt bedenklich machen. Die Gewerkschaften werden in dieser Beziehung wohl mehr hinter Legien als hinter Schmidt stehen. Wenn der Streik für wirtschaftliche Kämpfe ein geeignetes Kampfmittel ist, so muß er unter Umständen auch für politische Zwecke brauchbar sein. Was das Proletariat für 5 Pfennig Lohn tut, muß und wird es auch um sein Allerheiligstes, seine Grundrechte tun! Der Massenstreik ist, nachdem sich die „Revolution im Heugabelsinn“ überlebt hat, das spezifisch proletarische Kampfmittel für alle Gebiete des Klassenkampfes, organisch hervorwachsend aus der Stellung und Funktion des Proletariats in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Er ist die politische Realisierung der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse. — Gewiß werden wir, wie Schmidt betont, beim politischen Streik viele Abtrünnige sehen, aber tausendmal mehr Proletarier, die jetzt dem Klassenkampfe fern stehen, werden begeistert und opferwillig zu uns stoßen; der Kampf um große Ziele reißt sie fort. — Heine fragt: „Werden wir siegen?“ Ja, eine Revolutionsversicherung hats noch nie gegeben; die müßte erst erfunden werden. — Gewiß! Das Blut des Volkes ist uns teuer, aber die Ideale und die politischen Rechte des Volkes sind uns nicht minder teuer und wir wollen sie uns nicht widerstandslos rauben lassen. Der Verantwortung für die Tat steht gegenüber die Verantwortung für die Untätigkeit. — Juristerei erzeugt Neigung zum Formalismus und erschwert revolutionäres Denken und Fühlen. So erkläre ich mir die vielen Bedenklichkeiten Heines. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Meist-Köln: Das Reichstagswahlrecht ist uns nicht durch Kampf zuteil geworden, sondern gewissermaßen in den Schoß gefallen. Nachdem uns dies Recht gewährt worden war, begannen die Kämpfe auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus, auf dem wir zu arbeiten verpflichtet sind. Viel ist dabei nicht erreicht worden und kann trotz aller Wahlerfolge nicht erreicht werden. Trotzdem mehren sich die Versuche, das Wahlrecht zu beschneiden. Diese Versuche dürfen wir nicht geschehen lassen, ohne uns zu wehren. Es ist ja die Absicht der Reaktion selbst, uns dabei die Flinten auf die Schulter zu zwingen. Das haben Bronsart v. Schellendorf, Kröcher, Oldenburg offen erklärt und offen mit Gewalt gedroht. Sollen wir da tatlos zusehen und etwa sagen, wir müssen erst drei Millionen Arbeiter in den Organisationen haben, ehe wir uns wehren können. Mit diesem Standpunkt wäre es nie gelungen, eine Revolution zu machen. Ich begrüße diese Debatte und hoffe, daß die politische Bewegung davon großen Nutzen haben wird. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den **Eichhorn-Mannheim** befürwortet und **Wels-Berlin** bekämpft, wird abgelehnt.

Dr. David-Mainz: Manches von dem, was hier gesagt ist, wird willkommenes Wasser auf die Mühle der Scharfmacher sein. Das gilt in allererster Linie von den Ausführungen der Genossin Luxemburg. Sie bezog sich auf das Kommunistische Manifest. Die Grundidee ihrer Rede ist allerdings in den letzten Sätzen des Manifest enthalten, wo es heißt, daß die Kommunisten

es offen erklären, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können „durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung". Das ist die Grundidee, von der die Ausführungen von Rosa Luxemburg getragen waren. (Zustimmung von Rosa Luxemburg.) Das ist allerdings ein Rückschlag in den Revolutionarismus, wie er offener und markanter seither noch nicht zutage getreten ist. Dieser Rückschlag steht im schroffen Widerspruch zu dem, was seit Jahren und Jahrzehnten von den maßgebendsten Führern der Partei ausgesprochen ist. Bebel hat den Rückschlag in den Revolutionarismus, den wir in der Bewegung der Jungen kennen, in Erfurt mit den Worten zurückgewiesen: „Wer heute noch angesichts der kolossalen Fortschritte nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und besonders auf ökonomischem Gebiete glaubt, wir Sozialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Parteien, wie z. B. dem Barrikadenbau, zum Ziele kommen, der irrt sich gewaltig, der verkennt total die Natur der Zustände, in denen wir uns befinden. Genau so wie die Grundstellung, die wir dem Staat und der Gesellschaft gegenüber einnehmen, eine grundverschiedene ist von derjenigen aller übrigen Parteien, so sind wir auch in der Erringung des letzten Zieles auf ganz neue Wege und ganz neue Mittel angewiesen. Das ist meine felsenfeste Ueberzeugung." Das war von jeher die Auffassung, die meiner Kenntnis nach als die maßgebendste erschien. Wir haben immer erklärt, daß wir, was an uns liegt, alles daran setzen werden, um auf gesetzlichem Boden unsere Ziele zu erreichen. Bei der Vervollkommnung der militärischen Machtmittel ist ein Waffengang mit dem Militarismus aussichtslos. (Sehr richtig!) Dieser Rückschlag in den Revolutionarismus erklärt sich daraus, daß man den Glauben an die naturnotwendige innere Auflösung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, an ihren naturnotwendigen Selbstmord, mit anderen Worten, an die Katastrophentheorie aufgegeben hat. Als Ersatz sucht man den alten Revolutionarismus hervor und lehnt es ab, diejenigen Wege zu wandeln, die die Partei seit Jahrzehnten konsequent verfolgt. Genossin Luxemburg hat wiederholt auf die Revolution in Rußland hingewiesen. (Zuruf: Sie soll doch hingehen!) Die Revolution in Rußland lehrt uns sehr viel, aber gerade das Gegenteil von dem, was Rosa Luxemburg uns einreden will; sie lehrt vor allem, daß man die Revolution in Luxemburg — (Stürmische Heiterkeit) — in Rußland unter keinen Umständen vergleichen kann mit unseren deutschen Verhältnissen. Was dort richtig sein mag, kann bei uns total verkehrt sein, und es ist der helle Wahnsinn, aus den russischen Verhältnissen einen Schluß auf die für uns notwendige Taktik ziehen zu wollen. (Sehr richtig!) In diesem Wahnsinn steckt aber Methode bei der Genossin Luxemburg. (Sehr richtig!) Es ist etwas ganz anderes, was meiner Auffassung nach Bebel mit seinem Eintreten für den politischen Massenstreik gemeint hat. Wenn es sich darum handelt, Attentate abzuwehren, die uns den Boden nehmen wollen, auf dem wir gesetzlich unser Ziel erreichen können, dann kann man erwägen, ob nicht die Arbeitsverweigerung der Arbeiterklasse die Antwort auf ein solches Attentat sein soll. Darüber herrscht gar keine Meinungsverschiedenheit. Die Frage ist nur: was können wir tun, um eventuell einen solchen Massenstreik, eine solche Arbeitsverweigerung siegreich zum Ziele zu führen. Da scheint mir auf den Hauptpunkt doch viel zu wenig Gewicht gelegt zu werden. Bebel sagt, wir können Begeisterung in die Massen hineintragen, wir können Idealismus hineintragen, ein paar Wochen hungern kann doch die Arbeiterklasse. Ich bin nicht so ethisch veranlagt wie Bebel, ich fasse die Sache mehr vom ökonomisch-historischen Standpunkt auf. (Große Heiterkeit.) Ich verlasse mich nicht darauf, daß man vierzehn Tage hungern kann; die große Masse kann das nicht. Es hungern doch nicht nur die Männer, es hungern die Frauen und die Kinder. Die entscheidende Frage ist die: können wir etwas tun, um dem Proletariat die Munition zu verschaffen, daß es

wenigstens für einige Wochen die allernotwendigsten Lebensmittel, und seien es nur Brot und Kartoffel, zur Verfügung hat. Mit den Kassen der Organisationen ist da nichts getan. Wohl aber läßt sich viel tun durch die wirtschaftlichen Organisationen, durch die wirtschaftliche Machtbildung auf dem Wege der Genossenschaft. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Zum Schluß nur das eine: Die politische Macht zu erobern heißt gar nichts anderes, als die Mehrheit des Volkes für unsere Ideen gewinnen. Aber als Minderheitspartei etwas auf gewaltsamem Wege zu erreichen, ist nun und nimmer möglich. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Südekum**-Berlin: Ich glaube, alle, die heute morgen die Rede Bebels gehört und seine Resolution gelesen haben, werden freudig aufgeatmet haben, weil hier sowohl die Bestrebungen des Anarchosozialismus mit aller wünschenswerten Entschiedenheit abgewiesen wurden und zweitens allen Versuchen in unseren eigenen Reihen, unsere Taktik zu ändern, der Garaus gemacht wurde. Unser Kampf ist notwendig ein politischer Kampf, seine Form die parlamentarische Betätigung im Reiche, im Staat und in der Gemeinde. Es gibt in der Tat Parteigenossen, die seit längerer Zeit danach trachteten, die Eckpfeiler unserer bisherigen Taktik zu zertrümmern, die parlamentarische Tätigkeit zu verhöhnen. Das fing an mit dem bösartigen Schlagwort vom parlamentarischen Kretinismus und es hat bis in die letzten Tage hinein gedauert. Da war es besonders dankbar zu begrüßen, daß Bebel diese Versuche auf das allerentschiedenste zurückgewiesen hat. Haben wir denn irgend eine aktuelle Veranlassung, unsere bisherige Taktik zu ändern? Ich glaube, nein. Bebel hat mit vollem Recht auf die Verschärfung der politischen Situation, auf die Wahlrechtsräubereien in Sachsen, Lübeck usw. hingewiesen. Zur Vervollständigung dieses Bildes muß man aber auch darauf hinweisen, daß wir in Süddeutschland zu derselben Zeit eine nicht unerhebliche Vermehrung und Verbesserung der Volksrechte zu verzeichnen haben. Zweifellos ist dort auch nicht annähernd erreicht, was wir wünschen, und ich bin weit entfernt von jeder Verhimmelung süddeutscher Zustände; aber man darf doch die Dinge auch nicht verschweigen, und ein Politiker, der über die Lage spricht, muß ein vollständiges Bild geben. Es ergibt sich im Hinblick auf Süddeutschland, daß unsere Situation gar nicht so verzweifelt ist, wie manche Parteigenossen sie darzustellen beliebten. Genosse David hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß wir bisher konsequent in unserer Partei die Katastrophentheorie abgelehnt haben. Nun kommt aber Fräulein Luxemburg und sagt, alle großen Revolutionen der Weltgeschichte sind blutig gewesen, folglich wird auch die kommende Revolution eine blutige sein. Ich bewundere die Kühnheit der Genossin Rosa Luxemburg. Ich für meinen Teil erkläre mich außer Stande, vorauszusagen, wie sich die Umwandelung unserer staatlichen Verhältnisse gestalten wird. Die Entwickelung der menschlichen Gesellschaft ist nicht, wenn ich ein paar Fremdworte gebrauchen darf, ein logischer, sondern ein physiologischer Prozeß, d. h. sie geht nicht vor sich wie das Experiment des Physikers im Laboratorium, der auf Grund bestimmter Voraussetzungen ein bestimmtes Ergebnis voraussagt, sondern etwa wie die Entwickelung einer Pflanze. Wir können, wenn wir das Samenkorn in die Erde legen, zwar auf Grund der Kenntnis der allgemeinen Entwickelungsgesetze der Pflanzen einiges über das wahrscheinliche Wachstum voraussagen, wir können aber nicht voraussagen, ob ein Ast sich nach oben oder nach unten biegen wird. Die Katastrophentheorie, die alles auf einen großen Wurf setzen will, ist außerordentlich gefährlich für die Ausbreitung unserer Idee. Wenn Sie die Arbeiter darauf dressieren, daß sie den einen großen Tag erwarten sollen — und sogar was nach diesem großen Tag geschehen soll, ist uns schon mit löblichem Eifer geschildert worden! — dann können Sie sie für das wichtigste, was es zunächst zu tun gilt, für die Organisation und die Weiterverbreitung des sozialistischen Geistes. Eine solche

Diskussion, wie wir sie führen, kann in den Köpfen wenig aufgeklärter Arbeiter die Vorstellung erwecken, als ob etwa die Absicht besteht, daß nächste Woche um 4 Uhr der große Massenstreik losgeht. (Große Unruhe.) Ich erinnere Sie daran, als im Jahre 1890 die Maifeier ebenso diskutiert wurde, haben sehr viele Parteigenossen geglaubt, es solle eine allgemeine Arbeitsruhe überall durchgeführt werden und haben in diesem Sinne gehandelt. Darauf wurden sie zurückgepfiffen und Sie wissen alle, was das für Schwierigkeiten, für Verwirrung erzeugt hat. Ob wir in eine Situation kommen, aus der uns nur der politische Massenstreik retten kann, weiß ich nicht. Darum kann ich mich nicht gegen den Massenstreik aussprechen, sondern werde für die Resolution Bebel stimmen. Die Hauptsache in dieser Resolution ist für mich aber der Grundgedanke, nämlich die Aufforderung, unter Aufrechterhaltung der alten Taktik organisatorisch und agitatorisch viel energischer als bisher vorzugehen. (Bravo!)

Ein Geschäftsordnungs-Antrag, heute bis 8 Uhr zu tagen, wird von Wels-Berlin begründet, von **Bebel** bekämpft und dann **abgelehnt**.

Stadthagen: Südekum hat der Genossin Luxemburg eine Katastrophentheorie, die alles auf einen Wurf setzt, untergeschoben, die sie gar nicht vertreten hat. Auf die irrigen Anschauungen Südekums will ich nicht eingehen. Das würde heißen, die Debatten von Hannover zu wiederholen. Möge er diese Debatten mit größerer Aufmerksamkeit nachlesen. Südekum kann sich auch beruhigen. Niemand denkt daran, in der nächsten Woche um 4 Uhr mit dem Massenstreik zu beginnen. In acht Tagen kommen wir nicht hin, selbst wenn wir Automobilschnelle anwenden. (Heiterkeit.) Hüten wir uns, verächtlich von der Theorie zu sprechen. Ach! Ohne Theorie sind Sie die stümperhaftesten Praktiker. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaftler müssen einsehen, daß die Verhältnisse sich so geändert haben, daß jetzt jeder große Streik politischer Natur ist. Früher waren die Streiks wesentlich lokaler Natur; jetzt sind sie national geworden. Dann noch ein Wort über die Auffassung der Gewerkschaftsführer, als ob sie über wer weiß was für Mittel verfügten. Von Jahr zu Jahr sind die Gewerkschaften ohnmächtiger geworden. Die Machtmittel der Unternehmer haben sich erweitert und sind immer brutaler geworden.

Von Jahr zu Jahr werden die Streiks schwieriger, weil sich auch die Machtmittel des Staates immer mehr auf die Seite der Unternehmer stellen. Heine hat von Strafgesetzparagraphen gesprochen, aber die Arbeitgeber pfeifen auf das Strafgesetz. Ihre schwarzen Listen sind ein Hohn auf das Strafgesetz. (Lebhafte Zustimmung.) Kein Staatsanwalt kümmert sich um diese Gesetzesverletzungen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaftsführer sollten den Massenstreik studieren, dessen Anwendung absolut notwendig werden kann, und zwar nicht nur für den einen Fall des Wahlrechtsraubes. Ich stehe gar nicht auf dem Standpunkte, daß der Massenstreik unter allen Umständen als Waffe hintergen angebracht ist. Wir dürfen die Gewerkschaftsfragen ebensowenig wie den Militarismus und den Parlamentarismus nach bürgerlichem Maßstabe beurteilen. Das Koalitionsrecht ist nicht nur in Gefahr, nein, es ist in viel größerem Umfange trocken gelegt, als noch vor zehn Jahren, weil die Bourgeoisie inzwischen eine viel größere Macht über den Staat erlangt hat. Ungeheure Strafen werden jetzt wegen Streikpostenstehens verhängt, die Arbeiter werden wegen angeblicher Erpressung bestraft, und wenn sie einen Streik ankündigen, wo so drakonische Mittel benutzt werden, da sind ungeheure Opfer notwendig, und absolut erforderlich wird das Zusammengehen von Partei und Gewerkschaften. Ich selbst stand früher dem Massenstreik skeptisch gegenüber. Das wesentliche ist die Schulung der Genossen durch Partei und Gewerkschaften, alles einzusetzen für das Ziel, das wir erkämpfen. (Bravo!)

v. Elm: Mit der Rede Bebels von heute morgen bin ich fast vollinhaltlich einverstanden, nur in einem Punkte muß ich ihm widersprechen, weil er falsch

unterrichtet worden ist. In Hamburg ist in einer Sitzung der Kartellkommission und der Vertrauensleute, wie er sagt, mitgeteilt worden, daß dort alles aussichtslos sei, daß in den Gewerkschaftskreisen keine Stimmung für den Massenstreik vorhanden sei, daß es besonders jüngere Gewerkschaftsführer gäbe, die nicht dafür zu haben seien und für die Partei nur Hohn hätten. Ich hätte gern gehört, wer diese Behauptung in die Welt gesetzt hat. Ich war allerdings auch erstaunt, als ich in Köln erfuhr, wie kläglich der Besuch der Protestversammlungen in einer Stadt wie Hamburg war, es wird dadurch erklärlich, daß die Massen dem jetzigen Hamburger Wahlrecht keine sehr große Bedeutung beimessen. (Sehr richtig!) Wenn es sich um das allgemeine, gleiche Wahlrecht handeln würde, dann wäre die Situation in Hamburg anders. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bestreite, daß eine solche Stimmung in den Hamburger Gewerkschaftskreisen herrscht. Vielleicht gibt es aber einige Leute in Hamburg, die ihre werte Persönlichkeit mit der Partei identifizieren, die, wenn sie angegriffen werden, meinen, die Partei sei gehöhnt. Genossen! Wenn es zur Tat kommt, so seien Sie überzeugt, auch Hamburg, das in allen großen Kämpfen seinen Mann gestanden hat, wird auch hier seinen Mann stehen.*) (Hoffmann-Hamburg: Wer hat das gesagt?) Emil Fischer! Wenn man so spricht, so wegwerfend über die parlamentarische Tätigkeit urteilt, wie es von radikaler Seite geschieht, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiter dem Wahlrecht nicht den Wert beilegen, der ihm beigelegt werden muß. (Sehr richtig!) Nun sagt R. Schmidt, und ebenso Südekum, die politische Situation in Deutschland sei nicht überall dieselbe. Neben den Wahlrechtsattentaten in Hamburg und Lübeck stünden demokratische Fortschritte in Süddeutschland. Täuschen wir uns nicht, Genossen. In weiten Kreisen der bürgerlichen Parteien besteht die Neigung, uns eventuell mit einer Ueberrumpelung unter Bruch der Geschäftsordnung des Reichstages und der Verfassung das Wahlrecht zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Schon bei den Zolltarifkämpfen habe ich diese Stimmung beobachtet. Nun sagt Schmidt: Dann werden wir dieselbe Taktik anwenden wie unter dem Sozialistengesetz. Aber die Dinge liegen heute doch anders als damals. (Sehr richtig!) Während jener 12 Jahre hatten wir doch das Wahlrecht, konnten während der Wahlperiode öffentlich agitieren. Mit dem Wahlrechtsraube aber würde uns gleichzeitig die Preßfreiheit, die Koalitionsfreiheit und die Versammlungsfreiheit genommen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb können wir nicht dieselbe Taktik wie damals anwenden. Auf das allmähliche Unterwühlen können wir uns nicht einlassen; wir müssen uns von vornherein darauf gefaßt machen, durch den Massenstreik an Abwehr zu denken. Es ist gefragt worden: können wir siegen? Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten. Man hat gesagt, die Massen sind nicht gehörig organisiert. Gewiß, die Organisation ist Voraussetzung, aber es muß doch betont werden, daß in großen Momenten auch auf andere Kreise zu rechnen ist. Wir können rechnen mit einer gewissen Sympathie der bürgerlichen Kreise, und wenn es zu einem Wahlrechtsraub kommt, dann strömen uns auch die Massen des unorganisierten Proletariats zu, die sich jetzt zum Teil gar nicht organisieren können. Dann aber sagen sie sich, wir haben so lange gezwungen gehungert, jetzt wollen wir freiwillig hungern, um den elenden Zuständen ein Ende zu machen. (Lebhafte Zustimmung). Deshalb darf man diese Frage nicht so rechnerisch behandeln, wie es geschehen ist. Nun meint man, ohne Blutvergießen kann das nicht abgehen. Das ist ganz sicher. Wer das glaubt, daß die bürgerlichen Klassen, wenn sie uns das Wahlrecht nehmen, nicht zum äußersten entschlossen sind, der ist ein Narr, ein Tor. Sie sind auch entschlossen zu schießen. (Lebhafte Zustimmung.) Damit müssen wir rechnen. Wir wollen selbstverständlich kein Blut vergießen, aber die Gegner werden uns in die Situation treiben, und dann wird auch Bebel nicht wollen, daß wir still

*) Hier fehlt ein Satz, der auf Seite 367 nachzulesen ist.

halten. Wenn es so weit kommt, werden wir unseren Mann stellen und unser Leben für die Freiheit in die Schanze schlagen. Wenn man heute schon beginnt, die Sache zu propagieren, so geschieht es, um die Massen an den Gedanken zu gewöhnen: „Es kommt der Moment, wo Ihr eintreten müßt mit Gut und Blut. (Stürmischer Beifall.) Bereitet Euch auf diese Möglichkeit vor!“ Die Jugend muß erzogen werden, damit unter den Soldaten es sich dieser und jener zweimal überlegt, ob er auf Vater und Mutter, und gleichzeitig auf die Freiheit schießt. (Stürmische Zustimmung.) Ich habe mit Bebel manchmal die Klinge gekreuzt, aber im Geiste waren wir häufig einiger, als er weiß. Hier sind die Schranken zwischen Revisionisten und Radikalen gefallen. Wir können und dürfen uns den Raub der Volksrechte nicht gefallen lassen. Wenn ein solches Attentat kommt, dann müssen wir uns wehren, und dann gibt es kein anderes Mittel, als den Massenstreik zu organisieren. (Stürmischer Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin: Die Genossin Luxemburg sagte: Das Blut der Arbeiter haben nicht die zu verantworten, die hier als sogenannte Sozialisten auftreten. Ich muß auf das entschiedenste gegen diesen Ausspruch Protest erheben. Wer hier in diesem Saale ist und heute mitzubestimmen hat, hat auch die Verantwortung zu tragen und nicht allein die Genossin Luxemburg, denn noch ist sie ja nicht im Tribunal, um darüber zu entscheiden, wer Genosse ist und wer nicht. (Zustimmung.) Die Situation ist ganz klar. Wenn Sie der Meinung sind, daß die Partei stark genug ist, um eine gewaltsame Auseinandersetzung zu wagen, gut. (Bebel: Ist nicht gesagt worden!) Ich möchte doch noch ein paar Urteile über die bisherigen Generalstreiks anführen. Der Genosse Vliegen aus Holland meinte, er sei durch den letzten holländischen Streik aus einem Freunde zu einem Gegner des Generalstreiks geworden, und der holländische Parteivorstand hat nach Beendigung des Streiks die Generalstreiktendenzen „anarchistisch“ und „abenteuerlich“ genannt (Sehr gut!) und Genosse Turati sprach in den „Sozialistischen Monatsheften“ die Vermutung aus, daß die Folge des letzten italienischen Generalstreiks ein neues Streikgesetz sein werde. Die Voraussage ist leider eingetroffen.

Also überall hat der Generalstreik Fiasko gemacht. Etwa sagt, unter dem Sozialistengesetz sei die Sache anders gewesen. Ja, haben wir denn damals ein Koalitionsrecht und Versammlungsfreiheit gehabt? Wo waren die Gewerkschaften, wo die Parteiorganisationen? Nichts davon war vorhanden, und doch haben wir existiert und uns so bemerkbar gemacht, daß das Gesetz schließlich aufgehoben werden mußte. Es ist auf den Bergarbeiterstreik hingewiesen worden. Ich kann Ihnen sagen, wenn damals die Regierung die Absicht gehabt hätte, Blut zu vergießen, so wäre ihr das leicht gewesen. Das war damals der Regierung nicht des Einsatzes wert, aber es würde ihr des Einsatzes wert sein, wenn es sich um so vitale Interessen der bürgerlichen Klasse handelt, wie das Wahlrecht. Genossin Zetkin sagt, wir werden nicht über Zwirnsfäden stolpern. Nein gewiß nicht, aber über die Bajonette unserer Gegner stolpern wir, und wenn Sie ausrufen: „Wir werden unsere Söhne dazu erziehen, daß sie nicht mehr auf Vater und Mutter schießen,“ so sage ich Ihnen, nach der Richtung sieht es noch auf lange hinaus unendlich trübe aus. (Unruhe.) Ich kann die Verantwortung nicht dafür übernehmen, die Massen in eine derartige Situation hineinzutreiben, und bitte Sie, den Antrag Legien anzunehmen.

Bömelburg: Sie werden nicht erwarten, daß ich auf die ganze Frage des Generalstreiks und auf all das eingehe, was hierüber nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß in Versammlungen gesprochen und in der Presse geäußert ist. Das kann nicht meine Absicht sein. Der Gewerkschaftskongreß hat seinen Beschluß gefaßt, und da die Gewerkschaften ihre Tagung für sich abhalten und als solche souverän sind, so bleibt für mich als Gewerkschaftler in erster Linie der Beschluß des Gewerkschaftskongresses bestehen. Als es bekannt wurde, daß Bebel

auf diesem Parteitage über den politischen Massenstreik referieren würde, da hat sich wohl mancher gefragt, welche Stellung Bebel einnehmen wird. Bebel war in diesem Punkte ein unbeschriebenes Blatt; er hat sich darüber vorher nicht geäußert, abgesehen von dem, was er gelegentlich des Bremer Parteitages in der „Neuen Zeit“ geschrieben hat. Ebenso wie bei meinen Ausführungen auf dem Kölner Kongreß so mancher nicht auf seine Rechnung gekommen ist, ebenso wird eine große Anzahl von Genossen hier im Saal, die heute bei Bebels Ausführungen ihre Rechnung nicht gefunden haben. Ich für meine Person bin mit Bebel im großen ganzen einverstanden, er hat bestätigt, daß ich mit meinen Anschauungen über den Generalstreik recht habe, er hat nichts davon gesagt, daß man den politischen Massenstreik benutzen wolle, um die Desorganisation des Staates herbeizuführen, eine Ansicht, die, wenn ich nicht irre, auch die Genossin Zetkin vertreten hat. Bebels Ausführungen gehen dahin, daß man die Massenarbeitseinstellung — selbst das Wort politischer Massenstreik hat er vermieden — daß man die Massenarbeitseinstellung nur als wirksamstes Demonstrationsmittel benutzen wolle, also dieselbe Ansicht, die Bernstein vertreten hat.

So weit es sich um Maßnahmen gegen die Verschlechterung des Wahlrechts oder des Koalitionsrechts oder zur Verteidigung anderer politischer Freiheiten handelt, besteht Einigkeit in der Gesamtpartei, und zur Gesamtpartei gehören auch wohl die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Ich habe die Ueberzeugung, daß in den freien Gewerkschaften wenig Personen organisiert sind, die sich nicht auch zur sozialdemokratischen Partei bekennen. Die Gesamtpartei also ist sich darüber einig, daß in einem solchen Fall die Arbeiterklasse selbst vor den äußersten Mitteln nicht zurückschreckt. Nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob man von vornherein die Kampfmittel des näheren bestimmen soll. Ich habe mich heute während Bebels Rede fortwährend gefragt, wann wird Bebel auf die Frage eingehen, wie sich denn eigentlich eine solche große politische Bewegung gestalten soll. Ich mache Bebel keinen Vorwurf daraus, daß er das nicht getan hat, denn es ist gar nicht möglich, die Art der Inszenierung und Führung des Streiks auseinanderzusetzen, und wenn er es getan hätte, dann hätte er sich jedenfalls einer sehr großen Taktlosigkeit schuldig gemacht, denn wer den Versuch machte, im vornherein zu bestimmen, wie sich zur gegebenen Zeit die Sache gestalten, wie sie organisiert werden soll, der würde etwas tun, was er nicht verantworten kann. Man darf doch nicht den Gegnern gegenüber seine Karten aufdecken. Aber ebensowenig wie man imstande ist, von vornherein zu sagen, so und so muß sich die Sache gestalten, ebensowenig ist man in der Lage zu sagen, ein derartiges Kampfmittel will man für den gegebenen Fall anwenden. Angewendet soll die Massenarbeitseinstellung ja werden, wenn die Reaktion dem Volke seine politischen Freiheiten beschneiden oder nehmen will, aber in der Resolution steht ausdrücklich „gegebenen Falles“ soll das geschehen. Es ist also nicht gesagt, daß man, wenn man uns das Wahlrecht oder das Koalitionsrecht nehmen will, unter allen Umständen von diesem Mittel Gebrauch macht, und zwar ist das mit vollem Recht nicht gesagt; selbst Rolands Holst betont ausdrücklich, daß der politische Massenstreik nicht unter allen Umständen angewendet werden kann. Niemand ist imstande, zu sagen, ob in solchem Momente für eine große Bewegung die Volksstimmung vorhanden ist, und ohne die Volksstimmung ist eine Bewegung nicht möglich, sie kann nur getragen werden von einer ganz ungeheuren Erregung, und solche Erregung läßt sich nicht künstlich hervorrufen. (Sehr richtig!) Warum ist die Revolution in Rußland nicht zehn oder zwanzig Jahre früher gekommen? Warum ist nicht der Bergarbeiterstreik, der spontan hervortrat, wo die Erregung eine ganz ungeheure war, sechs, sieben oder zehn Jahre früher ausgebrochen? Wenn das Maß nicht voll ist, wenn nicht die richtige Erregung im Volke vorhanden ist, dann wäre es ein Wahnsinn, ein Verbrechen, wollte man dann die Arbeiterschaft in den Kampf treiben. (Sehr richtig!) Also, es

läßt sich nicht bestimmen, wie die Dinge sich gestalten sollen. Und wollten wir nun auf die organisatorische Seite der Sache eingehen, so müßte ich die Frage aufwerfen, wer spricht im gegebenen Moment das entscheidende Wort, wer soll die Losung ausgeben? Einen Parteitag können wir doch nicht erst abhalten. Würden wir uns aber festlegen und würden die Führer der Partei und Gewerkschaften die Massenarbeitseinstellung im gegebenen Falle nicht für ratsam halten, dann können in der gesamten Arbeiterbewegung sehr leicht große Meinungsverschiedenheiten entstehen, die eine Schädigung der Organisationen zur Folge haben. Sind wir uns alle darüber einig, daß wir, wenn man dem Volke seine Rechte beschneiden will, gewillt sind, den Kampf zu führen, dann werden wir auch das Mittel finden, das nach Lage der Verhältnisse angewandt werden muß.

Von denselben Voraussetzungen ist ja auch der Gewerkschaftskongreß ausgegangen. Wer da sagt, daß die Gewerkschaften Flaumacher seien, daß man nicht mitmachen will, der kennt die Verhältnisse nicht. Die Gewerkschaften und die Partei sind sich in den Fragen der Erhaltung und Erweiterung der politischen Rechte vollständig einig. Nun noch einiges, was mich persönlich betrifft.

Man fiel nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß förmlich über mich her. Genossin Luxemburg, sehen Sie, ich bin Maurer von Beruf, ich habe keine hohe Schule besucht, kenne mich auch nicht so mit dem feinen Schliff aus, und wir wissen ja alle, daß wir mit unserem Wissen nicht im entferntesten an die Genossin Luxemburg heranreichen. (Große Heiterkeit.) Ach, wir wissen es alle zusammen, daß wir mit unserem Wissen nicht heranreichen an diejenigen, die in ihrer Jugend nicht Hunger gelitten und eine gute Bildung genossen haben, aber wenn man im Kampfe steht — und ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich Jahre hindurch für die Arbeiterbewegung gekämpft habe — wenn man im Kampf steht und so eigentümlich überfallen wird, wie es geschehen ist, dann schmerzt das, das tut wehe, das ist nicht angenehm, das ist nicht die Art und Weise, wie man die Einheit in der Arbeiterbewegung fördert. (Lebhaftes Sehr richtig!) Mir ist vorgeworfen, ich hätte durch die Kölner Resolution die Diskussion unterbinden wollen. Die Resolution ist eine Resolution der Generalkommission, die ich in ihren wesentlichsten Punkten verfaßt habe. Es mag ja sein, daß in der Resolution durch das Wort Propagierung eine irrige Auffassung entstehen konnte, aber in meinem Referat habe ich ausdrücklich gesagt, daß sich gegen die Diskussion des Massenstreiks nichts einwenden ließe. Das steht im nikorrigierten Protokoll, ich habe es absichtlich nicht korrigiert. Ich habe in Köln gesagt, ich halte es im Interesse der Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung für notwendig, daß Ruhe eintritt, aber ich bin niemals auf den Gedanken gekommen, daß wir Kämpfen aus dem Wege gehen sollen. Glauben Sie, daß es in Deutschland einen Gewerkschaftsführer gibt, der nicht ganz genau weiß, welche schweren Kämpfe uns bevorstehen? Ich bin überzeugt, daß wir so ungeheure Kämpfe bekommen, daß wir uns als Praktiker die Frage vorlegen müssen, ob wir diesen ungeheuren Kämpfen gewachsen sind. Und gerade mit Rücksicht darauf habe ich gesagt, wir wollen Ruhe haben, damit wir uns auf diese großen Kämpfe der Zukunft vorbereiten können. Aber daran habe ich nie gedacht, daß wir Kämpfen aus dem Wege gehen sollen, ich will nur die Stärkung der Organisationen. Wir müssen die Möglichkeit haben, nicht gestört zu werden in der Erfüllung unserer großen Aufgaben, die Arbeiterorganisationen zu stärken und sie fähig zu machen, alles das herbeizuführen, was im Interesse des arbeitenden Volkes liegt. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Krüger-Dresden empfiehlt und Hänisch-Dortmund bekämpft, wird hierauf angenommen und beschlossen, den Punkt der Tagesordnung heute noch zu erledigen.

Bebel (Schlußwort): Verschiedene Redner haben darauf hingewiesen, daß ich auf eine Menge von Preßäußerungen zu dieser Frage nicht eingegangen sei. Das ist nicht nur richtig, sondern es war sogar von vornherein mein fester Entschluß. Ich hätte sonst statt $3^1/_2$ 5 oder 6 Stunden sprechen müssen und ich hätte dadurch in ganz unnötigerweise die Debatte verlängert, denn selbstververständlich hätte ich mit meiner Kritik eine Antwort der Angegriffenen hervorgerufen. Ich habe nur die mir am wichtigsten scheinenden Meinungen hervorgehoben. Ich will ferner dem Genossen Bömelburg gern zugestehen, daß auch nach meiner Meinung ihm in der Kritik des Kölner Kongresses zum Teil sehr ungerecht zugesetzt worden ist. Die Schuld daran tragen aber nicht allein die Kritiker, sondern zum Teil ist auch die Unklarheit der Kölner Verhandlungen schuld an den Mißverständnissen. Wenn dann Genosse Bömelburg sich gegen mich persönlich wendend erklärt hat, ich gehöre doch auch zu denen, die infolge ihrer Tätigkeit in der Studierstube nicht die Gelegenheit hätten, sich von manchen praktischen Dingen zu unterrichten, so erkläre ich, daß ich mich freue, daß meine soziale Lage es mir ermöglicht, alle paar Jahre ein paar Monate lang in meinen sog. Ferien mich Studien zu widmen, die den meisten von uns nicht möglich sind. Deswegen beneide ich mich, wenn aber Bömelburg daraus schließt, daß ich in vieles nicht eingeweiht sei, so schließt ja selbstverständlich die Stellung, die ich in der Partei einnehme, aus, daß ich gleichzeitig in den Gewerkschaften arbeite. Bömelburg weiß aus seiner Stellung manches, was ich nicht weiß, aber ich aus meiner Stellung heraus auch vieles, was er nicht weiß. Ich weise aber doch darauf hin, daß ich vom Anfang meines öffentlichen Auftretens an zu den eifrigsten Vertretern der Gewerkschaftsidee gehört und im Laufe der Jahre in unzähligen Gewerkschaftsversammlungen gesprochen habe. Als Vorsitzender des Verbandes deutscher Arbeitervereine habe ich schon 1868 zahlreiche Gewerkschaften ins Leben gerufen. Mehr kann man nicht verlangen. Wer von früh bis spät nichts tut als für die gemeinsame Sache zu arbeiten, muß sich gegen einen solchen Vorwurf verwahren (Zustimmung.) Ich weiß, es war nicht böse gemeint, es könnte aber falsch aufgefaßt werden.

Bernstein hat heute morgen gegenüber meinen Bemerkungen seine Ansicht aufrecht erhalten, daß der Einfluß des Reichstags im Sinken begriffen sei und er hat auf die Abwesenheit von Regierungsvertretern bei der Beratung der wichtigsten Initiativanträge hingewiesen. Das ist in der Tat im Reichstage wiederholt verurteilt worden. Bernstein sollte aber auch wissen, daß vom Regierungstische demgegenüber geltend gemacht worden ist, daß die Mitglieder des Bundesrates keine Stellung zu Anträgen nehmen können, bevor nicht ein Bundesratsbeschluß vorliegt. Man kann das bedauern; aber es liegt an den eigentümlichen staatsrechtlichen Verhältnissen des Deutschen Reiches. Man muß auch immer berücksichtigen, daß wir kein parlamentarisches Regime haben wie andere Länder. Wenn dann Bernstein wieder einmal dem Zuge seines Herzens folgend, sich des Bürgertums angenommen hat, so hatte ich allerdings gehofft, daß Du (zu Bernstein) seitdem wir wieder die Freude haben, Dich unter uns zu sehen, das deutsche Bürgertum ein wenig besser kennen gelernt hättest. Das mag alles auf England passen, was Du sagst, auf Deutschland paßt es nicht. Und ich wundere mich, daß ein so scharfsinniger Kopf, wie Du es sonst bist, es bis heute noch nicht eingesehen hat. Der plötzliche Sessionsschluß war allerdings skandalös; das weiß niemand besser als Singer, Geyer und ich, die wir als Vertreter der Fraktion im Seniorenkonvent gesessen haben, wo alles fest abgemacht war, in der Voraussetzung, daß der Reichstag vertagt werden sollte. Dann wurden wir auf einmal durch Eilboten eingeladen, und der Präsident teilte uns mit: Ich habe Ihnen zu verkünden, daß heute mittag geschlossen wird. Das war allerdings sehr stark. Woher aber solche Plötzlichkeiten kommen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. (Heiterkeit.)

Man hat die Debatte nach einer Richtung einen etwas kulissenen Charakter angenommen. Ich habe mit Ausnahme der Jahre, in denen ich mich in Staatssuspension befand, allen Parteikongressen beigewohnt. Aber eine Debatte, in der so viel von Blut und Revolution die Rede gewesen wäre, wie in der heutigen, habe ich noch nicht gehört. (Heiterkeit.) Als ich das alles hörte, habe ich ein paarmal unwillkürlich auf meine Stiefelspitzen gesehen, ob diese nicht bereits im Blute wateten. (Große Heiterkeit.) Auf diese Weise ist der Resolution, gegen die im Grunde niemand etwas hat einwenden können, eine Auslegung gegeben worden, als ob durch sie die wüstesten Gefahren heraufbeschworen würden. Ich in meinem harmlosen Gemüt habe an all das gar nicht gedacht (Heiterkeit) und ich glaube, auch meine heutige Rede bietet durchaus keine Veranlassung, mich als so blutgierig hinzustellen. Dabei muß ich weiter verschiedenen Rednern den Vorwurf machen, daß sie sich in unglaublicher Weise widersprochen haben. Heine z. B. sagte im Anfange seiner Rede, daß er eigentlich mit der Resolution einverstanden sei, dann aber sprach er des längeren über die ungeheueren Gefahren dieser Resolution und nachher zollte er jedem Redner, der in demselben Stile sprach, den lebhaftesten Beifall. Ebenso Legien. Er meinte, gegen die Resolution sei im Grunde gar nichts zu sagen und er habe seinen Antrag eigentlich nur deshalb eingebracht, weil er in der Resolution eine Konzession an Friedeberg sehe. Den wahren Grund hat er vielleicht nicht gesagt. Er sagte sich wohl, daß in dem Absatz, den er zu streichen beantragt, eine Spitze gegen den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses zutage trete, die er vermieden sehen möchte. Aber nachdem er zuerst gesagt, daß er mit der Resolution an sich einverstanden sei, hat auch er ein fürchterliches Gemälde von den Folgen eines solchen Streiks entworfen. Ich meine aber, nachdem in der Resolution davon nichts steht, daß in einem bestimmten Falle der Massenstreik unter allen Umständen, koste es, was es wolle, proklamiert werden soll, sind alle diese Befürchtungen gegenstandslos. Bömelburg hat mit Recht gesagt, daß ich gut tat, nicht auf die Darlegung der Bedingungen im einzelnen einzugehen, unter denen der Massenstreik eintreten soll. Dadurch hätte ich Kontroversen der schlimmsten Art veranlaßt, ohne praktisch die geringste Klärung herbeizuführen.

Der Parteitag soll sich nur im Prinzip dafür aussprechen, daß gegebenenfalls, unter bestimmten Voraussetzungen — natürlich ist dabei auch die Möglichkeit des Streiks vorausgesetzt — die Parteiführer mit den gewerkschaftlichen Führern darüber zu beraten haben: sollen wir praktisch verwirklichen, was wir in der Idee akzeptiert haben? Wenn Heine sagt, das Blut des Volkes sei ihm zu kostbar, so antworte ich: so viel sollte man jeden in diesem Saale kennen, daß niemand hier ist, der leichtsinnig mit dem Blute des Volkes umgeht. Keiner unter uns wird leichtfertig nach Blutvergießen schreien. Aber wenn ohne unser Zutun es dazu käme, so erkläre ich, daß an dem Tage, wo es wirklich dazu kommen sollte, Ihr mich nicht bei der Arrieregarde, sondern bei der Avantgarde findet (stürmischer Beifall), wie ich all mein Leben lang immer in der ersten Reihe gestanden habe. (Wiederholter Beifall.) Auch nach anderer Richtung waren einige gegen mich gemachte Aeußerungen deplaziert. Gegenüber meiner Bemerkung z. B., daß die Arbeiter unter Umständen ein paar Wochen hungern müßten, meinte Genosse Robert Schmidt spitzig, das klinge ja aus dem Munde Bebels sehr schön. Das soll heißen, Bebel braucht in einem solchen Fall nicht zu hungern, ich nehme aber an, daß auch Schmidt, wenn auch nicht in der gleichen gehobenen Lebenslage wie ich, so doch immerhin in einer so gehobenen Stellung sich befindet, daß es auch für ihn dazu nicht kommt. (Schmidt: Ich will auch andere nicht hungern lassen). Ach, Genosse Robert Schmidt, in jedem großen Streik wird, wenn er länger dauert, gehungert, und hunderttausende hungern in dieser bürgerlichen Welt ihr Leben lang. Und auch ich habe als Knabe gehungert und es viele Jahre als mein Ideal betrachtet, mich einmal

an Butterbrot satt essen zu können. Ich habe nachher viele Jahre unter kümmerlichem Lohn, der damals nicht den dritten Teil der heutigen Löhne ausmachte, gearbeitet und auch in den zehn Jahren, in denen ich selbständiger Drechsler war, hat mir mehr als einmal das Wasser an der Kehle gestanden. (Schmidt: Glauben Sie denn, daß ich aus der Bourgeoisie bin?) Das habe ich ja gar nicht gesagt, aber Sie haben diese meine Erklärung provoziert. (Lebhafte Zustimmung und Unruhe.) Ich mußte, nachdem selbst ein Genosse durch seine Bemerkungen dem Gerede der Gegner Vorschub leistete, die mich als einen angeblich steinreichen Mann bei den Arbeitern zu diskreditieren suchen, dem energisch entgegentretn. (Stürmischer Beifall. Unruhe.) Denn wenn ein Genosse vor versammeltem Volk so spitze Bemerkungen macht und damit den Gegnern noch Waffen liefert, kann ich mir das nicht gefallen lassen. Es tut mir leid, daß ich so habe handeln müssen, aber Sie haben mich dazu gezwungen. (Lebh. Zustimmung.)

Diese ganze Angstmacherei — anderes ist es nichts — habe ich heute morgen schon gegenüber Heine charakterisiert. Ich gebe zu, daß auch auf der anderen Seite Aeußerungen provokatorischer Natur gefallen sind, aber den Anfang hat jene Seite gemacht. Noch eins! Wenn es aber dazu käme, daß die Arbeiter hungern müssen, dann wären diejenigen unter uns, die in gehobener Stellung sind, elende Kerle, wenn sie nicht so tief wie möglich in den eigenen Geldbeutel greifen würden, um zu helfen. (Stürmischer Beifall.)

Elm hat meine Aeußerungen über Hamburg mißverstanden. Ich habe nicht davon gesprochen, daß die Hamburger Gewerkschaftsführer sich gegen einen Massenstreik erklärt hätten. Diese Frage ist allerdings in einer Konferenz, der auch Dietz, Metzger und ich beiwohnten, erörtert worden, damals waren aber nicht nur die Gewerkschaftler, sondern auch die Vertreter der Partei einstimmig der Ansicht, daß ein solcher Streik der Situation in Hamburg nicht angemessen sei. Von verschiedenen Seiten ist allerdings in Köln und in der Presse gesagt worden: was, das radikale Hamburg wehrt sich nicht, das ist doch unerhört. Man muß aber berücksichtigen: wenn die Arbeiter zu einem mit solchen Opfern verbundenen Streik schreiten sollen, so muß es sich um eine Frage handeln, für die alle das größte Interesse haben. (Sehr richtig!) Eine solche Frage ist die Hamburger Wahlrechtsfrage nicht. Schon bisher bestand in Hamburg ein ganz elendes Wahlsystem: nach diesem muß man fünf Jahre in Hamburg wohnen und 1200 M. Einkommen versteuern, um wahlberechtigt zu sein. Wenn dann ein solch elendes Wahlgesetz noch mehr verschlechtert wird, wozu auch nicht der geringste vernünftige Grund vorlag, so ist das keine Situation, die zum politischen Massenstreik führen kann. Das wäre ja geradezu Wahnsinn gewesen. Ganz ähnlich lagen die Dinge in Lübeck. Und wenn auf Sachsen hingewiesen wird, so hat damals überhaupt noch kein Mensch an den politischen Streik in diesem Sinne gedacht.

Robert Schmidt hat dann scherzhaft gemeint, er freue sich des wohltätigen Einflusses, den er seiner Zeit auf meine und Singers Radikalisierung ausgeübt habe. Der Scherz war nicht übel, aber es war nur ein Scherz. Singer und ich sind heute nicht radikaler als vor 15 Jahren. Darin unterscheide ich mich allerdings von manchem Parteigenossen, der wie Robert Schmidt einst ultraradikal war, während er heute zu den gemäßigsten gehört. Es ist eben eine alte Erfahrung, daß gerade diese Ultraradikalen am meisten und oft plötzlich umschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich anzüglich werden wollte, könnte ich auf manchen hinweisen, der auch heute ultraradikal geredet hat und für den ich nicht garantiere, wie lange es dauert. (Heiterkeit.)

Robert Schmidt hat dann auf einen Artikel von mir in der „Neuen Zeit" Bezug genommen, den ich aber nicht, wie er meint, nach, sondern vor dem Bremer Parteitage geschrieben habe. Damals wurde von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen;

darauf allein bezieht sich die von Schmidt angeführte Aeußerung. Ich habe mir, als ich den Artikel eben noch mal durchlas, unwillkürlich gesagt: „Ei, potztausend, wie klug bist du doch damals gewesen; ich würde heute den Artikel nicht anders schreiben als vor einem Jahre.“ (Heiterkeit.) Was Schmidt in dem Artikel sieht, steht nicht drin. Ich habe in dem Artikel ausgeführt, daß es ein gewaltiger Fehler wäre, Wahlrechtsattentate, die noch nicht existierten, zum Gegenstand einer Debatte zu machen. Eine solche Debatte haben wir auch heute nicht gehabt. Ich habe schon in dem in Frage stehenden Artikel darauf hingewiesen, daß die Parteipresse die Rolle des Wächters und Warners übernehmen müsse; aber ich habe der Partei nicht zugemutet, daß sie einen Feldzug gegen eine Gefahr unternehmen soll, die noch keine greifbare Gestalt angenommen hat. Ich habe auch in meiner Resolution nur darauf hingewiesen, daß die Partei für den Fall, daß ein solches Attentat auf das Wahlrecht käme, im voraus schon ihre Waffen brauchbar und wirksam machen müsse, ein Attentat abzuwehren. Nicht ein einziger Satz meiner damaligen Auffassung steht mit meiner heutigen Auffassung im Widerspruch. Es handelt sich auch heute nicht darum, die Partei schon heute auf den Massenstreik in einem gegebenen Falle festzulegen. Das würde ich für den größten Fehler halten, den wir machen könnten. Nein, wir haben ihn nur für den gegebenen Fall als ein Kampfmittel mit in Erwägung zu ziehen. Dazu ist es allerdings notwendig, Aufklärung über die Bedeutung dieser Waffe und der Rechte, die gegebenenfalls mit dieser Waffe verteidigt werden sollen, zu schaffen. Ich habe also nur das getan, was jeder vernünftige Mann, wenn ihm ein Unheil droht, tun muß, indem er sucht, sich vor dem Unglück zu schützen. Wir ändern mit diesem Beschluß durchaus nicht unsere Taktik, sondern nehmen nur ein neues Kampfesmittel zu den Waffen, die wir heute zur Verfügung haben, auf, um im gegebenen Falle die Frage zu entscheiden: wollen wir, können wir, und wie können wir es anwenden. Es wäre Wahnsinn, wenn wir anders verfahren wollten. Nun sagt Genosse Rob. Schmidt: Die Masse fragt aber: wohin führt Ihr uns, lockt Ihr uns nicht in den Hinterhalt? Darauf antworte ich: Der wäre ein Elender, der die Masse irreführt und ihr nicht sagt, um was es sich handelt! Und wenn wir jemals wirklich von dem Massenstreik Gebrauch machen wollen, dann werden wir der Masse nicht nur sagen, um was es sich handelt, sondern auch, weshalb wir dies Mittel gebrauchen wollen, weil wir ohne diese Aufklärung die Massen gar nicht gewinnen können. (Sehr richtig!) Es ist eine starke Unterschätzung der großen Masse der Arbeiter, anzunehmen, die deutsche Arbeiterklasse lasse sich blindlings in eine Falle locken, ganz abgesehen von der Unterstellung, daß man es überhaupt für möglich hält, daß in der deutschen Sozialdemokratie Männer vorhanden sein sollten, die so niederträchtig sein könnten, die Massen in eine Falle zu locken. (Lebhafte Zustimmung.) Rob. Schmidt hat dann noch hingewiesen auf die Urteile über den Massenstreik von Vandervelde, Vliegen und Turati. Natürlich ist man in den ausländischen Parteien genau so verschiedener Meinung in dieser Frage, wie heute Rob. Schmidt im Gegensatz zu uns steht. Wenn der eine oder andere der Genannten glaubt, der Generalstreik hätte sich in seinem Lande nicht bewährt, dann sage ich Ihnen: Wenn wir unter den gleichen Bedingungen, wie die Holländer, Belgier und Italiener in den Massenstreik treten wollten, wäre ich der erste, der davor warnte, weil die genügenden Bedingungen nicht vorhanden wären. Insbesondere Holland ist als industriell ganz unentwickeltes Land kaum geeignet für den Generalstreik.

Politischen Selbstmord wollen wir aber nicht begehen, wie Rob. Schmidt, meint, jedenfalls nicht mit Absicht, und wenn man ohne Absicht zum Tode kommt, dann ist es eben kein Selbstmord. (Heiterkeit.) Genosse Schmidt hat sich auch auf Liebknecht berufen. Ich wette hundert gegen eins, Liebknecht stände nicht auf Ihrer Seite in dieser Frage, Genosse Schmidt, da kannten sie unseren Alten schlecht. Weiter äußerte Genosse Rob. Schmidt: die Art wie Bebel auf

den Massenstreik losgeht, ist die Art eines Reitergenerals. Unter Umständen ist eine Husarenattacke sehr nützlich, aber wenn Robert Schmidt sich einbildet, ich würde eine Reiterattacke gegenüber kleinkalibrigen Gewehren machen — da sage ich mit dem alten Wrangel: „Da kennt er mir schlecht!“ (Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, wie mein politisches Leben ihm ein Anrecht gibt zu glauben, daß ich eine solche Eselei begehen könnte. (Heiterkeit.) Ich habe ja gewiß manche Dummheit auf dem Gewissen (Erneute Heiterkeit), aber Genosse Schmidt jedenfalls auch (Heiterkeit), es käme aber auf eine Probe an, wessen Konto beim Vergleich größer wäre. (Große Heiterkeit.) Damals hat auch bei Euch Jungen der Massenstreik eine Rolle gespielt; Kampffmeyer*) war es besonders, der mit aller Macht für diesen Streik eintrat. Jetzt aber hält er den Massenstreik nicht einmal zur Abwehr gegen ein Attentat auf das allgemeine Stimmrecht für angebracht. Er meint, wenn den Arbeitern das Wahlrecht im Reichstage genommen wird, dann müßten sie sich auf die süddeutschen Staaten zurückziehen, eine merkwürdige Ansicht und eine noch merkwürdigere Bescheidenheit. Alle Achtung vor den süddeutschen Genossen; aber wenn es dem Reichstagswahlrecht an den Kragen geht — wie es dann im Süden gehen wird, darüber habe ich meine eigenen Gedanken. Und was könnte es selbst den 50 Millionen Deutschen helfen, denen das allgemeine Wahlrecht genommen wird, wenn 10 Millionen in den süddeutschen Staaten für die Landtage es behielten. (Sehr richtig!)

Weiter hat die Genossin Luxemburg in ihrer allerdings echt revolutionären Rede auch das Kommunistische Manifest zitiert. Ich weiß nicht, ob die Genossin Luxemburg gerade die von David zitierte Stelle aus dem Manifest akzeptiert. Ich will nur konstatieren, daß Engels selber wiederholt erklärt hat, daß er wohl mit der Kritik des Manifestes übereinstimme, aber mit den Mitteln nicht mehr. (Sehr richtig!) Und wenn heute David ein Zitat aus einer Erfurter Parteitagsrede von mir angeführt hat, so habe ich mich herzlich gefreut, einmal, weil ich mir gesagt habe: du bist doch schon damals ein recht gescheiter Kerl gewesen (große Heiterkeit), hast eben einmal wieder ganz richtig prophezeit (erneute stürmische Heiterkeit), und drittens, weil es gerade David, mit dem ich schon oft scharf zusammengeraten bin, war, der heute mein Schildhalter war und mich nach einer gewissen Richtung gedeckt hat. (Heiterkeit.) Genosse Legien hat dann mein Zitat aus seiner Rede auf dem Pariser Kongreß mit den Worten zurückgewiesen, das sei über eine halbstündige Rede ein ganz kurzer Auszug, er habe denselben nicht kontrolliert. Ich habe auch viel weniger auf den Inhalt der Rede gegeben als auf den Schlußsatz: Mögen die französischen und italienischen Genossen für die notwendige Organisation sorgen, dann stehen wir ihnen zur Seite. Schon hieraus könnte man schließen, daß Legien damals unter gewissen Einschränkungen für den Generalstreik war, doch habe ich diesen Schluß nicht ohne weiteres gezogen. Aber der Beschluß des internationalen Kongresses, den Legien selbst niedergeschrieben hat, läßt keinen Zweifel, daß damals sein Standpunkt ein anderer war. Legien sagte 1896 mit Hinweis auf London:

„Wir haben den nicht gerade formvollendeten Londoner Beschluß wiederholt, um zu dokumentieren, daß sich unsere Anschauungen über den Generalstreik nicht geändert haben. Solange keine starken Organisationen vorhanden sind, ist der Generalstreik für uns nicht diskutierbar.“ Darin liegt eine bedingte Zustimmung zum Generalstreik, auch steht der Wortlaut der damals von Legien vertretenen Resolution mit seinen heutigen Ausführungen in Widerspruch, wo er die ganze Idee ablehnt und uns auf das ungeheuere Elend und Blutbad eines Generalstreiks hinweist. Legien hat dann geglaubt, Bringmann gegen einen Vorwurf von meiner Seite in Schutz nehmen zu sollen. Er hat das gar nicht nötig gehabt. Ich habe nicht gesagt, daß Bringmann kein Sozialdemokrat mehr wäre,

*) Siehe hierzu die Erklärung Kampffmeyers auf Seite 367.

sondern habe lediglich betont: Ausführungen, wie sie Bringmann nicht in der Absicht gemacht, diese Wirkung zu erzielen, dahin führe, daß ein Teil der Leute, die sie hören, sich sagen: da brauche ich nicht mehr der Partei anzugehören oder ihr beizutreten. Es ist auch nicht richtig, wenn Legien darauf hinweist, daß sei keine autoritative Wiedergabe seiner Rede. Die Broschüre ist vom Zimmererverbande herausgegeben, die betreffenden Stellen sind in Fettdruck, und ich kann nicht annehmen, daß Bringmann die Rede nicht vor dem Druck gelesen und korrigiert hat. Mir gegenüber hat Bringmann persönlich auch mit keinem Wort bestritten, die von mir zitierten Aeußerungen gemacht zu haben.

Wenn nun Genosse Legien den Antrag gestellt hat, gerade die beste Rosine aus meinem Kuchen heraus zu klauben (Heiterkeit), so begreife ich das aus den von ihm angegebenen Gründen. Aber ich hoffe, der Parteitag wird darauf nicht eingehen, wie ich Sie überhaupt bitten möchte, alle zu meiner Resolution gestellten Anträge glatt abzulehnen.

Man hat weiter mit großem Scharfsinn darüber gestritten, welche Aussicht eine gewaltsame Revolution in Deutschland haben würde. Ich habe zu diesen Erörterungen in meinem Referat keine Veranlassung gegeben, ich habe im Gegenteil unter Anführung der Stelle aus dem ultramontanen „Echo“ bewiesen, daß dies katholische Blatt mit unserer seit Jahrzehnten, namentlich auch im Leipziger Hochverratsprozeß von Liebknecht und mir mit aller Energie geltend gemachten Anschauung in Uebereinstimmung steht: Revolutionen werden überhaupt nicht gemacht; wenn Revolutionen entstehen, dann sind immer diejenigen schuld, die dem notwendig aus der gesellschaftlichen und staatlichen Entwickelung hervortretenden Bedürfnis der großen Masse mit Gewalt entgegentreten und ihm nicht gerecht werden. Das ist unser alter Standpunkt, wie ich ihn seit 1869 vertreten habe und wie ihn noch früher Lassalle in ähnlicher Weise vertreten hat. Also nach der Richtung kann wahrlich, soweit überhaupt von einer Deklaration der Stellung der Partei zur Revolution gesprochen werden kann, nur gesagt werden, sie ist immer dieselbe geblieben. Aber die gefallenen Bemerkungen veranlassen mich doch, einige allgemeine Ausführungen über den sogenannten Reifegrad der heute in erster Linie in Betracht kommenden Arbeitermassen zu machen. Parteigenossen: In allen Revolutionen der letzten drei, vier Jahrhunderte können wir die Beobachtung machen, daß die geistigen Leiter dieser Volksbewegungen im Vergleich zu der in Frage kommenden Masse ein solches Minimum an Zahl darstellen, daß man sagen darf, es waren Revolutionen einer Minorität, und ohne Zweifel können jene revolutionären Bewegungen mit einer Bewegung, wie sie heute die Sozialdemokratie darstellt, nicht im mindesten verglichen werden. (Sehr richtig.) Wer die Geschichte dieser Revolutionen kennt, weiß wie äußerst gering die Zahl der geistigen Führer, wie groß aber in der Klasse des Bürgertums die Unklarheit über ihre Ziele und ihr Wollen war. Das ist in der modernen Arbeiterbewegung ganz anders. Wir Sozialdemokraten fassen den Begriff revolutionär so auf, daß er sich in den Zielen, nicht in den Mitteln dokumentiert. Es kann eine Bewegung gewaltsam durchgeführt werden und doch reaktionär wirken, und auf der anderen Seite kann eine Bewegung, die friedlich verläuft, viel wirksamer und tiefgehender sein als alle Gewaltkämpfe.

Wollt Ihr die näheren Umstände erfahren, unter denen früher die Revolutionen ausgefochten wurden, dann bitte ich Engels Vorrede zu Marx „Klassenkämpfen“ nachzulesen. So lange es aber Revolutionen in der Weltgeschichte gab, hat noch niemals eine Volksbewegung bestanden, in der die große Masse der Beteiligten und Interessierten so aufgeklärt, so unterrichtet war, so genau das Wesen des Staates und der Gesellschaft, die Gesetze, welche sie regieren, kannte, als in der modernen sozialistischen Bewegung. Das ist eine Erscheinung, wie sie einzig in der Welt steht. Man muß nur das Bürgertum in den Jahren 48 und 49 in seiner unglaublichen politischen Unwissenheit kennen gelernt

haben. Ich war ja damals noch ein Kind, aber ich habe mich schon in jenen Jahren, also von Kindesbeinen an sozusagen, für die öffentlichen Dinge in hohem Grade interessiert, und als ich später ins Leben trat und hörte und sah, war ich erstaunt über die große politische Unreife derer, die fortgesetzt von Revolutionen und von der Notwendigkeit des Fürstenmordes (Heiterkeit) redeten und radikal bis zum äußersten sein wollten. Die Haare haben mir zu Berge gestanden, wie alte Leute, die in der Revolution gekämpft, selbst vier, fünf Jahre und länger im Zuchthause gesessen hatten, sich in vollendeter Unwissenheit und Unklarheit über das Wesen des Staates und der Regierungen befanden. Das ist bei der Masse der klassenbewußten Arbeiter anders. Wenn es heute z. B. auf ein Examen ankäme zwischen den Angehörigen unserer Partei und Angehörigen des Kleinbürgertums über politische und ökonomische Dinge, so würden die letzteren stark Schiffbruch leiden. (Sehr richtig.) Diese vergleichsweise geistige Höhe der in der sozialpolitischen Bewegung stehenden Massen ist ein Machtfaktor, gewaltig und bedeutend, der noch weit, weit unterschätzt wird, den aber unsere Gegner nicht unterschätzen. Diese kennen genau den geistigen Kern, der in der heutigen Volksbewegung, die die Sozialdemokratie repräsentiert, enthalten ist. Und wenn wir dafür sorgen, wie es mein Antrag in seinen Schlußsätzen klar ausspricht, daß diese Menge von politischer Bildung weiter entwickelt wird, in ganz anderer Weise als bisher, daß mit der jämmerlichen Verbreitung, die heute unsere wissenschaftliche Literatur erfährt, ein Ende gemacht wird, daß endlich wieder einmal studiert wird, daß man in der täglichen Kleinarbeit nicht vergißt, sich aufzuklären an der Quelle der sozialistischen Literatur, wenn diese Debatten die Anregung dazu gegeben haben, daß in ungleich höherem Grade als bisher auf allen diesen Gebieten gearbeitet wird, so können wir getrost unseren Gegnern gegenüber sagen: wollen sie den Kampf wagen, wir sind bereit! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Legien: Bebel meinte, ich hätte die Streichung des einen Passus lediglich deshalb beantragt, weil er geeignet ist, den Anarchosozialismus zu unterstützen, hätte aber dabei wohl empfunden, daß darin eine Spitze gegen den Gewerkschaftskongreß vorhanden ist, dieses aber nicht ausgesprochen. Diese Empfindung habe ich nicht gehabt. Hätte ich sie gehabt, so hätte ich das unter allen Umständen hier ausgesprochen und ich würde dann auch sicher geglaubt haben, daß das ein gewichtiges Argument gegen diesen Passus sei. Nachdem aber Bebel mit diesen Worten selbst angedeutet hat, daß dieser Passus sich gegen den Gewerkschaftskongreß richte, kann ich meinen Antrag nicht zurückziehen. Weiter hat Bebel erklärt, ich hätte ihm vorgeworfen, daß er die Aeußerungen Bringmanns falsch zitiert habe. Das habe ich nicht getan, sondern erklärt, daß die Broschüre Bringmanns nicht gedruckt worden sei zur Massenverbreitung, sondern als Protokoll.

Robert Schmidt verwahrt sich dagegen, daß er in perfider Weise auf den Reichtum Bebels angespielt habe. Er selbst habe Bebel oft gegen diesen Vorwurf in Versammlungen verteidigt. Unter Genossen sollte eine solche Erklärung genügen. Auch habe er Bebel nicht als Führer bezeichnet, der die Massen in die Falle lockt, sondern nur gesagt, daß wir in einen Hinterhalt geraten. In den Hinterhalt aber locke doch nicht der Führer, sondern der Feind. Es ist bedauerlich, daß die Debatte auf das Niveau sinkt, indem wir uns gegenseitig unterhalten, wer am meisten gehungert hat.

Rosa Luxemburg: Bömelburg hat gesagt, daß er in seiner Jugend gehungert habe; ich wahrscheinlich nicht. Ich verschmähe es, in einen Wettlauf des Hungerns hin auf die Geschichte der privaten Leiden meines Magens einzugehen. (Heiterkeit.) Es steht Bömelburg nicht an . . .

Singer: Was Bömelburg ansteht, darüber entscheiden wir.

Luxemburg (fortfahrend): Ich wundere mich weiter darüber, daß sich Genosse Bömelburg darüber beschwert, als hätte ich ihm als Maurer gegenüber einen etwas zu scharfen Ton in der Polemik gebraucht. Genosse Bömelburg hat sich doch hier als ein logisch, politisch und rednerisch handfester Maurer bewiesen, daß er wohl auch einen Puff von mir wird vertragen können. (Große Heiterkeit.)

Bebel: Meine Bemerkungen über die Bringmannsche Broschüre hat Legien mißverstanden. Wenn Genosse Schmidt erklärt, er sei von mir mißverstanden worden und es habe ihm ferngelegen, mit seiner Aeußerung mir persönlich nahe zu treten, so bin ich gern bereit, das, was ich gegen ihn gesagt habe, zurückzunehmen. (Beifall.) Die andere Aeußerung Schmidts, das Führen der Masse in einen Hinterhalt, hatte ich nicht auf mich persönlich bezogen.

Frau **Zetkin**: Bömelburg hat mir die Auffassung zugeschrieben, der Zweck des politischen Massenstreiks sei die Desorganisation des Staates. Ich habe diese Auffassung nie vertreten, sondern nur darauf hingewiesen, daß der Massenstreik nur erfolgreich sein könne, wenn es ihm gelinge, vorübergehend die Staatsgewalt zu lähmen und zu desorganisieren. Schmidt hat mir vorgeworfen, daß ich nicht angegeben hätte, wie wir im Fall des Zusammenstoßes mit der bewaffneten Macht die Bajonette von uns abwenden könnten. Das war nicht meine Schuld, sondern die Schuld der männlichen Parze, die da oben meiner Redezeit den Faden abgeschnitten hat. (Große Heiterkeit.)

Damit schließen die persönlichen Bemerkungen.

Singer teilt mit, daß die Vertreter der holländischen Partei auf dem Parteitage ihn ersucht hätten, folgendes bekannt zu geben:

„Erklärung der holländischen Delegierten: Der Genosse Robert Schmidt hat sich über den holländischen Parteivorstand in unrichtiger Weise geäußert. Der Sinn des Manifestes des holländischen Parteivorstandes nach Beendigung des Massenstreiks ist durchaus nicht gewesen, wie Genosse Schmidt ausführte, jeden Massenstreik als ein verderbliches Abenteuer zu erklären, sondern der Vorstand hat nur gerügt die Art und Weise, wie in und nach dem Streik, der gerichtet war gegen das Streikverbot der Eisenbahner und die Verschärfung des Strafgesetzbuches, damals die Anarchisten durch ihre verleumderische Agitation die Disziplinwidrigkeit in die Massen brachten. Unser Parteitag im Jahre 1903 in Enschede, zwei Monate nach Beendigung des Streiks, hat mit erdrückender Mehrheit einer Resolution über den Massenstreik zugestimmt, die vom Vorstande eingebracht war, der in ihrem Sinn und Wortlaut die Resolution, welche nachher 1904 der Internationale Kongreß in Amsterdam angenommen hat und welche ebenfalls von der holländischen Delegation stammt, durchaus entspricht."

Mendels, Ankersmit, Delegierte der holländischen Partei.

Es folgt die Abstimmung.

Zunächst wird das Amendement Legien (Seite 313) zur Resolution Bebel abgelehnt und hierauf die Resolution (Nr. 151) unverändert in namentlicher Abstimmung mit 287 gegen 14 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Mit **Ja** stimmten: **Abel, Adelung, Adler, Ahnert, Albrecht, Auer, Baader, Baerer, Barenthin, A. Bartel, P. Barthel, Bastian, Baudert, E. Bauer, H. Bauer, Bebel, Bechmann, Beeck, Bender, Bérard, Berke, Bernstein, Betzhold, Bielitz, Bock, Böhle, Boelke, Bolzmann, Bongarz, Borgmann, Borheimer, Dr. H. Braun, O. Braun, Brecour, Breil, Brühne, Bruhns, Brunn, Bruns, Buchholz, Buhl, Bufold, Büttner, Castrup, Chmielewski, Cohn, Cratz, David, Davidsohn, Dorzheim, Dreesbach, Ebert, Eberhardt, Eckardt, Eckermann, Ehrhart, Eilken, Eichhorn, Eisner, v. Elm, Engelke, E. Ernst, Th. Ernst, Esser, Ettling, Ewald, Faaß, Faber, Faure, Fauth, G. Fischer, H. Fischer, O. Fischer, R. Fischer, Förster,**

Präßdorf, Frahm, Frank, Freiwaldt, Frenzel, Freythaler, Fricke, Friedrich, Fröhder, Frohme, Fügner, Gerhardt, Gerisch, Geyer, Giesecke, Goßler, Grenz, Graenewald, Gruenwaldt, Gruhl, Gsell, Günther, Haase, Haenisch, Hänchen, Härtling, G. Hartmann, O. Hartmann, Haupt, Hauwede, Haverkampf, Hengsbach, Heidke, Henke, Hennig, Hering, Herzog, Hildenbrand, Höfs, P. Hoffmann-Halberstadt, P. Hoffmann-Hamburg, A. Hoffmann, St. Hoffmann, A. Hofmann, Horster, Hüttmann, Hug, Hugel, Jäger, Jakobsen, Jantzen, Jensch, Joos, Jünke, Junghanß, Kähler, Kaden, Kayer, Keil, Keimling, Keller, Kellermann, Kimmel, Kleemann, Kleinicke, Klüter, Knieriem, König, Koenen, Kopp, Krasemann, Krismannsky, J. Krohn, P. Krohn, Krosse, Krüger, Kubig, Kupfer, Lang, Laumann, Leber, Ledebour, Leibknecht, Leopoldt, Lepitz, Lesche, Liebknecht, Lippold, Litzinger, Löbe, Lohmann, Lucke, Luxemburg, Mahlke, Maune, Meibohm, Meisel, Meist, Meister, Mewes, Michels, Mirus, Molkenbuhr, Motteler, Mucker, B. Müller, Th. Müller, Münch, Mummendey, Neumann, Niendorf, Nietzel, Orbel, Petzhold, Peus, Pfannkuch, Pickelmann, Pinseler, Profit, Raute, Reißhaus, Reuter, Rieger, Rieke, Rink, Röder, Rosbitzki, Rollwagen, Rölke, Rother, Sämann, Schadow, Schäfer, Schäffler, Scheidemann, Scherffig, Schlegel, W. Schmidt, Schmitt, H. Schmitz, W. Schmitz, Schüler, Schulz, Schulze, Schumacher, Schwartz, Seel, Seelmann, Seeger, Seger, Seifert, Seige, Sidow, Sindermann, Singer, Simon, Solms, Specht, Sperka, Staab, Stadthagen, Staroffen, Stauch, Staufer, Stock, Stollberg, Stolten, Striepe, Stubbe, Südekum, Taubmann, Teuerjahr, A. Thiele, R. Thiele, Thomas, Tilp, Töpfer, Tutzauer, Uhlemann, Ulrich, Ullrich, Umland, E. Vetterlein, O. Vetterlein, Vetters, Voigt, Wagner, Wartenberg, Wasner, Weber, Wehder, Wehner, Wels, Wengels, Wicklein, Wiffell, Wiehem, Wilhelm, Winter, Wizorowski, Wolderskv, Wölfel, Wollenweber, Wulf, Wurm, Zahn, Zeikin, Zick, Ziert, Zietz, Zorn, Zwanzig.

Mit **Nein** stimmten: **E. Fischer, Fritzsch, Heine, Kolb, Körsten, Legien, Dr. Lindemann, Rauch, Robert Schmidt, Silberschmidt, Trautwein, Uhlig, Vesper, Wuschick.**

Leutert, Hohl, Horn, Frau Baumann, Frau Plum, Schmalfeld, Zubeil, Gradnauer und Dietz erklären zu Protokoll, daß sie für die Resolution gestimmt hätten, wenn sie anwesend gewesen wären; sie seien durch Parteiarbeiten an der Abstimmung verhindert gewesen.

Der Abstimmung enthalten sich Bömelburg und Wolf.

Durch diese Abstimmung werden die Anträge 116, 118 II und 123 für erledigt erklärt.

Der Antrag, das Bebelsche Referat als Broschüre zur Massenverbreitung herauszugeben, wird auf Vorschlag von Singer dem Parteivorstand überwiesen.

Schluß 8½ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 24. September 1905. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer.**

Singer verliest folgende Erklärung:

„Nach dem Parteitagsbericht in den Parteiblättern hat Genosse Robert Schmidt-Berlin dem Genossen H. Fischer nachgeredet, dieser habe in der „Neuen Zeit" ausgeführt, es bedeute „eine Einbuße am Klassenkampf, wenn es den Arbeitern zu wohl geht". Und im Anschluß an diese Behauptung sagt Schmidt nach dem Bericht: „Noch weiter geht . . . Genosse

Fleißner — indem er sagt: Die Gewerkschaftsführer kommen in eine fatale Situation. Sie werden von der Masse gedrängt, wider ihren Willen zu streiken, dann wird der Streik verloren und dann werden die Gewerkschaftsführer naturgemäß mißmutig und stutzig und nun streiken sie gar nicht mehr." — Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen, daß mein fraglicher Artikel in der „Neuen Zeit" auf diese einseitige Weise gedeutet wurde, um mir eine Anschauung zu unterstellen, die mit keinem Wort aus dem Artikel zu lesen ist. Genosse Schmidt hat mich wörtlich und dem Sinne nach falsch zitiert.

Herm. Fleißner-Dresden."

Die Redaktion des „Hamburger Echo" — unterzeichnet: Gustav Wabersky, sendet folgende Erklärung:

„Laut Bericht des Baakeschen Bureaus sagte Genosse Robert Schmidt in seiner Rede vom 21. September in bezug auf die Kritik des Kölner Gewerkschaftskongresses: „Das „Hamburger Echo" sprach von der dünkelhaften Lobpreisung der allein seligmachenden praktischen Arbeit". Im Zusammenhange mit den übrigen Ausführungen Schmidts muß das den Eindruck erwecken, das Hamburger „Echo" habe damit die Redner auf dem Gewerkschaftskongreß gemeint. Wenn Genosse Schmidt den ganzen Satz des betreffenden Artikels zitiert hätte, könnte dieser Eindruck nicht entstehen. Der Satz lautet: „Bei dieser Gelegenheit sei es gesagt, daß in dieser Beziehung (nämlich theoretische Ausbildung der Massen) mehr getan werden muß, als in den letzten Jahren geschehen ist und daß, wie in der Arbeiterbewegung die Phase der Gleichgültigkeit gegen die Gewerkschaften überwunden ist, auch in den Gewerkschaften selbst die Neigung zur Ueberneutralität eingedämmt werden muß, daß nicht die vergiftenden und lähmenden Hohnworte über die unfruchtbaren Theoretiker und die dünkelhaften Lobpreisungen der allein seligmachenden praktischen Arbeit einreißen dürfen."

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Den

Bericht der Organisationskommission

erstattet

Vollmar: Die Organisationskommission hat sowohl ihren eigenen Entwurf, als auch die dazu eingegangenen Anträge nochmal in vier Sitzungen eingehend geprüft. Sie ist jedoch, abgesehen von Umgestaltungen redaktioneller Art, nur zu geringen Aenderungen gekommen. Deshalb und da ich in meinem ersten Referat die ganze Materie auf das eingehendste behandelt und die notwendigen Erklärungen über Sinn und Absicht der einzelnen Bestimmungen gegeben habe, kann ich mich jetzt sehr kurz fassen. Ich werde nur die Punkte berühren, bei denen eine Aenderung materieller Art eingetreten oder wo nochmals eine eingehendere Aussprache erfolgt ist oder wo die Kommission eine Erläuterung für notwendig hält.

Die Bestimmungen über Ausschluß und Wiederaufnahme — die §§ 3—5 des Entwurfes — sind den zahlreichen Wünschen entsprechend an dieser Stelle ausgeschieden und an den Schluß gesetzt worden, wo ich noch darauf kommen werde.

Bei dem jetzigen § 4 wurde die Frage erörtert, ob nicht in bezug auf den territorialen Umfang der sozialdemokratischen Vereine und auf die Zugehörigkeit aller im Wahlkreis wohnenden Parteigenossen zu einem bestimmten Verein Ausnahmen zugelassen seien, wie dies ein paar Anträge gewünscht hatten. Die Kommission hat dies Verlangen abgelehnt, da ihrer Ansicht nach die Einheitlichkeit des Sozialdemokratischen Vereins eine geschlossene sein muß und da weiter zur Beurteilung etwa notwendig werdender Ausnahmen vor allem die Bezirks- und Landesorganisationen die gegebenen Organe sind.

Am umfangreichsten und lebhaftesten waren die Auseinandersetzungen wieder beim nunmehrigen § 6. Von verschiedenen Seiten wurden schwere Bedenken geltend gemacht, daß durch die Höhe des Beitrags an die Zentralkasse und durch die Art seiner Abführung — sowie im weiteren Maße auch durch die Gestattung der Berichterstattung an den Parteivorstand mit unnötige und unfruchtbare Arbeit geschaffen, die finanzielle Grundlage der Bezirks- und Landesorganisationen erschüttert, ihre Kräfte gelähmt und ihre gedeihliche Wirksamkeit und Entwicklung gehemmt würden. Es werde sich bald herausstellen, daß die neuen Bestimmungen ein verhängnisvoller Fehlgriff, daß sie zweckwidrig und in der gegebenen Form gar nicht durchführbar seien, so daß man sie bald wieder werde außer Wirksamkeit setzen müssen. Die Mehrheit der Kommission hielt diese Befürchtungen für unzutreffend oder doch übertrieben und meinte, man müsse im Interesse der Zentralisation einen Versuch machen; sollte es in der Tat so nicht gehen, so stehe ja der Weg der Wiederänderung jederzeit frei. Im übrigen war die Kommission darin einig, daß durch § 6 den Bezirks- und Landesorganisationen die Möglichkeit gegeben sei, ihre finanziellen Verhältnisse ganz nach eigenen Bedürfnissen zu ordnen, weshalb auch die verschiedenen Anträge auf Einführung eines Einheitsbeitrages und einer Einheitsmarke abgelehnt wurden. Das einzig Bindende ist der Beitragsanteil für den Parteivorstand und dieser ist auf 20 Prozent der Beiträge herabgesetzt, während die Eintrittsgelder außer Anrechnung bleiben. Wo sich ein wirklicher Bedarf nach weiterer Herabsetzung ergeben sollte, wird eben von dem letzten Satz des § 16 Gebrauch zu machen sein und die Organisation wird sich dann an den Parteivorstand zu wenden und diesem die Verhältnisse darzulegen haben. Der Paragraph wurde schließlich in dieser Fassung mit 14 von 23 Stimmen angenommen.

Ueber einen Antrag, wonach Parteigenossen, die bereits einem Wahlverein angehört haben, beim Domizilwechsel ohne nochmalige Zahlung eines Eintrittsgeldes Aufnahme in den Verein ihres neuen Wohnortes finden müssen, ging die Kommission zur Tagesordnung über, weil sich das ihrer Meinung nach von selbst versteht (sehr richtig!) und schon bisher größtenteils so Brauch war.

Zu den Bestimmungen über die Vertrauenspersonen — §§ 7 und 8 — ist den zahlreichen Anträgen Folge gegeben worden, welche dahin gehen, jede Möglichkeit des Bestehens zweier Organisationen an einem Orte ausdrücklich zu beseitigen, die Form der Vereinsorganisation offen als die Regel und das Vertrauensmännersystem als Ausnahme für jene Gegenden zu erklären, in denen eine andere Organisationsform nicht möglich ist.

§ 9 enthält nur eine redaktionelle Aenderung. Auf die Einwände gegen die Form dieser Berichterstattung habe ich schon vorhin hingewiesen, die Mehrheit hat sich für den ursprünglichen Entwurf entschieden.

§ 10 über die weiblichen Vertrauenspersonen hat keine Aenderung erfahren. Der von mir am Montag erwähnte Antrag einer Frauenversammlung in Mannheim, der dahinging, den Frauen sollte erlaubt werden, eigene Abteilungen innerhalb des Vereins bezw. neben der allgemeinen männlichen Organisation zu gründen, ist von der Kommission einstimmig glatt abgelehnt worden, da eine Absonderung innerhalb der Organisation völlig unzulässig ist. Nun hat am Montag die Genossin Zietz einer Ausführung meines Referates gegenüber gemeint: es sei durch die vorliegende Bestimmung doch ein Obligatorium, eine Art Zwang zur Aufstellung von weiblichen Vertrauenspersonen an allen Orten gegeben und den Parteiinstanzen stehe lediglich ein Einfluß auf die Auswahl der Personen zu. Ich habe diese Sache in der Kommission zur Sprache gebracht und die Beratung hat ergeben, daß der Einwand der Genossin Zietz nicht richtig ist. Die Rednerin hat dann auch selbst erklärt, daß durch Wegbleiben eines Schlußsatzes der Sinn ihrer Ausführungen ein anderer geworden ist. Die Kommission hat mich zur Vermeidung von Mißverständnissen einstimmig

ermächtigt, meine damalige Erläuterung zu bestätigen und ausdrücklich zu erklären, daß der Wortlaut der Bestimmung einen Zwang, nun um jeden Preis überall weibliche Vertrauenspersonen aufzustellen, keineswegs einschließt, sondern daß lediglich ein moralischer Einfluß auf die Genossen nach der Richtung ausgeübt werden soll, daß dort, wo die Verhältnisse in sachlicher und persönlicher Beziehung eine solche Aufstellung möglich, nützlich oder notwendig machen, dieselbe erfolgt. Das vorausgehende Einvernehmen der Frauen mit den lokalen Parteiinstanzen ist mithin eine notwendige Voraussetzung, wie naturgemäß die ganze Aktion der Partei nur eine einheitliche sein kann.

Beim Abschnitt über den Parteitag — §§ 11 bis 17 — ist keine Aenderung von der Kommission beschlossen worden. Es ist wiederholt worden, daß die jetzige Form der Wahlen zum Parteitag gewiß keine ideale sei, daß sich aber anderseits eine Form, die nicht mit anderen und größeren Nachteilen verknüpft sei, noch nicht gefunden habe; demnach müsse selbst der zu einer proportionalen Vertretung Neigende mindestens erst die von der neuen Organisation zu erhoffenden statistischen Grundlagen abwarten.

In der Frage der Fraktionsvertretung ist die Kommission gleichfalls bei ihrem Standpunkt geblieben, daß eine nur teilweise Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage völlig unannehmbar sei, weil sie schwere Folgen für den Bestand der Fraktion selbst haben würde. Entweder müssen alle Abgeordneten gleichmäßig das Recht zur Teilnahme auf Grund ihres Mandates haben oder es muß ihnen gleichmäßig abgesprochen werden, natürlich abgesehen davon, daß ihre Wahl als Delegierte immer frei stehen würde. Nachdem nunmehr auch das einzige bisher widersprechende Mitglied seinen Widerspruch aufgegeben hatte, bietet die Kommission in dieser Frage das Bild vollster Einstimmigkeit.

Bei den §§ 18—23, Parteivorstand, bin ich ersucht worden, eine Korrektur anzuregen. § 18 lautet in seinem zweiten Satze: „Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer und den Schriftführern — die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind, — sowie zwei Beisitzern." Dieser Satz ist — abgesehen von der Zahl der Schriftführer durch das unbestimmte „den" — dem alten Statut entnommen. Von einem Mitgliede des Parteivorstandes bin ich nun ersucht worden, anzuregen, daß man die Schlußworte „sowie den Beisitzern" neben die Worte „den Schriftführern" hinaufziehe. Ich bin als Referent verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß hierin eine Aenderung insofern liegt, als infolge dieser Umstellung die Worte: „die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind", sich nun auf Vorsitzende, Kassierer, Schriftführer und Beisitzer beziehen würden. Einzuwenden gegen diese Korrektur hätte ich nichts. Durch die materielle Aenderung, daß die Zahl der Schriftführer weggelassen ist, ist es erreicht, daß nicht jedesmal, wenn eine Vermehrung derselben notwendig wird, das schwere Geschütz der Statutenänderung aufgefahren werden muß, sondern daß der jedesmalige Parteitag frei über diese Zahl der Schriftführer und Beisitzer zu entscheiden hat.

In bezug auf das Entscheidungsrecht, welches dem Vorstande bei Meinungsverschiedenheiten über die Aufstellung von Reichstagskandidaturen zustehen soll, war verschiedentlich der Antrag gestellt worden, an die Spitze dieses Satzes das prinzipielle Recht der Wahlkreise zur Aufstellung ihrer Kandidaten auszusprechen. Die Kommission hat dies jedoch abgelehnt, weil sie dieses Recht der Wahlkreise als ein selbstverständliches, immer geübtes und von keiner Seite bestrittenes angesehen hat. Es handelt sich bei der neuen Bestimmung um nichts weiter, als daß bei Differenzen zwischen einem Wahlkreise und einer Bezirks- oder Landesorganisation, die anders nicht beizulegen sind, also im äußersten Falle, der Parteivorstand einzutreten hat, während im übrigen die Sache der Kandidatenaufstellung gar nicht in den Bereich seiner Tätigkeit fällt. Schließlich ist noch die Ersetzung der Worte „zwischen den Genossen eines Wahlkreises" durch

den bestimmten Ausdruck „zwischen der Organisation eines Wahlkreises" außer jedem Zweifel gestellt worden, daß selbstverständlich auch in Kandidatenfragen nicht einzelne Widerspruch erheben oder sonstwie handeln können, sondern daß ausschließlich die Organisationen durch Mehrheitsbeschlüsse zu handeln haben.

Die §§ 25 und 26 in bezug auf das Zentralorgan sind ziemlich eingehend behandelt worden, wenn auch die Auseinandersetzungen einseitig waren insofern, als sie sich nur zwischen Mitgliedern des Vorstandes und einem Berliner Vertreter abspielten. Sie haben aber zu keinem anderen Ergebnis geführt, als daß mit allen gegen eine Stimme beschlossen wurde, den Antrag, den „Vorwärts" zu einem Lokalorgan zu machen, abzulehnen.

In den neuen Abschnitten über den Ausschluß und die Wiederaufnahme, §§ 27—29, sind zwei Aenderungen eingetreten: Einmal ist die Zahl der Mitglieder des Schiedsgerichts, die bisher unbestimmt war und jedesmal neu festgesetzt werden konnte, auf 7 Personen festgesetzt, weil man der Ansicht war, daß diese Zahl genüge und bei einer größeren Zahl von Schiedsrichtern unnötig Kosten usw. für die Partei entständen. Sodann ist bei § 29: Wiederaufnahme, die Bestimmung getroffen worden, daß, wenn ein Ausgeschlossener wiederum aufgenommen werden will und deshalb sich an den Parteitag wendet, diese Meldung so rechtzeitig an den Parteivorstand zu richten ist, daß sie zugleich mit den übrigen Anträgen an den Parteitag bekanntgegeben werden kann, damit die Partei einem derartigen Antrage nicht unvorbereitet gegenübersteht. Zugleich ist bestimmt, daß, bevor sich der Parteitag mit einem solchen Antrag befaßt, zunächst sowohl die Organisation, welche seinerzeit den Ausschluß beantragt hat, als auch die, in welcher der Ausgeschlossene zuletzt seinen Wohnort hatte, über die Sache zu hören sind.

Schließlich bin ich noch beauftragt, eine Erklärung über den Sinn gewisser Bestimmungen über den Ausschluß zu geben, über die bisher eine gewisse Unklarheit bestanden hat. Es ist gefragt worden, ob, wenn ein Antrag auf Ausschluß bezw. auf Berufung eines Schiedsgerichts an den Vorstand gerichtet wird, alsdann der Vorstand diese Berufung gleichsam maschinenmäßig unter allen Umständen vorzunehmen hat, oder ob ihm da ein gewisses Prüfungsrecht zusteht. Nun besteht darüber kein Zweifel, daß ein materielles Prüfungsrecht über den Tatbestand selbst dem Vorstande unter keinen Umständen zustehen kann, weil er ja sonst dem einzuberufenden Schiedsgerichte vorgreifen würde und bei Aufstellung des Vorsitzenden, wenn er vorher Stellung nimmt, einen Einfluß zuungunsten der einen oder anderen Partei üben könnte. Wohl aber sind wir uns darüber einig gewesen, daß eine formelle Prüfung dem Vorstande zu stehen muß. Anträge auf Ausschluß oder Einberufung eines Schiedsgerichts sind nur zulässig, wenn jemand sich gegen § 2 versündigt d. h. sich eines groben Verstoßes gegen Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat. Demnach berechtigt kein anderes Vorgehen oder Vergehen, wie immer es gestaltet sein möge, dazu, einen solchen Antrag zu stellen. Wenn dem so ist, dann muß naturgemäß der Vorstand bei Stellung des Antrages in der Lage sein, urteilen zu können, ob die Voraussetzungen des § 2 gegeben sind und ob der Antrag nicht in Unkenntnis der Bestimmungen oder aus Leichtfertigkeit oder Gehässigkeit gestellt ist. Dem Antrage wird demnach eine kurze Darstellung beigegeben werden müssen, worin das behauptete Vergehen des Betreffenden besteht, damit der Parteivorstand in die Lage versetzt wird, zu beurteilen, ob dies Vergehen, falls es erwiesen würde, tatsächlich die Merkmale des § 2 enthält. Ist das der Fall, dann hat der Vorstand, ohne sich eine Meinung darüber zu bilden, ob das Vergehen in Wirklichkeit begangen ist oder nicht, einfach dem Antrage zu entsprechen. Sieht er jedoch aus der Begründung, daß es sich um eine Sache handelt, die vielleicht an sich nicht unbedeutend ist, aber mit dem § 2 nichts zu tun hat, so hat er einfach den Antrag abzulehnen und dies der

betreffenden Organisation mitzuteilen. Weiter ist es vorgekommen, daß Schiedsgerichte zwar dem Antrage auf Ausschluß keine Folge gegeben, wohl aber eine selbsterfundene Strafe in Gestalt einer Rüge oder dergleichen angewandt haben. Die Kommission ist der Auffassung, daß es dem Sinne der einschlägigen Bestimmungen widerspricht, wenn ein Schiedsgericht von sich aus derartige im Statut nicht vorgesehene besondere Strafarten hinzufügt, und daß demnach ein Schiedsgericht nichts weiter zu tun hat als zu untersuchen, ob die Grundlagen für einen Ausschluß gegeben sind oder nicht. Sind sie gegeben, so hat es einfach auszuschließen, sind sie nicht gegeben, freizusprechen.

Damit bin ich am Ende. Ich habe in meiner Eigenschaft als Berichterstatter die Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen zu beantragen und weiter namens der Kommission mit Rücksicht sowohl auf die umfangreiche Vorbereitung dieser Materie, als auf die Geschäftslage Sie zu ersuchen, von einer Einzelberatung abzusehen und über die Vorlage als Ganzes abzustimmen.

Singer: Dem Antrag auf En bloc-Abstimmung kann ich nur Folge geben, wenn von keiner Seite Widerspruch dagegen erhoben wird.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Adler-Kiel: Im Auftrage einer Anzahl Genossen aus dem Süden und dem Norden habe ich zu erklären, daß wir in Rücksicht auf die Geschäftslage des Parteitages der En bloc-Behandlung des Entwurfs des Organisationsstatuts nicht widersprechen wollen. Einzelnen Bestimmungen in dem Kommissionsentwurf in bezug auf die Bezirks- und Landesorganisationen können wir nicht zustimmen. Wir werden uns unter diesen Umständen der Abstimmung enthalten.

Wels-Berlin: Uns Berliner hat es schmerzlich berührt, daß die Möglichkeit nicht vorhanden ist, die Stimmung des Parteitags über unseren Antrag, den „Vorwärts" zum Berliner Lokalorgan zu machen, durch Abstimmung kennen zu lernen. Mit Rücksicht aber auf die Geschäftslage, die Stimmung des Parteitags und die loyale Erklärung des Parteivorstandes uns gegenüber, die Regelung der „Vorwärts"frage zu beschleunigen, wollen wir der En bloc-Abstimmung nicht widersprechen und damit die sprichwörtliche Bescheidenheit der Berliner von neuem bekunden. (Große Heiterkeit.)

Dr. Lindemann-Stuttgart erhebt Widerspruch gegen die En bloc-Abstimmung. (Unruhe.)

Singer: Durch diesen Widerspruch ist die En bloc-Annahme des Entwurfs unmöglich gemacht, ich schlage vor, abschnittsweise zu debattieren. Weiter will ich schon jetzt bemerken, daß ich dem Parteitag vorschlagen werde, durch die Beschlüsse, die jetzt gefaßt werden, sämtliche zu diesem Punkt gestellten Anträge für erledigt zu erklären. (Zustimmung.)

Die §§ 1—8 (Parteiangehörigkeit) werden ohne Debatte angenommen.

Zu den §§ 4—6 (Gliederung) ergreift das Wort

Dr. Lindemann-Stuttgart: Sie haben schon vom Referenten gehört, daß in den Kreisen nicht nur der süddeutschen Genossen, der Genossen aus Baden, Hessen, Württemberg, Bayern und Elsaß-Lothringen, sondern auch der Genossen aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg und wenn ich nicht irre, auch Oldenburg, sehr schwere Bedenken gegen die in diesem Entwurf vorgeschlagene organisatorische Gliederung bestehen. Diese Genossen haben sich nun am Donnerstag in einer Zahl von 80 besprochen und sich dahin verständigt, daß sie keinen Widerspruch erheben wollen, weil sie in diesem Stadium die Verhandlungen nicht erschweren wollen. Sie haben zugegeben, daß der Statutenentwurf eine ganze Anzahl wichtiger Fortschritte enthält, mit denen sie ebenfalls einverstanden sind. Dagegen haben sie gerade gegen die organisatorischen Bestimmungen die schwersten Bedenken gehabt, einmal in bezug auf die finanzielle Selbständigkeit ihrer Landes- und Bezirksorganisationen, und ferner dahin, daß die nach langer Arbeit

und Mühe geschaffenen Organisationen desorganisiert und daß dadurch die Gesamtpartei aufs schwerste geschädigt werden würde. (Widerspruch.) Aus diesen Gründen sind die 80 Genossen nach übereinstimmender Ansicht nicht in der Lage, dafür zu stimmen, sie werden sich der Abstimmung über den Entwurf enthalten.

Diese Erklärung sollte hier abgegeben werden; ein Genosse, der dazu beauftragt war, hatte sich mit Singer in Verbindung gesetzt. Singer hatte sich geweigert, diese Erklärung in der Ausführlichkeit hier verlesen zu lassen; aus diesem Grunde habe ich mich veranlaßt gesehen, gegen die Enbloc-Annahme Widerspruch zu erheben, um in die Lage zu kommen, die Erklärung abgeben zu können. Es schien mir notwendig, nicht nur den Parteitag hiervon zu unterrichten, sondern es schien mir das auch notwendig im Interesse unserer Genossen im Lande, die es nicht verstanden haben würden, wenn ihre Vertreter nicht nochmals die Gelegenheit benutzt hätten, um aufs klarste ihrem Widerspruch gegen diese neue organisatorische Gliederung Ausdruck zu geben. Das waren die Gründe, die mich veranlaßt haben, zu widersprechen und falls das geschäftsordnungsmäßig möglich ist, würde ich nunmehr, nachdem ich meine Erklärung abgegeben habe, meinen Widerspruch zurückziehen. (Lebhafte Rufe: Aha!)

Singer: Das letztere ist nicht zulässig . . . Nach den Ausführungen des Vorredners fühle ich mich verpflichtet, ein Wort zu sagen; seine Ausführungen könnten den Anschein erwecken, daß ich aus ungerechtfertigten Gründen ihn verhindert habe, die Erklärung zu verlesen. Das ist nicht der Fall. Ich habe mich nur nicht für berechtigt gehalten, in der Form einer formalen Bemerkung zur Geschäftsordnung eine Kritik der Kommissionsbeschlüsse zuzulassen, ohne den Mitgliedern die Möglichkeit zu wahren, ihrerseits darauf zu antworten. (Sehr richtig!) Das war der Grund, aus dem ich Lindemann gesagt habe: Wenn Sie eine formelle Erklärung abgeben wollen, daß Sie sich der Abstimmung enthalten, so habe ich nichts dagegen, aber, wenn Sie eine Erklärung abgeben, in der die schwersten Bedenken gegen die Kommissionsvorlage geltend gemacht werden, so ist das eine sachliche Erklärung, die diskutiert werden muß, weil die Gegner Ihrer Auffassung Gelegenheit bekommen müssen, ihre Ansichten darüber auszusprechen. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß ein Vorsitzender, der die Rechte des Parteitages wahren will, auch in Zukunft nicht anders handeln könnte. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Debatte über den Abschnitt „Gliederung" wird geschlossen und die §§ 4—6 angenommen.

Die §§ 7 und 8 (Vertrauenspersonen) werden ohne Debatte angenommen.

Zum § 9 (Berichterstattung) bemerkt

Adler-Kiel: Ich will den schweren Bedenken meiner Freunde gegen diesen Paragraphen nicht Ausdruck geben, bitte aber den Parteitag, dies Schweigen nicht falsch zu deuten.

§ 9 wird angenommen. Ohne Debatte werden angenommen die §§ 10 (Weibliche Vertrauenspersonen), 11—17 (Parteitag), 18 (Parteivorstand) in der vom Referenten angegebenen modifizierten Fassung, 19—23 (Parteivorstand), 24 (Kontrollkommission), 25 und 26 (Zentralorgan), 27 und 28 (Ausschluß).

Zu § 29 (Wiederaufnahme) fragt

Zubeil-Berlin, wie es in Zukunft mit denjenigen Genossen gehalten werden soll, die aus Lokalvereinen ausgeschlossen sind und ihre Beiträge direkt an den Parteivorstand zahlen.

Pfannkuch-Berlin: Rückwirkende Kraft hat das neue Organisationsstatut natürlich nicht; dazu wäre eine besondere Deklaration notwendig, die aber im jetzigen Augenblick wohl nicht opportun wäre. Den Lokalvereinen kann natürlich nicht zugemutet werden, sich jemand aufdrängen zu lassen. Hier muß alles der heilenden Zeit überlassen bleiben.

§ 29 und 30 (Abänderungen der Organisation) werden angenommen. Darauf wird auch der Gesamtentwurf angenommen.

Damit ist der Punkt der Tagesordnung: Organisation mit den dazu gestellten Anträgen erledigt.

Vors. Singer verliest hierauf folgende Mitteilung der Frankfurter Genossen Hüttmann und Mummendey:

„Der Genosse Michels-Marburg hat in seiner Rede auf die militärischen Veranstaltungen in der Umgebung Frankfurts a. M. hingewiesen. Laut Bericht der Frankfurter „Volksstimme" vom 1. September heißt es, daß auf der Durchreise zum Paradefelde mancher Gewerkschaftler und Parteigenosse gesehen wurde. Diese allgemeine in dem Bericht enthaltene Bemerkung könnte unter den Parteigenossen auf dem Parteitage die Auffassung Platz greifen lassen, als hätten sich die Frankfurter Parteigenossen und Gewerkschaftler an den militärischen Veranstaltungen beteiligt. Das letztere trifft in keinem Falle zu. Die Ansichten der Frankfurter Genossen gehen aus folgendem Redaktionsanhang hervor, welchen Genosse Michels auch anführen mußte: „Letztere Angabe des Einsenders halten wir nicht für wahrscheinlich. Auf so tiefer Kulturstufe steht hoffentlich niemand unter unseren Frankfurter Genossen, daß er sich unter die Hurrakanaille mengt."

Es folgt der

Bericht der Fünfzehner-Kommission.

Berichterstatter Dietz: Parteigenossen! Die Kommission hat die ihr zugewiesene Aufgabe, den materiellen Inhalt der ihr zur Vorberatung überwiesenen Resolutionen zu prüfen, nach bestem Können und Wissen erfüllt.

Wir haben die hauptsächlich beteiligten Personen in viele Stunden langen Verhandlungen gehört und sind einstimmig zu der Ihnen zur Beschlußfassung vorgelegten Resolution gelangt, die uns geeignet erscheint, mancherlei Mißstände, die hervorgetreten sind, zu beseitigen.

Zu den Sätzen der Resolution 1 und 2 ist zu sagen, daß wir, um bei dem in nächster Nähe liegenden Punkt, dem Massenstreik zu verbleiben, der die Veranlassung zu einer ausgedehnten Preßfehde bot, erklären müssen, daß es sich hier durchaus nicht um ein „Literatengezänk" handelte, sondern um sehr wichtige taktische Fragen.

Der Beginn der Diskussion und die sich daran anschließende Preßfehde wurde hervorgerufen durch eine Kritik des „Vorwärts" über das Roland-Holstsche Buch. Der „Vorwärts" schien die Diskussion des Massenstreiks abzulehnen, während sie die „Neue Zeit" empfahl.

Die entscheidende Stelle in dem „Vorwärts"-Artikel (Nr. 146, 1905) lautet:

„Ein anderes ist es, wenn die kapitalistischen Parteien, gestützt durch Unverständnis und Gleichgültigkeit der hinter ihnen stehenden Volksmassen, die Wege der Gesetzlichkeit zu versperren wagen. Der Versuch der Staatsstreichler, bestehende Rechte zu beseitigen, durch welche der Aufstieg des Volkes und die Herbeiführung kultureller Zustände erst möglich ist, schafft einen Ausnahmezustand. In diesem Falle sind alle Mittel der Notwehr berechtigt, nicht nur der Massenstreik! Welche Mittel aber in solchen Fällen die geeigneten sind, das läßt sich nicht vorher studieren und nicht vorher diskutieren."

Und die „Neue Zeit" sagt in ihrer Nr. 42 (1905) u. A.:

„Der Massenstreik bedingt nicht notwendig die Revolution. Er ist ein Mittel politischer Pression, politischer Gewalt, das unter verschiedenen politischen Situationen und Bedingungen sehr Verschiedenes bedeuten kann. Aber eines ist richtig: unter den besonderen politischen Verhältnissen Deutschlands ist ein erfolgreicher Massenstreik nur denkbar in einer revolutionären Situation

und es wäre darum aussichtslos, ja verderblich, wollte man ihn anwenden in einer Situation, die zu einer revolutionären nicht werden kann. Es wäre z. B. die größte Torheit, wollte man heute in Hamburg zur Verteidigung des dortigen Wahlrechtes einen Massenstreik inszenieren! Den Massenstreik für eine einzelne Stadt; das Aufgebot der letzten und schärfsten Waffe des Proletariats, die seine vollste Hingebung und seinen höchsten Opfermut erfordert, bloß zu dem Zwecke, um das jetzige, schon miserable Klassenwahlrecht gegen weitere Verschlechterung zu schützen!

Aber selbst wenn es zur Aufhebung des Reichstagswahlrechtes käme, müßte man sich es noch sehr überlegen, ob man ohne weiteres mit dem Massenstreik darauf antworten sollte; das käme ganz auf die Situation an, in der sich dies vollzieht. Wenn wir es für notwendig halten, den Massenstreik zu diskutieren und die proletarischen Massen mit seiner Handhabung vertraut zu machen, so vor allem deswegen, weil wir auch für Deutschland revolutionäre Situationen erwarten, die den Massenstreik ebenso geboten wie möglich machen. Eine Verschlechterung des Wahlrechtes zum Reichstag könnte zur Herbeiführung einer solchen Situation allerdings sehr viel beitragen und insofern eine Provokation zum Massenstreik werden.

Wir halten es aber nicht minder für notwendig, ihn deswegen zu diskutieren, weil er nicht überall unter allen Umständen anwendbar ist und seine verkehrte Anwendung großes Unheil nach sich ziehen kann."

Wenn nun die Diskussionen über diesen sehr strittigen Punkt — verschärft noch durch die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses in Köln — über die Ufer schäumten, so kann (wie auch früher in anderen Fällen) von einem Literatengezänk nicht gesprochen werden, sondern es bestand und besteht die Tatsache, daß ernstliche Differenzen über die einzuschlagende Taktik in der Partei vorhanden waren und noch sind, die nur durch Untersuchungen und Diskussionen geklärt werden können.

Zu den Sätzen 3 und 4 ist zu bemerken: In diesen Sätzen hat sich Ihre Kommission gleichfalls einstimmig gegen die Formen gewandt, welche diese Diskussionen angenommen haben. Sie haben einen Grad von Erbitterung in weiten Kreisen der Parteigenossen erzeugt, die ernstliche Besorgnisse erweckten, daß der Nutzen, den die sachliche Seite der Preßfehde der Partei brachte, durch die persönliche wieder in Frage gestellt werden könnte; die Anrempelungen waren geeignet, die Schaffensfreude der Genossen zu lähmen.

Das „Hamburger Echo", das an der Preßfehde nicht beteiligt war, hat darüber in allerletzter Zeit sehr treffende Bemerkungen gemacht, die zum Teil auch Ihre Kommission zu den ihrigen machte. Das „Hamb. Echo" sagt u. a.:

„Die theoretische Fortbildung der Parteigenossenschaft im Lande läßt es wünschenswert erscheinen, daß die Theorie wieder mehr gepflegt wird, als in neuerer Zeit geschehen ist. Nur so können wir zu einer gesunden Fortentwickelung der grundsätzlichen Auffassungen der Partei gelangen und zu einer Verständigung über die strittig gewordenen Punkte unserer Theorie. Aber solche Diskussionen müssen losgelöst sein von allen persönlichen Momenten, persönliche Gegensätze, persönliche Rechthaberei haben dabei auszuscheiden. Man soll nicht (einerseits) jeden Genossen, der einmal in einem Punkte oder einer auftauchenden Frage eine von der bisher als offiziell angesehenen Parteimeinung abweichende Auffassung hat, gleich als Parteiverräter und Parteiverderber ausschreien (oder andererseits bekannte Parteigenossen mit den Titeln „Parteipäpste", „heilige Familie in Friedenau", „großer General in Steglitz" usw. bedenken), sondern bei allen Diskussionen dessen eingedenk sein, daß auch einmal die eigene Meinung unrichtig sein und der andere recht haben kann. Man soll bei aller Gegensätzlichkeit der Meinung, deren scharfe prinzipielle Heraushebung zur Klärung der entstandenen Meinungsdifferenzen unerläßlich ist, nicht vergessen, daß man mit Genossen

diskutiert und daß bis zum schlüssigen Beweis das Gegenteils von allen Genossen angenommen werden muß, daß sie das Beste der Partei wollen und in dem Glauben sind, mit der Vertretung ihrer Meinung, mit dem Versuch, diese Auffassung zur Geltung zu bringen, der Partei zu dienen."

Unter allen Umständen aber verwerflich ist es, wenn sich Parteigenossen untereinander den guten Glauben absprechen. Das sollte gesitteten Menschen fernliegen.

Zu dem Absatz 5 und den Ziffern I—V wäre zu sagen, daß unsere Redakteure das ihnen vertrauensvoll überlassene weiße Papier vorzugsweise zur Aufklärung der Massen über die heranstürmenden Tagesfragen zu verwenden haben, wobei nicht gesagt werden soll, daß nicht hier und da prinzipielle Fragen in populärer Weise anzuschneiden sind.

Wenn die Kommission unter II fordert, daß diese Fragen entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms zu behandeln sind, so bezieht sie sich auf die Dresdener Resolution von 1903, die durch die Amsterdamer Beschlüsse zu einer gemeinsamen Richtung der internationalen Sozialdemokratie geworden ist.

In der Dresdener Resolution heißt es:

„Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, für die Interessen der Arbeiterklasse usw. zu wirken."

Hätte die Resolution schon damals den Hinweis erhalten, daß nicht nur die Fraktion, sondern auch die Parteiredakteure entsprechend den Grundsätzen unseres Programms die Interessen des Proletariats zu vertreten hätten, so wäre vielleicht die heutige selbstverständliche Anregung überflüssig.

Nun zur „Neuen Zeit". Die Kommission wünscht, daß kritische Untersuchungen über unser Parteiprogramm tunlichst in der „Neuen Zeit" veröffentlicht werden sollten und zu diesem Zweck möchte die „Neue Zeit" *erforderlichenfalls* in verstärktem Umfange erscheinen.

Selbstverständlich ist zugleich angenommen, daß der Preis der „Neuen Zeit" kein höherer werden soll.

Wir glauben, daß dadurch einerseits die Tagespresse entlastet und auf der anderen Seite die Lust an theoretischen Diskussionen kräftig angeregt wird.

Meinem Freunde Kautsky möchte ich persönlich bei dieser Gelegenheit sagen, daß er auch schon durch unsere versöhnliche Resolution allein veranlaßt werden möchte, gegenteilige Meinungen leichter zu ertragen. Durch die Bezierung der Artikel mit Noten und Anhängsel macht Kautsky sich ganz unnütz Feinde. Ruhig ausreden lassen und später, wenn nötig, ebenso ruhig darauf antworten. Damit ist nicht ausgesprochen, daß Kautsky nun jeden eingesandten Artikel aufnehmen hat; er soll wohlwollend prüfen und das Beste behalten. Das wird ihn und die „Neue Zeit" in einen noch viel besseren Ruf bringen, als beide ihn in der Literatur heute schon haben.

Auch über die Preßkommissionen wäre noch ein Wort zu sagen:

Die Preßkommissionen sind Partei-Institutionen geworden, die in unseren Organisationen ihren Platz mit mehr oder minderem Nutzen ausfüllen.

Minderen Nutzen gewähren sie, wenn sie nicht recht wissen, wann, wo und wie sie ihr Aufsichtsrecht auszuüben haben.

Einen großen Nutzen können sie dagegen gewähren, wenn Leute in der Kommission sitzen, die durch Beruf, Bildung, Erfahrung größere Kenntnisse über Literatur usw. mit in ihr Amt bringen.

Die Parteigenossen sollten daher eine sorgfältige Auslese bei der Wahl ihrer Preßkommissionen eintreten lassen. *Zufallswahlen sind hier am allerwenigsten am Platze.*

Ziffer V deckt sich mit § 23 des Organisationsstatuts; wenn an irgend einem Orte die Preßkommission versagen sollte, so soll der Parteivorstand vermittelnd eingreifen.

Das ist es, was ich im Auftrag der Fünfzehner-Kommission zu sagen habe. Die Kommission ersucht den Parteitag, auch seinerseits die Resolution einstimmig und möglichst ohne Diskussion anzunehmen. Sie ist beraten und gestellt in dem heißen Bemühen, der Parteientwickelung förderlich zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Wolf-Bochum: Darüber, daß die namentlich in letzter Zeit eingerissene Art der Diskussion endlich ein Ende nehmen muß, herrscht ja auf dem Parteitage erfreulicherweise Einmütigkeit, wie sich bei der Wahl der Kommission gezeigt hat. Bringt die vorgelegte Resolution auch zum Ausdruck, daß von „Literatengezänk" keine Rede sein könne, so kann ich mich mit der Resolution doch völlig einverstanden erklären, da sie in den weiteren Abschnitten das enthält, worauf es uns ankommt. Gerade wir im Ruhrgebiet haben ein Interesse an der Beseitigung dieser Kämpfe, die uns die Agitation außerordentlich erschweren. Die Massen haben für diese unqualifizierbare Art des Streites kein Verständnis. Es ist in den vorausgegangenen Debatten mehrfach auf das Ruhrgebiet exemplifiziert worden. Wie schwer dort die Agitationsarbeit ist, wie schwer es vor allem ist, dem Zentrum Anhänger abzuringen, das beweist uns der dortige Wahlkampf; denn dem Zentrum ist nicht eine solche Schlappe beigebracht worden, wie wir es alle gehofft. (Widerspruch.) Wenn Genosse Pietz angeführt hat, daß Zitate von „Revisionisten" in dem Wahlkampfe gegen unsere Partei ausgebeutet werden, so ist aber auch die Tatsache hervorzuheben, daß dies mit Zitaten von „Radikalen" gleichfalls geschehen, und jedenfalls mit mehr Erfolg. Es ist dann weiter gegen Hue und die „Bergarbeiterzeitung" der Vorwurf erhoben worden, als ob diese zur Abflauung unserer Bewegung beitrügen. Davon kann gar keine Rede sein. Das Gegenteil trifft zu. Genosse Hue, wie die anderen Leiter des Bergarbeiterverbandes, haben stets in den Bergarbeiterversammlungen auf die Pflichten hingewiesen, die der Arbeiter als Mensch und Staatsbürger hat, haben nie unterlassen, zu betonen, daß die endliche Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Verstaatlichung von Grund und Boden usw. erreicht werden kann. Und wenn Genosse Haenisch der „Bergarbeiterzeitung" ähnliche Vorwürfe gemacht hat, so verweise ich darauf, wie diese namentlich in letzter Zeit Nummer für Nummer den Kampf führt gegen die Verräter der Bergarbeiter, die Zentrumsführer. Und wenn Sie über den Essener Wahlerfolg so erfreut sind, so sage ich, daß derselbe nicht in letzter Linie dem so viel geschmähten Genossen Hue zu verdanken ist. (Stadthagen und andere: Nein! Unruhe.) Parteigenossen! Wie die Dinge im Ruhrgebiet stehen, darüber erlaube ich mir, der ich nunmehr 18 Jahre dort tätig bin, und seit über drei Jahren in meiner Eigenschaft als Arbeitersekretär Gelegenheit habe, noch mehr wie früher die Bevölkerung kennen zu lernen, — ein besseres Urteil. Ich weiß, welche Arbeit noch zu verrichten ist, nicht nur bei der indifferenten Arbeiterschaft, sondern auch bei der bereits organisierten. Und weil dem so ist, und weil wir noch — um mit Bebel zu reden — *vor dem Berge* stehen, muß unsere Aufgabe vor allem gelten der Agitation und Organisation. (Unruhe.)

Hierauf wird ein *Schlußantrag*, den Haenisch-Dortmund mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß es absolut erforderlich sei, die schiefen Ausführungen von Wolf über die Verhältnisse im Ruhrgebiet richtigzustellen, *angenommen*.

Die Resolution der Kommission Nr. 155 wird *gegen wenige Stimmen angenommen*.

Die Anträge 112—115 sind damit *erledigt*.

Vorsitzender Singer teilt mit, daß nach einem soeben eingegangenen Telegramm bei den sächsischen Landtagswahlen der 97. ländliche Wahlkreis von

den Sozialdemokraten gewonnen worden ist. (Lebhafter Beifall.) Genosse Goldstein hat dort bei der Stichwahl 51, die vereinigten Gegner haben 50 Stimmen erhalten. (Heiterkeit und Beifall.)

Es folgt die Beratung der noch unerledigten Anträge.

Die Anträge 97 bis 100 werden nicht genügend unterstützt. Antrag 101 wird ohne Debatte angenommen. Die Anträge 102 und 131 und 132 werden nicht genügend unterstützt.

Den Antrag 150 begründet

Krasemann-Neu-Ruppin: Die bisherigen Verhandlungen haben meines Erachtens bereits gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit des Parteitages mit dem Antrage einverstanden ist. Die im Sinne des Antrages gehaltenen Reden der Genossen Zubeil und Scheidemann haben den lebhaftesten Beifall der Versammlung gefunden. Nehmen Sie den Antrag an!

Bebel-Berlin: Sie werden etwas überrascht sein, daß ich, der am meisten gegen Kompromisse geeifert hat, Ihnen empfehle, diesen Antrag abzulehnen (Sehr richtig!), nicht weil ich mit seinem Grundgedanken nicht einverstanden wäre, sondern weil diese Frage nicht kurzerhand durch einen solchen Antrag in letzter Stunde erledigt werden kann. (Zustimmung.) Der Antrag würde zu umfangreichen Debatten nicht nur über unsere Taktik im allgemeinen, sondern auch über die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Staaten und Gemeinden führen. Die Frage könnte gegebenenfalls als besonderer Punkt der Tagesordnung eines Parteitages erörtert werden, jetzt aber können wir nicht einen Beschluß fassen, der vielleicht der Stimmung der Genossen entspricht, aber nachher nicht eingehalten werden kann. Ich erinnere z. B. an das bayerische Wahlkompromiß mit dem Zentrum, aus dem unseren Genossen, wie die Dinge liegen, kein Vorwurf gemacht werden kann. So sehr ich anfangs die Stellung der bayerischen Genossen in der „Neuen Zeit" angegriffen habe, so muß ich doch zugeben, daß nachdem durch die Beschlüsse der Landtagsmehrheit die Grundlagen für die Wahlreform gegeben waren, die bayerischen Genossen vollkommen korrekt handelten, als sie auf Grund dieser einen Frage ein Kompromiß mit dem Zentrum vereinbarten. Auch in manchen Gemeinden — auf Mainz gehe ich nicht ein — liegen die Verhältnisse so, daß wir einen derartigen Beschluß nicht fassen können. (Zustimmung.) Ich habe in Dresden in dieser Frage gewiß meinen Standpunkt sehr scharf dargelegt, aber die Dresdener Resolution schließt Vorgänge wie das bayerische Abkommen durchaus nicht aus. Wenn die Antragsteller den Antrag nicht zurückziehen wollen, so bitte ich ihn abzulehnen. Die Antragsteller können versuchen, auf einem späteren Parteitage die Frage zur Erörterung zu bringen. (Beifall.)

Krasemann zieht mit Rücksicht auf die Geschäftslage den Antrag 150 zurück.

Vorsitzender **Singer** teilt mit, daß Genosse Robert Schmidt gegenüber der Erklärung der Redaktion des „Hamburger Echo" und des Genossen Fleißner den Vorwurf, falsch zitiert zu haben, entschieden zurückweist und seine aus diesen Zitaten gezogenen Schlußfolgerungen voll aufrecht erhält.

Die Anträge 87—91 werden nicht genügend unterstützt. Zu Antrag 91 erklärt **Singer** unter Zustimmung des Parteitages, daß die Unterstützung wohl nur deshalb versagt worden sei, weil es als selbstverständlich betrachtet werde, daß der Parteivorstand im Sinne des Antrags handele.

Die Anträge 92 und 93 werden für erledigt erklärt, da einer Mitteilung Singers zufolge der Verlag der „Neuen Welt" den Wünschen der Antragsteller gerecht werden will.

Die Anträge 94 und 95 werden gemeinsam verhandelt.

Grünwald-München: Ich bitte, die Anträge anzunehmen, wir müssen in der künstlerischen Ausgestaltung unserer Zeitungen vorwärts und nicht rückwärts gehen.

Weber-Chemnitz: Ich schließe mich dem Wunsche an. Mit der diesjährigen Maizeitung waren die Genossen im höchsten Grade unzufrieden.

Löbe-Breslau: Auch ich schließe mich diesem Wunsche im Namen der Breslauer Genossen an. Es ist ja möglich, daß die Zeichnungen von Fidus künstlerischen Ansprüchen genügen, aber sie stehen der Geschmacksrichtung unserer Genossen fern, und bei der Schiller-Nummer hat der Vorwärts-Verlag ja gezeigt, daß er den Genossen Rechnung tragen kann. Die Maizeitungen unserer österreichischen Genossen finden größeren Anklang als die unsrigen.

Hierauf werden die Anträge 94 und 95 auf Vorschlag von Singer dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Antrag 96 wird nicht genügend unterstützt.

Antrag 135 Abs. 3 ist durch die vorhergefaßten Beschlüsse erledigt.

Den Antrag 153 begründet

Rieger-Spandau: Obwohl der Antrag für sich selbst spricht, müssen wir doch immer wieder von neuem die Notwendigkeit einer regeren Agitation für die „Neue Zeit" betonen. Der zweite Teil des Antrags gibt den Genossen einen Fingerzeig, wie sie die Ausbreitung der „Neuen Zeit" fördern können. Ich wollte ursprünglich noch einen dritten Absatz hinzufügen, wodurch ich die schriftstellernden Genossen verpflichten wollte, ihre Artikel mehr als bisher der „Neuen Zeit" einzusenden und nicht nur immer für die „Sozialistischen Monatshefte" zu schreiben. Es gibt eine Anzahl von Genossen, die geflissentlich nur für die „Monatshefte" schreiben. Ich halte es für selbstverständlich, daß in Zukunft unsere Parteigenossen die „Neue Zeit" mehr durch Beiträge unterstützen. (Bravo!)

Der Antrag wird angenommen.

Die Anträge 107 und 108 finden nicht die genügende Unterstützung.

Zum Antrag 103 bemerkt

Singer: Ich glaube, daß dieser Antrag einen so alten Wunsch enthält, daß wir ihn nicht noch erst zum Beschluß zu erheben brauchen. (Zustimmung.) Also der Parteitag ist damit einverstanden, daß der Antrag durch Verlesung erledigt ist.

Zum Antrag 104 glaube ich, daß wir diesen Antrag nicht einmal zur Unterstützung stellen können. (Sehr richtig!) Er widerspricht so sehr den Grundsätzen unserer Partei, die ja selbstverständlich für die vollste Freiheit der Presse immer eintritt, und das liegt ja auch nur in unserem Nutzen, denn wir können nur wünschen, daß die bürgerlichen Blätter recht umfangreiche Berichte über unsere Verhandlungen bringen. Ich glaube also, der Parteitag lehnt es ab, diesen Antrag auch nur zu unterstützen. (Zustimmung.)

Den Antrag 105 wird von

Trautwein-Mannheim mit Rücksicht auf die gestrige Debatte und die Geschäftslage zurückgezogen.

Zum Antrag 106 bemerkt

Singer, auf den Antrag treffe dasselbe zu, was vorhin bei dem Antrag Krasemann ausgeführt ist. Ich glaube, es wird besser sein, auch die Beratung dieses Antrages bis zu einer passenden Gelegenheit zu vertagen.

Der Antrag wird nicht unterstützt.

Die Anträge 109 und 110 werden nicht unterstützt.

Antrag 133 wird gleichfalls nicht unterstützt.

Singer: Die Unterstützung reicht zwar nicht aus, aber die Bestrebungen der Partei sind seit lange darauf gerichtet, daß die Genossen sich naturalisieren lassen, um an Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen zu können. Also der Antrag ist nicht deshalb nicht unterstützt, weil der Parteitag seine